

B02 LernSax revolutionieren!

Antragsteller*in: JSAG Sachsen

Tagesordnungspunkt: O.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 In Zeiten von Corona wird einmal mehr deutlich, dass die Digitalisierung an
5 Schulen nicht ansatzweise genügend ist. Wichtige Instrumente für digitalen
6 Unterricht sind Online-Lehr- und -Lernplattformen. Über diese tauschen sich
7 Lehrende und Lernende aus, bekommen Aufgaben ausgeteilt und erarbeiten Projekte
8 in Gruppenarbeit.

9 Sachsen besitzt bereits die Lernplattform "LernSax". Sie ermöglicht theoretisch
10 bereits die oben genannten Ansprüche. Jedoch leidet sie auch unter vielen
11 Mängeln. LernSax ist nicht anwender*innenfreundlich. Die Menüs sind
12 unübersichtlich und für die Nutzung muss man sich längerfristig eingearbeitet
13 haben. Zudem gibt es an vielen Schulen keine Einleitung in die Arbeit mit der
14 Plattform, sodass Schüler*innen von der Komplexität überwältigt werden und in
15 Ausnahmefällen die Arbeit mit LernSax verweigern. Weiter wurde LernSax vor den
16 Schulschließungen aufgrund des Coronavirus LernSax an vielen Schulen nicht
17 verwendet. Und nach den Schulschließungen waren die LernSax-Server mit den hohen
18 Zugriffszahlen überfordert, was wiederum zeigt, dass LernSax nicht auf breite
19 Nutzung ausgelegt war.

20 LernSax ist an sich eine von sich aus gute aber nicht ausgereifte und nicht
21 genügend ausgebaute Lernplattform. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion dazu
22 aufgefordert, sich für die Verbesserung und Weiterentwicklung von LernSax
23 einzusetzen. Hierbei soll die Lernplattform die schon vorhandenen Elemente, d.h.
24 E-Mail- und Messengerfunktion, Medien- und Cloudserver, Gruppen- und
25 Klassen/Kurs-Bereiche, Videokonferenzfunktion sowie das gemeinsame Arbeiten an
26 Dokumenten in der Cloud erhalten, verbessert werden. Die Website soll
27 barrierefrei ausgebaut werden. Zudem ist die Verbesserung der Handy-App nötig,
28 welcher es an Übersichtlichkeit und Nutzungsmöglichkeiten fehlt. Hierbei soll
29 die App auch möglichst alle Features beinhalten, welche in der Web-Version
30 beinhaltet sind. Um die Plattform anwender*innenfreundlicher zu gestalten, soll
31

32 das sächsische Kultusministerium eine weitgehende und größtenteils
33 verpflichtende Umfrage für Lehrkräfte und Schüler*innen erstellen, um die
34 Benutzer*innenoberfläche zu verbessern und eventuelle nichtgenutzte Features der
35 Plattform zu entfernen. Bei der gesamten Weiterentwicklung von LernSax muss auf
36 die Wahrung des Datenschutzes vor allem für minderjährige Schüler*innen geachtet
37 werden. Selbsterklärend sollte auch eine bessere Einführung in die Nutzung von
38 LernSax für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie die breitflächige Nutzung der
39 Plattform ab der 5. Klasse gewährleistet werden. Ziel soll sein, dass LernSax
von den Lehrkräften verpflichtend genutzt wird.

40 Für die Digitalisierung!

B02NEU2 LernSax revolutionieren!

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 In Zeiten von Corona wird einmal mehr deutlich, dass die Digitalisierung an
2 Schulen nicht ansatzweise genügend ist. Wichtige Instrumente für digitalen
3 Unterricht sind Online-Lehr- und -Lernplattformen. Über diese tauschen sich
4 Lehrende und Lernende aus, bekommen Aufgaben ausgeteilt und erarbeiten Projekte
5 in Gruppenarbeit.

6 Sachsen besitzt bereits die Lernplattform "LernSax". Sie ermöglicht theoretisch
7 bereits die oben genannten Ansprüche. Jedoch leidet sie auch unter vielen
8 Mängeln. LernSax ist nicht anwender*innenfreundlich. Die Menüs sind
9 unübersichtlich und für die Nutzung muss man sich längerfristig eingearbeitet
10 haben. Zudem gibt es an vielen Schulen keine Einleitung in die Arbeit mit der
11 Plattform, sodass Schüler*innen und Lehrkräfte von der Komplexität überwältigt
12 werden und in Ausnahmefällen die Arbeit mit LernSax verweigern. Weiter wurde
13 LernSax vor den Schulschließungen aufgrund des Coronavirus LernSax an vielen
14 Schulen nicht verwendet. Und nach den Schulschließungen waren die LernSax-Server
15 mit den hohen Zugriffszahlen überfordert, was wiederum zeigt, dass LernSax nicht
16 auf breite Nutzung ausgelegt war.

17 LernSax ist an sich eine von sich aus gute aber nicht ausgereifte und nicht
18 genügend ausgebaute Lernplattform. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion dazu
19 aufgefordert, sich für die Verbesserung und Weiterentwicklung von LernSax
20 einzusetzen.

21 Die Fraktion setzt sich daher in den anstehenden Haushaltsverhandlungen dafür
22 ein, den entsprechenden Haushaltstitel mit genügend Mitteln auszustatten um eine
23 zugängige Weiterentwicklung zu gewährleisten. In Zuge dessen, ist auch SaxSVS
24 (Sächsische Schulverwaltungssoftware) weiter zu entwickeln und an die Bedarfe
25 anzupassen.

26 Hierbei soll die Lernplattform die schon vorhandenen Elemente, d.h. E-Mail- und
27 Messengerfunktion, Medien- und Cloudserver, Gruppen- und Klassen/Kurs-Bereiche,
28 Videokonferenzfunktion sowie das gemeinsame Arbeiten an Dokumenten in der Cloud
29 erhalten, verbessert werden. Die Website soll barrierefrei ausgebaut werden.
30 Zudem ist die Verbesserung der App (für Smartphone und Tablet) nötig, welcher es
31 an Übersichtlichkeit und Nutzungsmöglichkeiten fehlt. Hierbei soll die App auch

32 möglichst alle Features beinhalten, welche in der Web-Version beinhaltet sind.
33 Um die Plattform anwender*innenfreundlicher zu gestalten, soll das Sächsische
34 Staatsministerium für Kultus eine weitgehende und größtenteils verpflichtende
35 Umfrage für Lehrkräfte und Schüler*innen erstellen, um die
36 Benutzer*innenoberfläche zu verbessern und eventuelle nichtgenutzte Features der
37 Plattform zu entfernen. Bei der gesamten Weiterentwicklung von LernSax muss auf
38 die Wahrung des Datenschutzes vor allem für minderjährige Schüler*innen sowie
39 für Lehrkräfte geachtet werden. Selbsterklärend sollte auch eine bessere
40 Einführung in die Nutzung von LernSax für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie die
41 breitflächige Nutzung der Plattform ab der 5. Klasse gewährleistet werden. Ziel
42 soll sein, dass LernSax von den Lehrkräften verpflichtend genutzt wird.
43 Langfristig wird eine neue Lernplattform mit den bisher vorhandenen sowie
44 weiteren Möglichkeiten und Open Source basiertem Code angestrebt. Im Zuge der
45 fortschreitenden Digitalisierung von Schule darf es jedoch nicht zu Einsparungen
46 von Lehrpersonal kommen.

47 Für die Digitalisierung!

B02NEU LernSax revolutionieren!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: O.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 In Zeiten von Corona wird einmal mehr deutlich, dass die Digitalisierung an
5 Schulen nicht ansatzweise genügend ist. Wichtige Instrumente für digitalen
6 Unterricht sind Online-Lehr- und -Lernplattformen. Über diese tauschen sich
7 Lehrende und Lernende aus, bekommen Aufgaben ausgeteilt und erarbeiten Projekte
8 in Gruppenarbeit.

9 Sachsen besitzt bereits die Lernplattform "LernSax". Sie ermöglicht theoretisch
10 bereits die oben genannten Ansprüche. Jedoch leidet sie auch unter vielen
11 Mängeln. LernSax ist nicht anwender*innenfreundlich. Die Menüs sind
12 unübersichtlich und für die Nutzung muss man sich längerfristig eingearbeitet
13 haben. Zudem gibt es an vielen Schulen keine Einleitung in die Arbeit mit der
14 Plattform, sodass Schüler*innen und Lehrkräfte von der Komplexität überwältigt
15 werden und in Ausnahmefällen die Arbeit mit LernSax verweigern. Weiter wurde
16 LernSax vor den Schulschließungen aufgrund des Coronavirus LernSax an vielen
17 Schulen nicht verwendet. Und nach den Schulschließungen waren die LernSax-Server
18 mit den hohen Zugriffszahlen überfordert, was wiederum zeigt, dass LernSax nicht
19 auf breite Nutzung ausgelegt war.

20 LernSax ist an sich eine von sich aus gute aber nicht ausgereifte und nicht
21 genügend ausgebaute Lernplattform. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion dazu
22 aufgefordert, sich für die Verbesserung und Weiterentwicklung von LernSax
23 einzusetzen.

24 Die Fraktion setzt sich daher in den anstehenden Haushaltsverhandlungen dafür
25 ein, den entsprechenden Haushaltstitel mit genügend Mitteln auszustatten um eine
26 zugängige Weiterentwicklung zu gewährleisten. In Zuge dessen, ist auch SaxSVS
27 (Sächsische Schulverwaltungssoftware) weiter zu entwickeln und an die Bedarfe
28 anzupassen.

29 Hierbei soll die Lernplattform die schon vorhandenen Elemente, d.h. E-Mail- und
30 Messengerfunktion, Medien- und Cloudserver, Gruppen- und Klassen/Kurs-Bereiche,
31

32 Videokonferenzfunktion sowie das gemeinsame Arbeiten an Dokumenten in der Cloud
33 erhalten, verbessert werden. Die Website soll barrierefrei ausgebaut werden.
34 Zudem ist die Verbesserung der App (für Smartphone und Tablet) nötig, welcher es
35 an Übersichtlichkeit und Nutzungsmöglichkeiten fehlt. Hierbei soll die App auch
36 möglichst alle Features beinhalten, welche in der Web-Version beinhaltet sind.
37 Um die Plattform anwender*innenfreundlicher zu gestalten, soll das Sächsische
38 Staatsministerium für Kultus eine weitgehende und größtenteils verpflichtende
39 Umfrage für Lehrkräfte und Schüler*innen erstellen, um die
40 Benutzer*innenoberfläche zu verbessern und eventuelle nichtgenutzte Features der
41 Plattform zu entfernen. Bei der gesamten Weiterentwicklung von LernSax muss auf
42 die Wahrung des Datenschutzes vor allem für minderjährige Schüler*innen sowie
43 für Lehrkräfte geachtet werden. Selbsterklärend sollte auch eine bessere
44 Einführung in die Nutzung von LernSax für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie die
45 breitflächige Nutzung der Plattform ab der 5. Klasse gewährleistet werden. Ziel
46 soll sein, dass LernSax von den Lehrkräften verpflichtend genutzt wird.
47 Langfristig wird eine neue Lernplattform mit den bisher vorhandenen sowie
48 weiteren Möglichkeiten und Open Source basiertem Code angestrebt. Im Zuge der
49 fortschreitenden Digitalisierung von Schule darf es jedoch nicht zu Einsparungen
von Lehrpersonal kommen.

50 Für die Digitalisierung!

B03 BildungstechnikerInnen an sächsischen Bildungseinrichtungen öffentlicher Trägerschaft

Antragsteller*in: Jusos Lausitz
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Den sächsischen Lehrkräften einen Mehraufwand zu nehmen und für eine
2 qualifizierte und abgesicherte Betreuung der technischen Lernutensilien an
3 sächsischen Bildungseinrichtungen zu sorgen, möge die LDK daher beschließen und
4 an den Landesverband Sachsen der SPD weiterleiten, dass die Einführung des
5 Bildungstechnikers/ der Bildungstechnikerin an sächsischen Bildungseinrichtungen
6 erwogen und die notwendigen Maßnahmen in Abstimmung mit den Koalitionspartnern
7 ergriffen werden. Die Bezeichnung des "Bildungstechnikers" bzw. der
8 "Bildungstechnikerin" ist hierbei nicht ultimativ, der Fokus liegt hierbei auf
9 der Wartungstätigkeit. Andere Bezeichnungen sind möglich. Der Antrag bezieht
10 sich auf Einrichtungen der öffentlichen Trägerschaft.

Begründung

Die Digitalisierung der sächsischen Bildungseinrichtungen schreitet immer weiter voran; die „Technisierung“ des Schulalltages ebenso. Die technische Komplexität der digitalen Arbeitsmittel (PCs; interaktive Tafeln; Tablets aber auch Apps etc.) stellt insbesondere die Lehrkräfte vor immer größere, auf die adäquate Wartung der Geräte bezogene, Herausforderungen. Oft sind es die Informatik- oder Technik-LehrerInnen, die durch Makel der technischen Mittel mit zusätzlicher Arbeit belastet werden. Nicht-vorhandene Updates nachholen; kaputte Beamer austauschen; Lösungen finden; nicht funktionierendes Gerät wieder "zum Laufen bringen".

In Zeiten des Lehrermangels stellt das fehlende technische Wartungspersonal an den Bildungseinrichtungen Sachsens einen Dauerzustand dar, den wir als Jusos Lausitz nicht länger hinnehmen möchten.

Unser Ansatz sieht deshalb den sachsenweiten Einsatz von „BildungstechnikerInnen“ vor, welche für eben diese Aufgaben von Wartung und Betreuung der an den Bildungseinrichtungen eingesetzten Technik zur Verfügung stehen sollen bzw. sollten, um die Lehrkräfte, die außerordentlicher Weise mit diesen Tätigkeiten betraut wurden, zu entlasten.

Hauptaufgabe der BildungstechnikerInnen soll sein: die Wartung technischen Geräts in Bezug auf Hardware und Software (kaputte Beamer-Linsen wechseln; notwendige Updates durchführen etc.) sowie die Unterstützung der Lehrkräfte bei etwaigen technischen Problemen.

Der Einsatz von BildungstechnikerInnen sollte nach Möglichkeit pro Schule bzw. Bildungseinrichtung erfolgen. Also je Bildungseinrichtung ein/e Bildungstechniker/in. Alle Bildungseinrichtungen inbegriffen. Bei kleineren Einrichtungen halten wir „fahrende“ BildungstechnikerInnen für möglich, die mehrere (kleinere und örtlich beieinander liegende) Bildungseinrichtungen betreuen. Hier muss die Praxis zeigen, wie der Einsatz sinnvoll und flächendeckend möglich ist, ohne dass eine Einrichtung in Bezug auf die Wartung des technischen Geräts Abstriche machen muss.

B04 Alters- und elternunabhängiges BAföG jetzt!

Antragsteller*in: Juso Hochschulgruppe Dresden, Jusos
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den
2 Bundesparteitag der SPD und die Bundestagsfraktion weiterleiten mit dem Ziel:
- 3 Das alters- und elternunabhängige BAföG in dieser Regierungsperiode
4 durchzusetzen.

Begründung

Wir Jusos fordern schon lange das alter- und elternunabhängige BAföG. Die Corona-Krise hat jedoch mehr als deutlich gemacht, dass viele Studierende aufgrund von Jobverlusten oder Kinderbetreuung zuhause auf finanzielle Hilfen seitens des Staates angewiesen sind, um ihr Studium durchzuführen und nicht bereits im jungen Alter in finanzielle Schieflagen zu geraten. Nicht nur die eigenen Jobs fallen weg, sondern durch Kurzarbeit oder Jobverlust der Eltern können viele Studierende nur unzureichend oder gar nicht unterstützt werden.

Dadurch wird einmal mehr deutlich, dass ein alters- und elternunabhängiges BAföG immer notwendiger wird, um eine gesicherte Studienfinanzierung zu gewährleisten, damit Menschen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Schichten ein Studium ermöglicht werden kann.

Der Vorschlag der Bildungsministerin Anja Karliczek's zinsfreie Notkredite an Studierende zu vergeben lehnen wir ab, da diese auch nicht ansatzweise an BAföG-Konditionen herankommen.

Das alter- und elternunabhängige BAföG soll jedoch nicht nur Studierenden, sondern auch Auszubildenden zu Gute kommen. Die finanzielle Ausstattung einzelner sollte kein Grund sein, junge Menschen davon abzuhalten eine Ausbildung oder ein Studium nach ihrem Belieben durchzuführen.

Darum fordern wir die Bundesregierung auf das alter- und elternunabhängige BAföG noch in dieser Regierungsperiode zu beschließen und sich den aktuellen Problemlagen, die sich aus der „Coronakrise“ ergeben, zu stellen. Studienkredite, welche in kompletter Höhe zurückgezahlt werden müssen, stellen junge Menschen in wenigen Jahren erneut vor enormen finanziellen Herausforderungen. Auf Scheinlösungen zu

Lasten von Studierenden sollte in diesen Zeiten verzichtet werden.

B04NEU Alters- und elternunabhängiges BAföG jetzt!

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, ein alters- und
2 elternunabhängiges BAföG schnellstmöglichst und idealerweise noch in dieser
3 Legislaturperiode durchzusetzen.

4 Wir Jusos fordern schon lange das alter- und elternunabhängige BAföG. Die
5 Corona-Krise hat jedoch mehr als deutlich gemacht, dass viele Studierende
6 aufgrund von Jobverlusten oder Kinderbetreuung zuhause auf finanzielle Hilfen
7 seitens des Staates angewiesen sind, um ihr Studium durchzuführen und nicht
8 bereits im jungen Alter in finanzielle Schieflagen zu geraten. Nicht nur die
9 eigenen Jobs fallen weg, sondern durch Kurzarbeit oder Jobverlust der Eltern
10 können viele Studierende nur unzureichend oder gar nicht unterstützt werden.

11 Dadurch wird einmal mehr deutlich, dass ein alters- und elternunabhängiges BAföG
12 immer notwendiger wird, um eine gesicherte Studienfinanzierung zu gewährleisten,
13 damit Menschen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Schichten ein Studium
14 ermöglicht werden kann.

15 Der Vorschlag der Bildungsministerin Anja Karliczeks zinsfreie Notkredite an
16 Studierende zu vergeben lehnen wir ab, da diese auch nicht ansatzweise an BAföG-
17 Konditionen herankommen.

18 Das alter- und elternunabhängige BAföG soll jedoch nicht nur Studierenden,
19 sondern auch Auszubildenden zu Gute kommen. Die finanzielle Ausstattung
20 einzelner sollte kein Grund sein, junge Menschen davon abzuhalten eine
21 Ausbildung oder ein Studium nach ihrem Belieben durchzuführen.

22 Darum fordern wir die Bundesregierung auf das alter- und elternunabhängige BAföG
23 noch in dieser Regierungsperiode zu beschließen und sich den aktuellen
24 Problemlagen, die sich aus der „Coronakrise“ ergeben, zu stellen.
25 Studienkredite, welche in kompletter Höhe zurückgezahlt werden müssen, stellen
26 junge Menschen in wenigen Jahren erneut vor enormen finanziellen
27 Herausforderungen. Auf Scheinlösungen zu Lasten von Studierenden sollte in

28 diesen Zeiten verzichtet werden.

Begründung

Wir Jusos fordern schon lange das alter- und elternunabhängige BAföG. Die Corona-Krise hat jedoch mehr als deutlich gemacht, dass viele Studierende aufgrund von Jobverlusten oder Kinderbetreuung zuhause auf finanzielle Hilfen seitens des Staates angewiesen sind, um ihr Studium durchzuführen und nicht bereits im jungen Alter in finanzielle Schieflagen zu geraten. Nicht nur die eigenen Jobs fallen weg, sondern durch Kurzarbeit oder Jobverlust der Eltern können viele Studierende nur unzureichend oder gar nicht unterstützt werden.

Dadurch wird einmal mehr deutlich, dass ein alters- und elternunabhängiges BAföG immer notwendiger wird, um eine gesicherte Studienfinanzierung zu gewährleisten, damit Menschen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Schichten ein Studium ermöglicht werden kann.

Der Vorschlag der Bildungsministerin Anja Karliczek's zinsfreie Notkredite an Studierende zu vergeben lehnen wir ab, da diese auch nicht ansatzweise an BAföG-Konditionen herankommen.

Das alter- und elternunabhängige BAföG soll jedoch nicht nur Studierenden, sondern auch Auszubildenden zu Gute kommen. Die finanzielle Ausstattung einzelner sollte kein Grund sein, junge Menschen davon abzuhalten eine Ausbildung oder ein Studium nach ihrem Belieben durchzuführen.

Darum fordern wir die Bundesregierung auf das alter- und elternunabhängige BAföG noch in dieser Regierungsperiode zu beschließen und sich den aktuellen Problemlagen, die sich aus der „Coronakrise“ ergeben, zu stellen. Studienkredite, welche in kompletter Höhe zurückgezahlt werden müssen, stellen junge Menschen in wenigen Jahren erneut vor enormen finanziellen Herausforderungen. Auf Scheinlösungen zu Lasten von Studierenden sollte in diesen Zeiten verzichtet werden.

B05 New Skool statt Old Skool – Digitalisierung an Schulen

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: O.B - Bildung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen
2 und die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

3 Die Schulen in Sachsen sind noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen. Dieser
4 Mangel betrifft nicht nur die Lehrweise und Unterrichtsmethoden, sondern auch
5 den Inhalt der Lehrpläne.

6 Corona zeigt uns, dass enorme Lücken an technischen und pädagogischem Know-How
7 bestehen. Unsere Schüler:innen werden in ihrem zukünftigen Arbeitsleben, aber
8 auch im Privaten unweigerlich mit der voranschreitenden Digitalisierung der
9 Gesellschaft konfrontiert. Die Schule bereitet darauf jedoch nicht vor – daran
10 ändern auch interaktive Tafeln und WLAN an Schulen allein nichts.

11 Digitale Lernplattformen

12 Lehrkräfte müssen lernen, wie sie Schüler:innen digital mit Aufgaben,
13 Lernmaterial etc. erreichen. Dazu muss es eine landesweite digitale
14 Lernplattform geben, die jede Lehrkraft bedienen kann. Das bedeutet, dass sowohl
15 die Zugänglichkeit als auch die einfache Bedienbarkeit der Plattformen
16 garantiert wird, sowie eine hinreichende Qualifizierung der Lehrkräfte im
17 sicheren Umgang mit digitaler Lehre bspw. durch ein entsprechendes
18 Weiterbildungsangebot sichergestellt ist.

19 Diese Plattform muss eine 100%ig staatlich finanzierte Open Source Software
20 sein, denn nur so kann im Austausch mit anderen Bundesländern eine optimale
21 Plattform geschaffen werden, bei der Fehler möglichst einfach behoben werden
22 können. Dies ist essentiell, wenn während kritischer Phasen wie Prüfungszeiten
23 plötzlich Bugs auftreten und schnelle Lösungen gefunden werden müssen. Außerdem
24 ermöglicht eine Open Source Lösung, dass Funktionen mit anderen Software-
25 Lösungen, die beispielsweise im Hochschulbereich eingesetzt werden, einfach
26 übernommen und ausgebaut werden.

27 Eine solche Lernplattform muss über die bisherigen Funktionen von LernSax
28 hinausgehen. Nicht nur muss es eine reibungslos funktionierende mobile Version
29 dazu geben – die Plattform sollte mehr sein als ein Cloudspeicher, über die
30 Aufgaben hochgeladen und an alle Schüler:innen einer Klasse oder eines Kurses
31 verteilt werden können, sondern ermöglichen, dass Aufgaben auf einfachem Wege an
32 Lehrkräfte eingereicht werden können. Eine Möglichkeit zur Bereitstellung von
33 On-Demand Videos muss ebenso zentraler Bestandteil sein wie Live-Stream
34 Angebote. Außerdem könnten digitale Abstimmungstools, Foren und ähnliche
35 Interaktionsmöglichkeiten anonyme Möglichkeiten schaffen, Feedback zum
36 Unterricht zu geben. Dies kann auch hilfreich sein, um Fragen der Schüler:innen
37 zu klären, da die Anonymität unsicheren Lernenden hilft, ihre Probleme
38 mitzuteilen.

39 Außerdem können digitale Tests genutzt werden, um automatisiert zu überprüfen,
40 welche Schüler:innen in welchen Themenbereichen Wissenslücken aufweisen und
41 welche Themen vielleicht leichter gefallen sind. Dies ermöglicht einen
42 individuellen Unterricht ohne eine mühsame Auswertung seitens der Lehrkräfte:
43 Ist in der Lernplattform ein umfangreicher Aufgabenpool hinterlegt, kann das
44 Programm auf der Grundlage bisheriger Lernfortschritte und bestehender Schwächen
45 Schüler:innen eigenständig individualisierte Aufgaben vorschlagen und die
46 Lehrer:innen damit bei der Umsetzung eines individualisierten Unterrichts
47 entlasten. Klar ist: Selbst eine intelligente Lernplattform wird nie mehr sein
48 als eine sinnvolle Ergänzung der Arbeit von Lehrer:innen. Die persönliche
49 Komponente ihrer Arbeit wird sie auch in einem digitalisierten Unterricht
50 unabdingbar machen. Sie können dadurch jedoch entlastet werden und erhalten den
51 nötigen Freiraum, sich auch auf menschlicher Ebene intensiv mit ihren
52 Schüler:innen auseinanderzusetzen.

53 **Digitale Bildung für Lehrkräfte**

54 Mindestens genauso wichtig wie die technische Gestaltung ist aber der Umgang der
55 Lehrkräfte mit der Plattform. Es muss ausreichend Weiterbildungsmöglichkeiten
56 geben, welche verpflichtend wahrgenommen werden müssen. Ebenso muss es ein
57 zentraler Bestandteil des Lehramtsstudiums sein, zu lernen, wie diese Plattform
58 bedient wird und wie sie gewinnbringend in den Unterricht eingebunden werden
59 kann.

60 Die Kenntnis über die reine Funktionsweise einer Lernplattform hilft nicht, wenn
61 die Lehrer:innen nicht wissen, wie digitale Medien genutzt werden können, um den
62 Unterricht zu bereichern. In der heutigen Zeit wandeln sich die technologischen
63 Möglichkeiten derart schnell, dass fortführende Weiterbildungen der Lehrkräfte
64 unerlässlich ist. Lehrer:innen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen
65 werden, wenn die Lehrqualität unabhängig von der Schulart, sozialer Herkunft und
66 dem Wohnort auf hohem Niveau gehalten werden soll. Lehrkräfte müssen als Teil
67 ihrer pädagogischen Ausbildung lernen, welche digitalen Methoden hilfreich sind

68 und was in analoger Form mehr bringt – und ein einfaches Hochladen von digitalen
69 Tafelbildern und eingescannte Lehrbuchtexte zählt dabei noch nicht als digitaler
70 Unterricht..

71 In der Lehramtsausbildung muss ein fundiertes Technikverständnis vermittelt
72 werden, um die Digitalisierung im Unterricht vorzuleben und technische Probleme
73 im Unterricht vorzubeugen.

74 Fest steht: Lehrer:innen können nicht zu digitalen Unterrichtsmethoden gezwungen
75 werden. Vielmehr müssen ihnen deren Vorteile aufgezeigt werden. Nur so kann ein
76 Unterricht gelingen, in dem analoge und digitale Unterrichtsformen eine
77 Gesamtheit bilden

78 Digitale Lehrpläne ermöglichen nebenbei auch, das Gewicht der Schulranzen zu
79 verringern, was der Gesundheit der Schüler:innen zugute kommt. Wenn das Gewicht
80 der Lehrbücher, insbesondere für Grundschulklassen, jedoch durch schwere
81 Endgeräte ausgetauscht wird, ist dieser Effekt zunichte gemacht worden.

82 **Software ohne entsprechende Hardware ist sinnlos**

83 Um Software zu nutzen, ist natürlich auch das dazugehörige Endgerät notwendig.
84 Tablets für alle Schüler:innen sind jedoch der falsche Weg. Sinnvoller ist eine
85 “Bring-your -own-device” Lösung. Natürlich erfordert dies eine unbürokratische
86 Digitalisierungsgarantie für Familien, denn insbesondere geringverdienende
87 Familien können sich Laptops für alle Kinder unter Umständen nicht leisten.
88 Außerdem muss sich der Freistaat darum kümmern, dass Programme, die im
89 Unterricht von Schüler:innen genutzt werden, auch auf deren Computern genutzt
90 werden können. Um keine teuren Lizenzen kaufen zu müssen, ist jedoch auch hier
91 Open Source Software oder mindestens frei erhältliche Software zu bevorzugen.

92 Doch auch die IT-Infrastruktur an Schulen muss besser ausgebaut werden. An
93 vielen Einrichtungen kümmern sich die Lehrkräfte um die IT-Ausrüstung. Dies
94 fällt jedoch nicht in deren Aufgabenbereich, und gute Netzwerke benötigen
95 professionelle Betreuung. Hier muss sich das Land darum kümmern, dass
96 Spezialist:innen diese Infrastruktur betreuen. Basis dieser Infrastruktur ist
97 ein Anschluss jeder Schule ans Glasfasernetz. Dazu gehören neben WLAN, das jedes
98 Klassenzimmer und jeden Freizeitraum erreicht auch Datenbanksysteme und die
99 entsprechenden Sicherheitssysteme, wobei insbesondere auf Datenschutz geachtet
100 werden muss.

101 **Wichtige Soft-Skills wandeln sich**

102 Schüler:innen von Heute werden ihr ganzes Leben mit digitalen Werkzeug arbeiten

103 müssen. Wichtige Fähigkeiten dazu müssen Teil des Unterrichts werden. Das fängt
104 an mit schnellem Schreiben am Computer und dem Umgang mit wichtigen Programmen –
105 umfasst aber auch Medienkompetenz und das Verständnis wissenschaftlicher Arbeit,
106 um in Zeiten von Fake News abschätzen zu können, welche Informationen
107 vertrauenswürdig und welche mit Vorsicht zu genießen sind. Das Internet hat auch
108 weitere Tücken, mit denen umgegangen werden muss. Dazu zählen ein Verständnis
109 davon, was Anonymität im Internet bedeutet und die Kompetenz im Umgang mit dem
110 damit verbundenen Datenschutz und der Sicherheit persönlicher Informationen. Es
111 muss klar werden, dass im Internet die gleichen Regeln gelten wie im echten
112 Leben.

113 Digitale Lernmedien bieten aber auch eine Möglichkeiten, etwas zu erlernen, was
114 im heutigen Schulsystem viel zu kurz kommt: Selbstständiges Arbeiten und Lernen.
115 Dies ist für den weiteren Lebensweg, ob im Beruf oder im Studium, eine
116 unerlässliche Grundlage.

117 Neben diesen Soft-Skills werden auch andere Fähigkeiten immer wichtiger.
118 Grundlagen im Programmieren sind inzwischen wichtiger Teil vieler Berufe.
119 Insbesondere ist das Programmieren unterdessen auch Bestandteil aller
120 Studiengängen, die auch nur im entferntesten etwas mit Naturwissenschaften oder
121 wirtschaftlichen Disziplinen zu tun haben. Den Platz, den Informatik in der
122 Schule, insbesondere der Sekundarstufe 2 einnimmt, ist daran gemessen absurd
123 gering. Deshalb fordern wir mehr Informatikunterricht, der neben vielfältigen
124 Programmierfähigkeiten die besprochenen Soft-Skills lehrt. Soft-Skills wie
125 Medienkompetenz sollten fächerübergreifend gelehrt werden. Solche Inhalte
126 können, entsprechend aufbereitet, schon im Grundschulalter spielerisch gelehrt
127 werden, sodass eine Implementierung in den Grundschullehrplan empfehlenswert
128 ist.

129 **Schüler:innen dürfen nicht überfordert werden**

130 Die Möglichkeit, den Lernenden auch außerhalb des Unterrichts Lernstoff zu
131 vermitteln, darf nicht dazu führen, dass sich der ohnehin schon vollgepackte
132 Stundenplan noch auf die Freizeit ausbreitet. Lehrer:innen sollten daher diese
133 Möglichkeiten nicht ausschließlich als zusätzliches Angebot zu den
134 konventionellen Unterrichtsmethoden verstehen. Insbesondere Kinder, die
135 eventuell Probleme mit eigenständiger Arbeitsweise oder digitalen Geräten haben,
136 laufen Gefahr, erheblichen Mehraufwand zu haben. Hier zeigt sich, worin die
137 große Herausforderung des Themas besteht: Funktioniert ein Zahnrad des Getriebes
138 aus Lerninhalten, Software, Hardware und technischer Fähigkeiten nicht, droht
139 das ganze System zu kollabieren.

B05NEU New Skool statt Old Skool – Digitalisierung an Schulen

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die Schulen in Sachsen sind noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen. Dieser
2 Mangel betrifft nicht nur die Lehrweise und Unterrichtsmethoden, sondern auch
3 den Inhalt der Lehrpläne.

4 Corona zeigt uns, dass enorme Lücken an technischen und pädagogischem Know-How
5 bestehen. Unsere Schüler:innen werden in ihrem zukünftigen Arbeitsleben, aber
6 auch im Privaten unweigerlich mit der voranschreitenden Digitalisierung der
7 Gesellschaft konfrontiert. Die Schule bereitet darauf jedoch nicht vor – daran
8 ändern auch interaktive Tafeln und WLAN an Schulen allein nichts.

Digitale Lernplattformen

9
10 Lehrkräfte müssen lernen, wie sie Schüler:innen digital mit Aufgaben,
11 Lernmaterial etc. erreichen. Dazu muss es eine landesweite digitale
12 Lernplattform geben, die jede Lehrkraft bedienen kann. Das bedeutet, dass sowohl
13 die Zugänglichkeit als auch die einfache Bedienbarkeit der Plattformen
14 garantiert wird, sowie eine hinreichende Qualifizierung der Lehrkräfte im
15 sicheren Umgang mit digitaler Lehre bspw. durch ein entsprechendes
16 Weiterbildungsangebot sichergestellt ist.

17 Diese Plattform muss eine 100%ig staatlich finanzierte Open Source Software
18 sein, denn nur so kann im Austausch mit anderen Bundesländern eine optimale
19 Plattform geschaffen werden, bei der Fehler möglichst einfach behoben werden
20 können. Dies ist essentiell, wenn während kritischer Phasen wie Prüfungszeiten
21 plötzlich Bugs auftreten und schnelle Lösungen gefunden werden müssen. Außerdem
22 ermöglicht eine Open Source Lösung, dass Funktionen mit anderen Software-
23 Lösungen, die beispielsweise im Hochschulbereich eingesetzt werden, einfach
24 übernommen und ausgebaut werden.

25 Eine solche Lernplattform muss über die bisherigen Funktionen von LernSax
26 hinausgehen. Nicht nur muss es eine reibungslos funktionierende mobile Version

27 dazu geben – die Plattform sollte mehr sein als ein Cloudspeicher, über die
28 Aufgaben hochgeladen und an alle Schüler:innen einer Klasse oder eines Kurses
29 verteilt werden können, sondern ermöglichen, dass Aufgaben auf einfachem Wege an
30 Lehrkräfte eingereicht werden können. Eine Möglichkeit zur Bereitstellung von
31 On-Demand Videos muss ebenso zentraler Bestandteil sein wie Live-Stream
32 Angebote. Außerdem könnten digitale Abstimmungstools, Foren und ähnliche
33 Interaktionsmöglichkeiten anonyme Möglichkeiten schaffen, Feedback zum
34 Unterricht zu geben. Dies kann auch hilfreich sein, um Fragen der Schüler:innen
35 zu klären, da die Anonymität unsicheren Lernenden hilft, ihre Probleme
36 mitzuteilen.

37 Außerdem können digitale Tests genutzt werden, um automatisiert zu überprüfen,
38 welche Schüler:innen in welchen Themenbereichen Wissenslücken aufweisen und
39 welche Themen vielleicht leichter gefallen sind. Dies ermöglicht einen
40 individuellen Unterricht ohne eine mühsame Auswertung seitens der Lehrkräfte:
41 Ist in der Lernplattform ein umfangreicher Aufgabenpool hinterlegt, kann das
42 Programm auf der Grundlage bisheriger Lernfortschritte und bestehender Schwächen
43 Schüler:innen eigenständig individualisierte Aufgaben vorschlagen und die
44 Lehrer:innen damit bei der Umsetzung eines individualisierten Unterrichts
45 entlasten. Klar ist: Selbst eine intelligente Lernplattform wird nie mehr sein
46 als eine sinnvolle Ergänzung der Arbeit von Lehrer:innen. Die persönliche
47 Komponente ihrer Arbeit wird sie auch in einem digitalisierten Unterricht
48 unabdingbar machen. Sie können dadurch jedoch entlastet werden und erhalten den
49 nötigen Freiraum, sich auch auf menschlicher Ebene intensiv mit ihren
50 Schüler:innen auseinanderzusetzen.

51
52 Kurzfristig wird die SPD-Landtagsfraktion dazu aufgefordert, sich für die
53 Verbesserung von LernSax einzusetzen. Die Website soll barrierefrei ausgebaut
54 werden. Zudem ist die Verbesserung der App für Smartphone und Tablet nötig,
55 welcher es an Übersichtlichkeit und Nutzungsmöglichkeiten fehlt. Hierbei soll
56 die App auch möglichst alle Features beinhalten, welche in der Web-Version
57 beinhaltet sind. Um die Plattform anwender*innenfreundlicher zu gestalten, soll
58 das Sächsische Staatsministerium für Kultus eine Umfrage unter Lehrkräfte und
59 Schüler*innen erstellen, um die Benutzer*innenoberfläche zu verbessern und
60 eventuelle nichtgenutzte Features der Plattform zu entfernen. Bei der gesamten
61 Weiterentwicklung von LernSax muss auf die Wahrung des Datenschutzes vor allem
62 für minderjährige Schüler*innen und Lehrkräfte geachtet werden. Selbsterklärend
63 sollte auch eine bessere Einführung in die Nutzung von LernSax für Lehrkräfte
64 und Schüler*innen sowie die breitflächige Nutzung der Plattform ab der 5. Klasse
65 gewährleistet werden. Die Fraktion setzt sich daher in den anstehenden
66 Haushaltsverhandlungen dafür ein, den entsprechenden Haushaltstitel mit genügend
67 Mitteln auszustatten um eine zugängliche Weiterentwicklung zu gewährleisten. In
68 Zuge dessen ist auch SaxSVS (Sächsische Schulverwaltungssoftware) weiter zu
69 entwickeln und an die Bedarfe anzupassen

70 **Digitale Bildung für Lehrkräfte**

71 Mindestens genauso wichtig wie die technische Gestaltung ist aber der Umgang der
72 Lehrkräfte mit der Plattform. Es muss ausreichend Weiterbildungsmöglichkeiten
73 geben, welche verpflichtend wahrgenommen werden müssen. Ebenso muss es ein
74 zentraler Bestandteil des Lehramtsstudiums sein, zu lernen, wie diese Plattform
75 bedient wird und wie sie gewinnbringend in den Unterricht eingebunden werden
76 kann.

77 Die Kenntnis über die reine Funktionsweise einer Lernplattform hilft nicht, wenn
78 die Lehrer:innen nicht wissen, wie digitale Medien genutzt werden können, um den
79 Unterricht zu bereichern. In der heutigen Zeit wandeln sich die technologischen
80 Möglichkeiten derart schnell, dass fortführende Weiterbildungen der Lehrkräfte
81 unerlässlich ist. Lehrer:innen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen
82 werden, wenn die Lehrqualität unabhängig von der Schulart, sozialer Herkunft und
83 dem Wohnort auf hohem Niveau gehalten werden soll. Lehrkräfte müssen als Teil
84 ihrer pädagogischen Ausbildung lernen, welche digitalen Methoden hilfreich sind
85 und was in analoger Form mehr bringt – und ein einfaches Hochladen von digitalen
86 Tafelbildern und eingescannte Lehrbuchtexte zählt dabei noch nicht als digitaler
87 Unterricht..

88 In der Lehramtsausbildung muss ein fundiertes Technikverständnis vermittelt
89 werden, um die Digitalisierung im Unterricht vorzuleben und technische Probleme
90 im Unterricht vorzubeugen.

91 Fest steht: Lehrer:innen können nicht zu digitalen Unterrichtsmethoden gezwungen
92 werden. Vielmehr müssen ihnen deren Vorteile aufgezeigt werden. Nur so kann ein
93 Unterricht gelingen, in dem analoge und digitale Unterrichtsformen eine
94 Gesamtheit bilden

95 Digitale Lehrpläne ermöglichen nebenbei auch, das Gewicht der Schulranzen zu
96 verringern, was der Gesundheit der Schüler:innen zugute kommt. Wenn das Gewicht
97 der Lehrbücher, insbesondere für Grundschulklassen, jedoch durch schwere
98 Endgeräte ausgetauscht wird, ist dieser Effekt zunichte gemacht worden.

99 **Software ohne entsprechende Hardware ist sinnlos**

100 Um Software zu nutzen, ist natürlich auch das dazugehörige Endgerät notwendig.
101 Tablets für alle Schüler:innen sind jedoch der falsche Weg. Sinnvoller ist eine
102 "Bring-your -own-device" Lösung. Natürlich erfordert dies eine unbürokratische
103 Digitalisierungsgarantie für Familien, denn insbesondere geringverdienende
104 Familien können sich Laptops für alle Kinder unter Umständen nicht leisten.
105 Außerdem muss sich der Freistaat darum kümmern, dass Programme, die im
106 Unterricht von Schüler:innen genutzt werden, auch auf deren Computern genutzt
107 werden können. Um keine teuren Lizenzen kaufen zu müssen, ist jedoch auch hier
108 Open Source Software oder mindestens frei erhältliche Software zu bevorzugen.

109 Doch auch die IT-Infrastruktur an Schulen muss besser ausgebaut werden. An
110 vielen Einrichtungen kümmern sich die Lehrkräfte um die IT-Ausrüstung. Dies
111 fällt jedoch nicht in deren Aufgabenbereich, und gute Netzwerke benötigen
112 professionelle Betreuung. Hier muss sich das Land darum kümmern, dass
113 Spezialist:innen diese Infrastruktur betreuen. Bei Bildungseinrichtungen ab ein
114 einer zu definierenden Größe soll je Einrichtung ein:e solche:r Spezialist:in
115 fest an der Schule angestellt sein. Bei kleineren Einrichtungen sind mobile
116 Spezialist:innen einsetzbar, die mehrere (kleinere und örtlich benachbarte)
117 Bildungseinrichtungen betreuen, so lange dadurch die Betreuung der einzelnen
118 Einrichtungen nicht leidet.

119
120 Basis der notwendigen Infrastruktur ist ein Anschluss jeder Schule ans
121 Glasfasernetz. Dazu gehören neben WLAN, das jedes Klassenzimmer und jeden
122 Freizeitraum erreicht auch Datenbanksysteme und die entsprechenden
123 Sicherheitssysteme, wobei insbesondere auf Datenschutz geachtet werden muss.

124 **Wichtige Soft-Skills wandeln sich**

125 Schüler:innen von Heute werden ihr ganzes Leben mit digitalen Werkzeug arbeiten
126 müssen. Wichtige Fähigkeiten dazu müssen Teil des Unterrichts werden. Das fängt
127 an mit schnellem Schreiben am Computer und dem Umgang mit wichtigen Programmen –
128 umfasst aber auch Medienkompetenz und das Verständnis wissenschaftlicher Arbeit,
129 um in Zeiten von Fake News abschätzen zu können, welche Informationen
130 vertrauenswürdig und welche mit Vorsicht zu genießen sind. Das Internet hat auch
131 weitere Tücken, mit denen umgegangen werden muss. Dazu zählen ein Verständnis
132 davon, was Anonymität im Internet bedeutet und die Kompetenz im Umgang mit dem
133 damit verbundenen Datenschutz und der Sicherheit persönlicher Informationen. Es
134 muss klar werden, dass im Internet die gleichen Regeln gelten wie im echten
135 Leben.

136 Digitale Lernmedien bieten aber auch eine Möglichkeiten, etwas zu erlernen, was
137 im heutigen Schulsystem viel zu kurz kommt: Selbstständiges Arbeiten und Lernen.
138 Dies ist für den weiteren Lebensweg, ob im Beruf oder im Studium, eine
139 unerlässliche Grundlage.

140 Neben diesen Soft-Skills werden auch andere Fähigkeiten immer wichtiger.
141 Grundlagen im Programmieren sind inzwischen wichtiger Teil vieler Berufe.
142 Insbesondere ist das Programmieren unterdessen auch Bestandteil aller
143 Studiengängen, die auch nur im entferntesten etwas mit Naturwissenschaften oder
144 wirtschaftlichen Disziplinen zu tun haben. Den Platz, den Informatik in der
145 Schule, insbesondere der Sekundarstufe 2 einnimmt, ist daran gemessen absurd
146 gering. Deshalb fordern wir mehr Informatikunterricht, der neben vielfältigen
147 Programmierfähigkeiten die besprochenen Soft-Skills lehrt. Soft-Skills wie
148 Medienkompetenz sollten fächerübergreifend gelehrt werden. Solche Inhalte
149 können, entsprechend aufbereitet, schon im Grundschulalter spielerisch gelehrt

150 werden, sodass eine Implementierung in den Grundschullehrplan empfehlenswert
151 ist.

152 **Schüler:innen dürfen nicht überfordert werden**

153 Die Möglichkeit, den Lernenden auch außerhalb des Unterrichts Lernstoff zu
154 vermitteln, darf nicht dazu führen, dass sich der ohnehin schon vollgepackte
155 Stundenplan noch auf die Freizeit ausbreitet. Lehrer:innen sollten daher diese
156 Möglichkeiten nicht ausschließlich als zusätzliches Angebot zu den
157 konventionellen Unterrichtsmethoden verstehen. Insbesondere Kinder, die
158 eventuell Probleme mit eigenständiger Arbeitsweise oder digitalen Geräten haben,
159 laufen Gefahr, erheblichen Mehraufwand zu haben. Hier zeigt sich, worin die
160 große Herausforderung des Themas besteht: Funktioniert ein Zahnrad des Getriebes
161 aus Lerninhalten, Software, Hardware und technischer Fähigkeiten nicht, droht
162 das ganze System zu kollabieren.

B06 Mehr Kombinationen von Schulfächern beim Lehramtsstudium ermöglichen

Antragsteller*in: JSAG Sachsen, Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Die momentane Einteilung der Fächer in zwei Fächergruppen im Lehramtsstudium in
5 Sachsen für Gymnasium und Oberschule soll wie folgt überarbeitet werden:

- 6 • FG 1 (Oberschule): Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik/Philosophie,
7 Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung, Geschichte, Informatik, Kunst,
8 Mathematik, Musik, Physik, Sorbisch, Sport, Geografie
- 9 • FG 1 (Gymnasium): Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik/Philosophie,
10 Französisch, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Geschichte,
11 Informatik, Kunst, Latein, Mathematik, Musik, Physik, Sorbisch, Spanisch,
12 Sport, Geografie
- 13 • FG 2 (Oberschule): Evangelische Religion, Französisch, Polnisch, Russisch,
14 Spanisch, Tschechisch, Katholische Religion
- 15 • FG 2 (Gymnasium): Evangelische Religion, Griechisch, Italienisch,
16 Polnisch, Russisch, Tschechisch, Katholische Religion

17 Die Einteilung in Fächergruppe 1 und Fächergruppe 2 bleibt somit erhalten. Doch
18 Unterrichtsfächer, die an jeder Schule dieser beiden Schularten unterrichtet
19 werden (ausgenommen Sorbisch), können somit beliebig kombiniert werden.

Begründung

Wer sich für ein Lehramtsstudium für eine weiterführende Schule entscheidet, der*die strebt an, Fächer zu unterrichten, für die man sich und die Schüler*innen begeistern kann. Doch durch eine eingeschränkte

Kombinationsmöglichkeiten der Studienfächer schrecken einige vor einem Lehramtsstudium in Sachsen zurück, da sie nicht die Fächer unterrichten dürfen, die ihnen am besten liegen. Um den Lehrkräftemangel in Sachsen zu bekämpfen, ist es wichtig, dass jungen Menschen der Wille zum Lehramtsstudium nicht dadurch genommen wird, dass sie nicht die Fächer im Studium kombinieren können, die ihnen liegen. In anderen Bundesländern gibt es teilweise eine freiere Kombination von Studienfächern, sodass einige Studiumsanwärter*innen Sachsen verlassen, um in einem anderen Bundesland zu studieren und später auch anstreben, dort zu unterrichten.

B06NEU Mehr Kombinationen von Schulfächern beim Lehramtsstudium ermöglichen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die momentane Einteilung der Fächer in zwei Fächergruppen im Lehramtsstudium in
2 Sachsen für Gymnasium und Oberschule soll wie folgt überarbeitet werden:

- 3 • FG 1 (Oberschule): Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik/Philosophie,
4 Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung, Geschichte, Informatik, Kunst,
5 Mathematik, Musik, Physik, Sorbisch, Sport, Geografie, Evangelische
6 Religion, Katholische Religion

- 7 • FG 1 (Gymnasium): Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik/Philosophie,
8 Französisch, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Geschichte,
9 Informatik, Kunst, Latein, Mathematik, Musik, Physik, Sorbisch, Spanisch,
10 Sport, Geografie, Evangelische Religion, Katholische Religion

- 11 • FG 2 (Oberschule): Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Tschechisch

- 12 • FG 2 (Gymnasium): Griechisch, Italienisch, Polnisch, Russisch, Tschechisch

13 Die Einteilung in Fächergruppe 1 und Fächergruppe 2 bleibt somit erhalten. Doch
14 Unterrichtsfächer, die an jeder Schule dieser beiden Schularten unterrichtet
15 werden (ausgenommen Sorbisch), können somit beliebig kombiniert werden.

Begründung

Wer sich für ein Lehramtsstudium für eine weiterführende Schule entscheidet, der*die strebt an, Fächer zu unterrichten, für die man sich und die Schüler*innen begeistern kann. Doch durch eine eingeschränkte Kombinationsmöglichkeiten der Studienfächer schrecken einige vor einem Lehramtsstudium in Sachsen zurück, da sie nicht die Fächer unterrichten dürfen, die ihnen am besten liegen. Um den Lehrkräftemangel in Sachsen zu bekämpfen, ist es wichtig, dass jungen Menschen der Wille zum Lehramtsstudium nicht dadurch genommen wird, dass sie nicht die Fächer im Studium kombinieren können, die ihnen liegen. In anderen

Bundesländern gibt es teilweise eine freiere Kombination von Studienfächern, sodass einige Studiumsanwärter*innen Sachsen verlassen, um in einem anderen Bundesland zu studieren und später auch anstreben, dort zu unterrichten.

B07 Grundlehrgänge zur Verbesserung der betrieblichen und schulischen Ausbildung

Antragsteller*in: JSAG Sachsen

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Bundeskongress der Jusos, den Landesparteitag der SPD Sachsen und den*
3 *Bundesparteitag der SPD an die SPD-Fraktionen im Bundestag und sächsischen*
4 *Landtag weiterleiten:*

5 Die SPD-Fraktionen werden aufgefordert, sich für die Einführung von Lehrgängen
6 einzusetzen, welche für die Grundbildung verpflichtend für Auszubildende vor dem
7 ersten Praxiseinsatz werden müssen.

8 Diese müssen umfassen:

- 9 1. die wichtigsten für den ersten Praxiseinsatz notwendigen fachpraktischen-
10 und theoretischen Kenntnisse,
- 11 1. diese muss der Betrieb durch ein Seminar oder die Berufsschule durch
12 entsprechenden Unterricht vermitteln.
- 13 2. bei Bereichs- und Abteilungswechseln hat der*die neue Auszubildende
14 zu gewährleisten, dass der*die Auszubildende über alle notwendigen
15 abteilungsspezifischen Kenntnisse aufgeklärt wurde.
- 16 2. Arbeitsschutz-, Arbeitssicherheits- und
17 Gesundheitspräventionseinweisungen sowie Erste-Hilfe-Schulungen
- 18 1. diese soll die Berufsschule vermitteln.
19 2. zusätzlich muss der Betrieb entsprechende betriebsspezifische
20 Kenntnisse vermitteln.
- 21 3. umfassende Informationen zur betrieblichen Auszubildendenmitwirkung und
22 Gewerkschaften
- 23 1. auch hier soll die Berufsschule im entsprechenden Lernfeld/Fach
24

möglichst früh über die Mitbestimmungsmöglichkeiten aufklären

- 25 2. zusätzlich soll die Interessenvertretung im jeweiligen Betrieb sich
26 vorstellen

27 Um die Lehrgänge umfangreich und hilfreich gestalten zu können, soll es vor
28 allem für kleine Betriebe die Möglichkeit geben, sich untereinander und mit
29 größeren Betrieben zu vernetzen. Entsprechende Angebote und Zusammenarbeiten
30 soll die zuständige IHK/HWK vermitteln. Außerdem soll sie in Zusammenarbeit mit
31 Gewerkschaften, Arbeitgebenden und JAVen den Umfang bestimmen, in dem die
32 genannten Punkte vermittelt werden sollen.

B07NEU2 Grundlehrgänge zur Verbesserung der betrieblichen und schulischen Ausbildung

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die SPD-Fraktionen werden aufgefordert, sich für die Einführung von Lehrgängen
2 einzusetzen, welche für die Grundbildung verpflichtend für Auszubildende vor dem
3 ersten Praxiseinsatz werden müssen.

4 Diese müssen umfassen:

5 1. die wichtigsten für den ersten Praxiseinsatz notwendigen fachpraktischen-
6 und theoretischen Kenntnisse,

7 1. diese muss der Betrieb durch ein Seminar oder die Berufsschule durch
8 entsprechenden Unterricht vermitteln.

9 2. bei Bereichs- und Abteilungswechseln hat der*die neue Auszubildende
10 zu gewährleisten, dass der*die Auszubildende über alle notwendigen
11 abteilungsspezifischen Kenntnisse aufgeklärt wurde.

12 2. Arbeitsschutz-, Arbeitssicherheits- und
13 Gesundheitspräventionseinweisungen sowie Erste-Hilfe-Schulungen

14 1. diese soll die Berufsschule vermitteln.

15 2. zusätzlich muss der Betrieb entsprechende betriebsspezifische
16 Kenntnisse vermitteln.

17 3. umfassende Informationen zur betrieblichen Auszubildendenmitwirkung und
18 Gewerkschaften

19 1. auch hier soll die Berufsschule im entsprechenden Lernfeld/Fach
20 möglichst früh über die Mitbestimmungsmöglichkeiten aufklären

21 2. zusätzlich soll die Interessenvertretung im jeweiligen Betrieb sich
22 vorstellen

23 Um die Lehrgänge umfangreich und hilfreich gestalten zu können, soll es vor
24 allem für kleine Betriebe die Möglichkeit geben, sich untereinander und mit
25 größeren Betrieben zu vernetzen. Entsprechende Angebote und Zusammenarbeiten
26 soll die zuständige IHK/HWK vermitteln. Außerdem soll sie in Zusammenarbeit mit
27 Gewerkschaften, Arbeitgebenden und JAVen den Umfang bestimmen, in dem die
28 genannten Punkte vermittelt werden sollen.

B07NEU Grundlehrgänge zur Verbesserung der betrieblichen und schulischen Ausbildung

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die SPD-Fraktionen werden aufgefordert, sich für die Einführung von Lehrgängen
2 einzusetzen, welche für die Grundbildung verpflichtend für Auszubildende vor dem
3 ersten Praxiseinsatz werden müssen.

4 Diese müssen umfassen:

- 5 1. die wichtigsten für den ersten Praxiseinsatz notwendigen fachpraktischen-
6 und theoretischen Kenntnisse,
 - 7 1. diese muss der Betrieb durch ein Seminar oder die Berufsschule durch
8 entsprechenden Unterricht vermitteln.
 - 9 2. bei Bereichs- und Abteilungswechseln hat der*die neue Auszubildende
10 zu gewährleisten, dass der*die Auszubildende über alle notwendigen
11 abteilungsspezifischen Kenntnisse aufgeklärt wurde.
- 12 2. Arbeitsschutz-, Arbeitssicherheits- und
13 Gesundheitspräventionseinweisungen sowie Erste-Hilfe-Schulungen
 - 14 1. diese soll die Berufsschule vermitteln.
 - 15 2. zusätzlich muss der Betrieb entsprechende betriebsspezifische
16 Kenntnisse vermitteln.
- 17 3. umfassende Informationen zur betrieblichen Auszubildendenmitwirkung und
18 Gewerkschaften
 - 19 1. auch hier soll die Berufsschule im entsprechenden Lernfeld/Fach
20 möglichst früh über die Mitbestimmungsmöglichkeiten aufklären
 - 21 2. zusätzlich soll die Interessenvertretung im jeweiligen Betrieb sich
22 vorstellen

23 Um die Lehrgänge umfangreich und hilfreich gestalten zu können, soll es vor
24 allem für kleine Betriebe die Möglichkeit geben, sich untereinander und mit
25 größeren Betrieben zu vernetzen. Entsprechende Angebote und Zusammenarbeiten
26 soll die zuständige IHK/HWK vermitteln. Außerdem soll sie in Zusammenarbeit mit
27 Gewerkschaften, Arbeitgebenden und JAVen den Umfang bestimmen, in dem die
28 genannten Punkte vermittelt werden sollen.

B08 Die Ausbildung auch in Krisenzeiten stärken

Antragsteller*in: JSAG Sachsen

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Bundeskongress der Jusos, den Landesparteitag der SPD Sachsen und den*
3 *Bundesparteitag der SPD an die SPD-Fraktion im Bundestag und sächsischen Landtag*
4 *weiterleiten:*

5 Die SPD-Fraktionen werden aufgefordert, sich für die Verbesserung der
6 Ausbildungsbedingungen und den Schutz von Auszubildenden in Krisenzeiten
7 einzusetzen. Die Vermittlung aller ausbildungsrelevanten Inhalte sowie die
8 Erhaltung sicherer und guter Ausbildungsplätze muss gewährleistet sein.

9 Dazu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 10 • es muss sichergestellt werden, dass es beim Wegfallen von praktischen
11 Ausbildungseinheiten gute Alternativen gibt, die Ausbildungsinhalte zu
12 vermitteln
 - 13 ◦ zusätzliche finanzielle Förderung von Berufsschulen in Krisenzeiten
 - 14 ◦ Unterstützung des Digitalisierungsprozesses in Berufsschulen
 - 15 ◦ bessere Ausstattung von Berufsschulen, damit diese ein sicheres und
16 umfangreiches Lernen ermöglichen können
- 17 • es braucht eine rechtliche Sicherheit für Auszubildende im HomeOffice
 - 18 ◦ Festschreiben der Möglichkeit für Auszubildende, in Krisenzeiten
19 HomeOffice zu beantragen, sofern so Ausbildungsinhalte besser
20 vermittelt werden können
 - 21 ◦ Bereitstellung aller erforderlichen Mittel durch den Betrieb oder
22 die Berufsschule
- 23 • es muss gewährleistet werden, dass Auszubildende, deren Betriebe insolvent
24 gehen, ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb fortsetzen können.
25 Außerdem muss es trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage auch für
26 kommende Bewerber*innen ausreichend Ausbildungsplätze geben

- 27 ◦ Unterstützung für Betriebe, die Auszubildende aus insolventen
28 Betrieben übernehmen
- 29 ◦ Förderung von Verbund- bzw. Auftragsausbildungen, um Unternehmen zu
30 entlasten und Auszubildenden umfangreichere Lernmöglichkeiten zu
31 bieten
- 32 ◦ stärkere Förderung von kleinen Betrieben, die ausbilden möchten

- 33 • die finanzielle Unterstützung der Auszubildenden muss auch in Krisenzeiten
34 gewährleistet werden

- 35 ◦ Verlängerung der Berufsausbildungsbeihilfe bei Verschiebung der
36 Abschlussprüfung oder Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses
- 37 ◦ finanzielle Hilfen während der Suche nach einem neuen
38 Ausbildungsbetrieb

- 39 • es muss gewährleistet werden, dass Auszubildende, wenn sie aufgrund dieser
40 besonderen Umstände das Ausbildungsziel nicht erreichen, die
41 Ausbildungsdauer ohne Einschnitte verlängern können

- 42 ◦ das Ausbildungsgehalt muss weiterhin gezahlt werden
- 43 ◦ finanzielle Hilfen, wie die Berufsausbildungsbeihilfe, müssen
44 weiterhin gezahlt werden
- 45 ◦ dadurch entstehende zusätzliche Belastungen für Ausbildungsbetriebe
46 sollen ausgeglichen werden

Begründung

Die Folgen der Corona-Pandemie haben auch Auszubildende zu spüren. Viele Betriebe konnten und können die Ausbildung aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie nicht ausreichend weiterführen. Es ist nicht gewährleistet, dass Auszubildende im vorgesehenen Zeitraum das Ausbildungsziel erreichen können. Die Abschlussprüfung muss verschoben oder die Ausbildungszeit verlängert werden. Oft werden Auszubildende ins HomeOffice geschickt, wo dann der Kontakt zu den Ausbildern abbricht oder sie ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen sollen. Die Arbeitsmittel werden nicht oder ungenügend zur Verfügung gestellt und Auszubildende sind auf sich allein gestellt. Auch die Berufsschulen sind nicht immer ausreichend ausgestattet, um das digitale Lernen sinnvoll und erreichbar für alle zu gestalten.

Vor allem Auszubildende aber auch die ausbildenden Betriebe und Berufsschulen brauchen Unterstützung und klare Vorgaben, wie Ausbildung in Krisenzeiten gestaltet werden kann. Es muss oberste Priorität sein, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Auszubildende weiterhin gut zu schulen und die Ausbildungsinhalte umfangreich zu vermitteln.

Dafür braucht es an den nötigen Stellen Unterstützung für die Betriebe und Schulen sowie rechtliche

Sicherheit für die Auszubildenden.

B08NEU Die Ausbildung auch in Krisenzeiten stärken

Antragsteller*innen: JSAG Sachsen Juso-Landesvorstand (dort
beschlossen am: 09/28/2020)
Tagesordnungspunkt: O.B - Bildung

Antragstext

1 Die SPD-Fraktionen werden aufgefordert, sich für die Verbesserung der
2 Ausbildungsbedingungen und den Schutz von Auszubildenden in Krisenzeiten
3 einzusetzen. Die Vermittlung aller ausbildungsrelevanten Inhalte sowie die
4 Erhaltung sicherer und guter Ausbildungsplätze muss gewährleistet sein.

5 Dazu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 6 • es muss sichergestellt werden, dass es beim Wegfallen von praktischen
7 Ausbildungseinheiten gute Alternativen gibt, die Ausbildungsinhalte zu
8 vermitteln
 - 9 ◦ zusätzliche finanzielle Förderung von Berufsschulen in Krisenzeiten
 - 10 ◦ Unterstützung des Digitalisierungsprozesses in Berufsschulen
 - 11 ◦ bessere Ausstattung von Berufsschulen, damit diese ein sicheres und
12 umfangreiches Lernen ermöglichen können
- 13 • es muss gewährleistet werden, dass Auszubildende, deren Betriebe insolvent
14 gehen, ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb fortsetzen können.
15 Außerdem muss es trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage auch für
16 kommende Bewerber*innen ausreichend Ausbildungsplätze geben
 - 17 ◦ Unterstützung für Betriebe, die Auszubildende aus insolventen
18 Betrieben übernehmen
 - 19 ◦ Förderung von Verbund- bzw. Auftragsausbildungen, um Unternehmen zu
20 entlasten und Auszubildenden umfangreichere Lernmöglichkeiten zu
21 bieten
 - 22 ◦ stärkere Förderung von kleinen Betrieben, die ausbilden möchten
- 23 • die finanzielle Unterstützung der Auszubildenden muss auch in Krisenzeiten
24 gewährleistet werden
 - 25 ◦ Verlängerung der Berufsausbildungsbeihilfe bei Verschiebung der

- 26 Abschlussprüfung oder Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses
27 ◦ finanzielle Hilfen während der Suche nach einem neuen
28 Ausbildungsbetrieb
- 29 • es muss gewährleistet werden, dass Auszubildende, wenn sie aufgrund dieser
30 besonderen Umstände das Ausbildungsziel nicht erreichen, die
31 Ausbildungsdauer ohne Einschnitte verlängern können
- 32 ◦ das Ausbildungsgehalt muss weiterhin gezahlt werden
33 ◦ finanzielle Hilfen, wie die Berufsausbildungsbeihilfe, müssen
34 weiterhin gezahlt werden
35 ◦ dadurch entstehende zusätzliche Belastungen für Ausbildungsbetriebe
sollen ausgeglichen werden
- 36 • es braucht Sicherheit für Auszubildende, deren Zwischenprüfung, die eine
37 Voraussetzung zur Teilnahme an der Abschlussprüfung ist, ausgefallen ist
- 38 ◦ zeitlich befristete Änderung des BBiG, nach der der Ausfall der
39 Zwischenprüfungen keine Auswirkungen auf die Zulassung an der
40 Abschlussprüfung hat
41 ◦ Aufklärung der betroffenen Auszubildenden über ihre Rechte und
42 Möglichkeiten, beispielsweise über die IHK oder ähnliche
43 Institutionen
44

Begründung

Die Folgen der Corona-Pandemie haben auch Auszubildende zu spüren. Viele Betriebe konnten und können die Ausbildung aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie nicht ausreichend weiterführen. Es ist nicht gewährleistet, dass Auszubildende im vorgesehenen Zeitraum das Ausbildungsziel erreichen können. Die Abschlussprüfung muss verschoben oder die Ausbildungszeit verlängert werden. Oft werden Auszubildende ins HomeOffice geschickt, wo dann der Kontakt zu den Ausbildern abbricht oder sie ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen sollen. Die Arbeitsmittel werden nicht oder ungenügend zur Verfügung gestellt und Auszubildende sind auf sich allein gestellt. Auch die Berufsschulen sind nicht immer ausreichend ausgestattet, um das digitale Lernen sinnvoll und erreichbar für alle zu gestalten.

Vor allem Auszubildende aber auch die ausbildenden Betriebe und Berufsschulen brauchen Unterstützung und klare Vorgaben, wie Ausbildung in Krisenzeiten gestaltet werden kann. Es muss oberste Priorität sein, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Auszubildende weiterhin gut zu schulen und die Ausbildungsinhalte umfangreich zu vermitteln.

Dafür braucht es an den nötigen Stellen Unterstützung für die Betriebe und Schulen sowie rechtliche Sicherheit für die Auszubildenden.

B09 Abschlussprüfungen der letzten Jahre kostenlos veröffentlichen

Antragsteller*in: JSAG Sachsen, Jusos SV Leipzig
Tagesordnungspunkt: O.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Derzeit sind die Abschlussprüfungen der letzten Jahrgänge, unter anderem Haupt-
5 und Realschulabschlussprüfungen der Oberschulen, Besondere
6 Leistungsfeststellungen und Abiturprüfungen der allgemeinbildenden und
7 beruflichen Gymnasien und andere Abschlussprüfungen, nur auf einem Online-Portal
8 des sächsischen Kultusministeriums¹ sowie in kostenpflichtigen Aufgabenheften,
9 allen voran den "Stark-Heften", einsehbar. Hierbei eröffnen sich folgende
10 Probleme: zum Abrufen der Prüfungen benötigt es ein Passwort, welches nur an die
11 Schüler*innen der Abschlussjahrgänge ausgeteilt wird. Jedoch befinden sich keine
12 Lösungen zu den Prüfungsaufgaben auf dem Online-Portal beigelegt. Das Problem in
13 den Aufgabenheften liegt in der Kostenpflichtigkeit jener, wodurch Schüler*innen
14 aus ärmeren Verhältnissen benachteiligt werden.

15 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Aktualisierung des
16 schon vorhandenen Online-Portals des sächsischen Kultusministeriums auf
17 "www.schule.sachsen.de" einzusetzen. Hierbei sollen zukünftig alle Prüfungen mit
18 hilfreichen Lösungen ohne Passwort öffentlich und kostenlos zur Verfügung
19 stehen.

20 Fußnote:

21 ¹<https://www.schule.sachsen.de/119.htm>

B09NEU Abschlussprüfungen der letzten Jahre kostenlos veröffentlichen

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Derzeit sind die Abschlussprüfungen der letzten Jahrgänge, unter anderem Haupt-
2 und Realschulabschlussprüfungen der Oberschulen, Besondere
3 Leistungsfeststellungen und Abiturprüfungen der allgemeinbildenden und
4 beruflichen Gymnasien und andere Abschlussprüfungen, nur auf einem Online-Portal
5 des sächsischen Kultusministeriums¹ sowie in kostenpflichtigen Aufgabenheften,
6 allen voran den "Stark-Heften", einsehbar. Hierbei eröffnen sich folgende
7 Probleme: zum Abrufen der Prüfungen benötigt es ein Passwort, welches nur an die
8 Schüler*innen der Abschlussjahrgänge ausgeteilt wird. Jedoch befinden sich keine
9 Lösungen zu den Prüfungsaufgaben auf dem Online-Portal beigelegt. Das Problem in
10 den Aufgabenheften liegt in der Kostenpflichtigkeit jener, wodurch Schüler*innen
11 aus ärmeren Verhältnissen benachteiligt werden.

12 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Aktualisierung des
13 schon vorhandenen Online-Portals des sächsischen Kultusministeriums auf
14 "www.schule.sachsen.de" einzusetzen. Hierbei sollen zukünftig alle Prüfungen mit
15 hilfreichen Lösungen ohne Passwort öffentlich und kostenlos zur Verfügung
16 stehen.

17 Fußnote:

18 ¹<https://www.schule.sachsen.de/119.htm>

B10 Notendiktatur stoppen - Für unabhängige Kontrollen!

Antragsteller*in: JSAG Sachsen, Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Die SPD-Fraktion setzt sich bis zur Abschaffung der Schulnoten dafür ein, dass
5 Schüler*innen an allen sächsischen Schulen das Recht besitzen, schriftliche
6 Leistungsnachweise nach der ersten Korrektur durch der unterrichtenden Lehrkraft
7 von einer zweiten zufällig ausgewählten Lehrkraft des gleichen Fachs von einer
8 anderen Schule und ohne Kenntnis der Note korrigieren zu lassen. Bei einer
9 Differenz müssen die beiden Lehrkräfte in Kontakt miteinander treten, um einen
10 Kompromiss in der Bewertung zu erarbeiten. Eine Zweitkorrektur darf nicht zur
11 Verschlechterung der Bewertung der Erstkorrektur führen. Bis zur Abschaffung der
12 Schulnoten fordern wir im Weiteren ein generelles Remonstrationsrecht für
13 Schüler*innen gegen die Notenvergabe in der Sekundarstufe II.

Begründung

Bei der Bewertung von Leistungsnachweisen kommt es zu oft dazu, dass verschiedene Lehrkräfte sich im Bewertungsmaßstab stark unterscheiden und vom durchschnittlichen Maßstab abweichen. Es kann nicht sein, dass sich einerseits die Leistungen eines*einer Schüler*in beim Wechsel der Lehrkraft sehr absinken und andererseits sich zwischen zwei verschiedenen Klassen/Kursen mit verschiedenen Lehrkräften stark unterscheiden. Deshalb ist es in solchen besonderen Fällen notwendig, dass Schüler*innen eine Zweitkorrektur anfordern können, um vergewissern zu lassen, ob die Leistungen gerechtfertigt sind oder nicht.

B11 Bitte Sicherheitsabstand zwischen Corona und den zukünftigen Prüfungen!

Antragsteller*in: JSAG Sachsen

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an alle Kultus-/Bildungsministerien (in*
3 *sozialdemokratischer Hand) weiterleiten:*

4 Bitte lasst den "Spaß". Niemand möchte Aufgaben über das Thema Corona in den
5 nächsten Abschlussprüfungen sehen!

Begründung

Lasst es einfach.

B11NEU Bitte Sicherheitsabstand zwischen Corona und den zukünftigen Prüfungen!

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

- 1 Bitte lasst den "Spaß". Niemand möchte Aufgaben über das Thema Corona in den
- 2 nächsten Abschlussprüfungen sehen!

Begründung

Lasst es einfach.

B12 Schüler*innen aller Schulen vereinigt euch!

Antragsteller*in: JSAG Sachsen, Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: O.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Die Landtagsfraktion der SPD setzt sich für die Stärkung der
5 Beteiligungsmöglichkeiten an jeglichen sächsischen Schulen ein. Hierfür wird
6 auch die Änderung bestehender Gesetze und Verordnungen in Betracht gezogen.
7 Folgende Punkte sind konkrete Maßnahmen zur Stärkung der
8 Schüler*innenmitwirkung:

- 9 • In der Schulkonferenz müssen die Mitglieder mindestens zur Hälfte
10 Schüler*innen sein und der stellvertretende Vorsitz wird durch den*die
11 Schüler*innensprecher*in ausgeübt. Im Weiteren muss sichergestellt sein,
12 dass alle Statusgruppen geschlechterparitätisch zusammengesetzt sind. Die
13 Größe der Schulkonferenz wird durch die Geschäftsordnung der
14 Schulkonferenz festgelegt, es müssen ihr jedoch mindestens vier
15 Schüler*innen angehören,

- 16 • Einführen der „Schulpetition“: Zu Angelegenheiten des Zusammenlebens an
17 der Schule dürfen alle Mitglieder der Schulgemeinschaft (Lehrkräfte,
18 Eltern, Schüler*innen und Angestellte der Schule) eine
19 Unterschriftensammlung starten, die innerhalb eines Jahres mindestens 50%
20 der Unterschriften aller Mitglieder der Schulgemeinschaft aufbringen muss.
21 Die Schulleitung muss für die Umsetzung der erfolgreichen
22 „Schulpetitionen“ sorgen,

- 23 • aktive Einbindung der Kreisschüler*innenräte und Stadtschüler*innenräte in
24 die Kommunalpolitik, beispielsweise durch Beiräte. In Kommunen mit aktiven
25 Jugendparlamenten erfolgt eine Einbindung der Kreis-
26 /Stadtschüler*innenräte in das bestehende Jugendparlament/den zugehörigen
27 Jugendbeirat,

- 28 • verpflichtende Freihaltung des Stundenplans für Angelegenheiten und
29 Veranstaltungen der Schüler*innenvertretung, Verpflichtung der
30 Schulleitung zur Unterstützung der Schüler*innenvertretung, bspw. durch
31 die Ermutigung zur Teilnahme der Schüler*innen an der
32 Schüler*innenvertretung oder entsprechende demokratiefördernde Angebote in
33 Form von regelmäßigen Workshops,

- 34 • Förderung des politischen Engagements der Schüler*innen durch
35 Lehrer*innen. Hierfür sollen zukünftig Lehrer*innen differenziert ihre
36 politischen Meinungen zur Diskussion im gesellschaftswissenschaftlichen
37 Unterricht (Deutsch, GRW/Gemeinschaftskunde, Geographie, ...)
38 bereitstellen können,

- 39 • geschlechtergerechte Sprache für alle Begriffe im Rahmen der
40 Schüler*innenvertretung (Beispiel: Schüler*innenrat),

- 41 • Im Sprachgebrauch soll in Zukunft der*die Vertrauenslehrer*in
42 Schüler*innenratsberater*in heißen und der*die Beratungslehrer*in
43 Vertrauenslehrer*in,

- 44 • zukünftig sollen alle Klassen und Kurse zwei gleichberechtigte, quotiert
45 besetzte Klassen-/Kurssprecher*innen wählen.

46 Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen entwickelt die Landtagsfraktion weitere
47 Konzepte zur Stärkung der Schüler*innenrechte.

Begründung

Schüler*innen verdienen es gehört zu werden! Bis zu zwölf Jahre ihres Lebens verbringen Schüler*innen in der Schule, bei einem Abiturabschluss mit 18 Jahren entspricht das ? ihres bisherigen Lebens. In dieser Zeit entwickelt sich die Schule (gewollt und ungewollt) zu einem wichtigen Ort ihres Lebens. In der Schule wird ihnen beigebracht, wie wichtig Demokratie und politische Teilhabe sind. Es geht darum, Interessen zu vertreten, und das weckt Euphorie und Motivation zur Mitbestimmung. Doch wird diese Motivation zugleich wieder gemildert durch das Wahlalter ab 18. Um Schüler*innen jedoch wieder politisch zu bewegen und zu beteiligen, gibt es die Schüler*innenmitwirkung. Aber diese wirkt wie ein schlechter Versuch, den Schüler*innen Partizipationsmöglichkeiten vorzugaukeln, ohne ihnen genügend Macht zu geben. Sie wirkt eher wie "Mitbestimmung für Anfänger*innen" als echtes Interesse an den Interessen der Schüler*innen. Leider nicht zu wenige Schulleitungen sind nicht daran interessiert, eine aktive Schüler*innenvertretung zu sehen, denn klar, an dieser Stelle müsste man sich eventuell mit den Interessen der Schüler*innen

auseinandersetzen. An anderen Schulen wird der Schüler*innenrat der aktiv daran gehindert, zu arbeiten. Klar, so sieht es nicht an jeder Schule aus, aber es zeigt eine generelle Haltung des Staates (vertreten durch die Schulleitung) und der Schüler*innenvertretung. Und selbst wenn nun an einer Schule eine aktive Schüler*innenvertretung ausgebaut ist, kämpft auch diese mit dem Problem der wenigen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Denn hier ist die einzige Beteiligungsmöglichkeit die Schulkonferenz, das höchste Gremium einer Schule und verantwortlich für viele ihrer Angelegenheiten. In diesem Gremium besitzen Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen je vier Sitze. Das heißt, Schüler*innen besitzen gerade einmal 1/4 der Sitze und keine Durchsetzungskraft gegen die "Erwachsenen", welche sich nicht zu selten gegen die Position der Schüler*innen stellen, wenn es darauf ankommt. Und dies, obwohl die Entscheidungen der Schulkonferenz vor allem für Schüler*innen relevant sind. Schaut man sich die Ebenen darüber an, sieht es nicht viel anders aus: die Kreis- und Stadtschüler*innenräte besitzen keinerlei Anbindung an die kommunalen Entscheidungsgremien und der Landesschüler*innenrat darf gnädigerweise eine Vertretung für den Landesbildungsrat wählen. Diese Verwehrung von mehr Partizipation führt zu einer gewissen Demotivation für Schüler*innen, welche das Gefühl besitzen, nichts bewirken zu können und nicht gehört zu werden. Deshalb ist eine Stärkung der Schüler*innenmitwirkung von Nöten.

B12NEU Schüler*innen aller Schulen vereinigt euch!

Antragsteller*innen: JSAG Sachsen Juso-Landesvorstand (dort
beschlossen am: 09/28/2020)

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die Landtagsfraktion der SPD setzt sich für die Stärkung der
2 Beteiligungsmöglichkeiten an jeglichen sächsischen Schulen ein. Hierfür wird
3 auch die Änderung bestehender Gesetze und Verordnungen in Betracht gezogen.
4 Folgende Punkte sind konkrete Maßnahmen zur Stärkung der
5 Schüler*innenmitwirkung:

- 6 • In der Schulkonferenz müssen die Mitglieder mindestens zur Hälfte
7 Schüler*innen sein und der stellvertretende Vorsitz wird durch den*die
8 Schüler*innensprecher*in ausgeübt. Im Weiteren muss sichergestellt sein,
9 dass alle Statusgruppen geschlechterparitätisch zusammengesetzt sind. Die
10 Größe der Schulkonferenz wird durch die Geschäftsordnung der
11 Schulkonferenz festgelegt, es müssen ihr jedoch mindestens vier
12 Schüler*innen angehören,

- 13 • Einführen der „Schulpetition“: Zu Angelegenheiten des Zusammenlebens an
14 der Schule dürfen alle Mitglieder der Schulgemeinschaft (Lehrkräfte,
15 Eltern/Erziehungsberechtigte, Schüler*innen und Angestellte der Schule)
16 eine Unterschriftensammlung starten, die innerhalb eines Jahres mindestens
17 50% der Unterschriften aller Mitglieder der Schulgemeinschaft aufbringen
18 muss. Hierbei besitzen Eltern/Erziehungsberechtigte zusammen eine Stimme
19 pro Schüler*in, alle anderen Mitglieder der Schulgemeinschaft besitzen
20 jeweils eine Stimme. Die Schulleitung muss für die Umsetzung der
21 erfolgreichen „Schulpetitionen“ sorgen,

- 22 • aktive Einbindung der Kreisschüler*innenräte und Stadtschüler*innenräte in
23 die Kommunalpolitik, beispielsweise durch Beiräte. In Kommunen mit aktiven
24 Jugendparlamenten erfolgt eine Einbindung der Kreis-
25 /Stadtschüler*innenräte in das bestehende Jugendparlament/den zugehörigen
26 Jugendbeirat,

- 27 • verpflichtende Freihaltung des Stundenplans für Angelegenheiten und
28 Veranstaltungen der Schüler*innenvertretung, Verpflichtung der
29 Schulleitung zur Unterstützung der Schüler*innenvertretung, bspw. durch
30 die Ermutigung zur Teilnahme der Schüler*innen an der
31 Schüler*innenvertretung oder entsprechende demokratiefördernde Angebote in
32 Form von regelmäßigen Workshops,

- 33 • Förderung des politischen Engagements der Schüler*innen durch
34 Lehrer*innen. Hierfür sollen zukünftig Lehrer*innen differenziert ihre
35 politischen Meinungen zur Diskussion im gesellschaftswissenschaftlichen
36 Unterricht (Deutsch, GRW/Gemeinschaftskunde, Geographie, ...)
37 bereitstellen können,

- 38 • geschlechtergerechte Sprache für alle Begriffe im Rahmen der
39 Schüler*innenvertretung (Beispiel: Schüler*innenrat),

- 40 • Die Funktion des*der Vertrauenslehrer*in wird durch sogenannte
41 "Schüler*innenratsberate*in(nen)" ersetzt, welche extern zugezogen werden.
42 Diese sollten Sozialpädagog*innen sein. Zudem sollen die
43 Beratungslehrer*innen der Schulen im Sprachgebrauch zu
44 Vertrauenslehrer*innen umbenannt werden,

- 45 • zukünftig sollen alle Klassen und Kurse zwei gleichberechtigte, (wenn
46 möglich) quotiert besetzte Klassen-/Kurssprecher*innen wählen. Zusätzlich
47 sollen auch zwei gleichberechtigte, geschlechterparitätische
48 Schüler*innensprecher*innen gewählt werden. Die Vorstände der Kreis-
49 /Stadtschüler*innenräte und des Landesschüler*innenrats sollen auch
50 geschlechterparitätisch aufgebaut sein und eine Doppelspitze aus zwei
51 gleichberechtigten, geschlechterparitätischen Vorsitzenden soll ermöglicht
52 werden,

- 53 • Es soll überprüft werden, in wie fern Schulen der Ausbildung, unter
54 anderem Berufsschulen und Berufsfachsschulen, welche einen
55 Schüler*innenrat oder eine andere Interessenvertretung besitzen, an die
56 bisherige Schüler*innenvertretung angebunden werden können. Angestrebt
57 wird eine Eingliederung der Schüler*innenvertretung von Schulen der
58 Ausbildung an die jeweiligen Kreis- und Stadtschüler*innenräte,

- 59 • Die Wahlen der schulinternen Schüler*innensprecher*innen sollen
60 basisdemokratisch stattfinden. Das heißt, dass in den ersten Schulwochen

61 die Anmeldung der Kandidatur für alle Schüler*innen ermöglicht wird, eine
62 Wahlkampf-/Vorstellungwoche und anschließend eine Wahl der
63 Schüler*innensprecher*innen stattfindet, an welcher alle Schüler*innen ein
64 Stimmrecht besitzen.

65 Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen entwickelt die Landtagsfraktion weitere
66 Konzepte zur Stärkung der Schüler*innenrechte.

Begründung

Schüler*innen verdienen es gehört zu werden! Bis zu zwölf Jahre ihres Lebens verbringen Schüler*innen in der Schule, bei einem Abiturabschluss mit 18 Jahren entspricht das ? ihres bisherigen Lebens. In dieser Zeit entwickelt sich die Schule (gewollt und ungewollt) zu einem wichtigen Ort ihres Lebens. In der Schule wird ihnen beigebracht, wie wichtig Demokratie und politische Teilhabe sind. Es geht darum, Interessen zu vertreten, und das weckt Euphorie und Motivation zur Mitbestimmung. Doch wird diese Motivation zugleich wieder gemildert durch das Wahlalter ab 18. Um Schüler*innen jedoch wieder politisch zu bewegen und zu beteiligen, gibt es die Schüler*innenmitwirkung. Aber diese wirkt wie ein schlechter Versuch, den Schüler*innen Partizipationsmöglichkeiten vorzugaukeln, ohne ihnen genügend Macht zu geben. Sie wirkt eher wie "Mitbestimmung für Anfänger*innen" als echtes Interesse an den Interessen der Schüler*innen. Leider nicht zu wenige Schulleitungen sind nicht daran interessiert, eine aktive Schüler*innenvertretung zu sehen, denn klar, an dieser Stelle müsste man sich eventuell mit den Interessen der Schüler*innen auseinandersetzen. An anderen Schulen wird der Schüler*innenrat der aktiv daran gehindert, zu arbeiten. Klar, so sieht es nicht an jeder Schule aus, aber es zeigt eine generelle Haltung des Staates (vertreten durch die Schulleitung) und der Schüler*innenvertretung. Und selbst wenn nun an einer Schule eine aktive Schüler*innenvertretung ausgebaut ist, kämpft auch diese mit dem Problem der wenigen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Denn hier ist die einzige Beteiligungsmöglichkeit die Schulkonferenz, das höchste Gremium einer Schule und verantwortlich für viele ihrer Angelegenheiten. In diesem Gremium besitzen Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen je vier Sitze. Das heißt, Schüler*innen besitzen gerade einmal ? der Sitze und keine Durchsetzungskraft gegen die "Erwachsenen", welche sich nicht zu selten gegen die Position der Schüler*innen stellen, wenn es darauf ankommt. Und dies, obwohl die Entscheidungen der Schulkonferenz vor allem für Schüler*innen relevant sind. Schaut man sich die Ebenen darüber an, sieht es nicht viel anders aus: die Kreis- und Stadtschüler*innenräte besitzen keinerlei Anbindung an die kommunalen Entscheidungsgremien und der Landesschüler*innenrat darf gnädigerweise eine Vertretung für den Landesbildungsrat wählen. Diese Verwehrgung von mehr Partizipation führt zu einer gewissen Demotivation für Schüler*innen, welche das Gefühl besitzen, nichts bewirken zu können und nicht gehört zu werden. Deshalb ist eine Stärkung der Schüler*innenmitwirkung von Nöten.

B13 Feminismus? Ich kenn nur Apfelmus!

Antragsteller*in: JSAG Sachsen, Jusos SV Leipzig

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Die Landtagsfraktion der SPD Sachsen wird dazu aufgefordert, sich dafür
5 einzusetzen, dass das Thema Queer-Feminismus in die Lehrpläne aufgenommen wird.

6 Themenkomplexe sollen unter anderem sein:

- 7 • **Im Geschichtsunterricht:** Frauen*bewegungen, Frauen*wahlrecht,
8 Emanzipation, die Rolle der Frau* im Laufe der Zeit, LGBTIQ*bewegung mit
9 Schwerpunkt auf die letzten 50 Jahre
- 10 • **Im Geographieunterricht:** die Rolle der Frauen* in verschiedenen Ländern
11 unter Einbezug der demografischen und gesellschaftspolitischen Strukturen
- 12 • **Im GRW- und Gemeinschaftskundeunterricht:** Unterschied biologisches und
13 soziales Geschlecht sowie Aufklärung über Geschlechter-Spektren anstatt
14 Binärität, Frauen*- und LGBTIQ*bewegungen in Deutschland und weltweit,
15 Rechte und Diskriminierung von Frauen* und LGBTIQ*¹ in Deutschland und
16 weltweit, Frauen* in der Politik, Darstellung von Frauen* in den Medien,
17 Gendermarketing
- 18 • **Im Religions- und Ethikunterricht:** Einfluss der Religionen auf die Rolle
19 der Frau* in der Gesellschaft, Diskriminierung von LGBTIQ*-Menschen in
20 verschiedenen Glaubensgemeinschaft und in der modernen Gesellschaft, die
21 Rolle der Frauen* in verschiedenen Glaubensgemeinschaften
- 22 • **Im Deutschunterricht:** Frauen* und LGBTIQ*-Menschen in Kunst und Literatur
- 23 • **Im Biologieunterricht:** Frage der sexuellen Identifikation und Unterschied
24 zwischen biologischem und sozialem Geschlecht sowie Aufklärung über

25 Geschlechter-Spektren anstatt Binärität

26 Die Themenkomplexe sollen dabei nicht ergänzend, sondern ersetzend in die
27 Lehrpläne eingehen.

28 Fußnote:

29 ¹statt des Begriffs "LGBTIQ*" können andere Begriffe, unter anderem "Queer" oder
30 "GSD" (gender and sexual diversity), in Erwägung gezogen werden.

Begründung

Die Schule, als ein zentrales Bildungsorgan der Jugend, muss schon früh anfangen, Vorurteile und Rollenbilder in der Gesellschaft abzubauen. Ein erster Schritt, um Sexismus in der Gesellschaft zu bekämpfen, ist das Verständnis zu wecken. Es muss eine Mehrheit in die Wissensgesellschaft kommen, um die Dissenzgesellschaft zu erreichen!

Aktuell haben wir einen Unterricht, in dem der Fokus oft auf männliche Autoren, Wissenschaftler oder Politiker gelegt wird, dabei fallen die Frauen* oft weg, die trotz ständiger Diskriminierung große Errungenschaften erreicht haben.

Doch es sind genau diese starken Autorinnen, Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und alle anderen starken Frauen*, die junge Frauen* als Animation und Vorbilder in ihrer Laufbahn und ihrem Selbstverständnis benötigen. Um diese Vorbilder zu schaffen, muss der Lehrplan angepasst werden und es müssen Themenkomplexe geschaffen werden, in denen der Fokus auf starken, intelligenten und erfolgreichen Frauen* liegt.

Zudem muss Schule eine umfassende Aufklärung schaffen, die sich nicht nur auf das veraltete binäre Geschlechterverständnis von Mann und Frau beschränkt, sondern auf alle Geschlechter und sexuelle Identifikationen eingeht. Diese Aufklärung soll dadurch, dass sie sich nicht auf die "Norm" beschränkt, alle Schüler*innen aufklären, sie in ihrem Prozess sich selber zu akzeptieren wie man individuell ist, sowie verhaftete Vorurteile abbauen, die in unserer Gesellschaft leider grundlos vorherrschen.

Um die vorherrschenden Rollenbilder nicht zu vertiefen, sondern ihnen entgegenzuwirken, soll die Schule diese kritisch hinterfragen und auch auf die historischen Zusammenhänge und den Wandel der Rollenbilder eingehen. Dabei soll vor allem ein Fokus auf der Rolle und den Rechten der Frau* in verschiedenen Kulturen und Zeiten und der Diskriminierung der LGBTIQ* Bewegung liegen. In diesem Zusammenhang soll auf den Unterschied zwischen biologischem und sozialem Geschlecht eingegangen werden, um die Sinnlosigkeit der vorherrschenden Rollenbilder, vor allem in unserer heutigen Gesellschaft zu unterstreichen.

B13NEU Feminismus? Ich kenn nur Apfelmus!

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die Landtagsfraktion der SPD Sachsen wird dazu aufgefordert, sich dafür
2 einzusetzen, dass das Thema Queer-Feminismus in die Lehrpläne aufgenommen wird.

3 Themenkomplexe sollen unter anderem sein:

- 4 • **Im Geschichtsunterricht:** Frauen*bewegungen, Frauen*wahlrecht,
5 Emanzipation, die Rolle der Frau* im Laufe der Zeit, LGBTIQ*bewegung mit
6 Schwerpunkt auf die letzten 50 Jahre

- 7 • **Im Geographieunterricht:** die Rolle der Frauen* in verschiedenen Ländern
8 unter Einbezug der demografischen und gesellschaftspolitischen Strukturen

- 9 • **Im GRW- und Gemeinschaftskundeunterricht:** Unterschied biologisches und
10 soziales Geschlecht sowie Aufklärung über Geschlechter-Spektren anstatt
11 Binärität, Frauen*- und LGBTIQ*bewegungen in Deutschland und weltweit,
12 Rechte und Diskriminierung von Frauen* und LGBTIQ*¹ in Deutschland und
13 weltweit, Frauen* in der Politik, Darstellung von Frauen* in den Medien,
14 Gendermarketing

- 15 • **Im Religions- und Ethikunterricht:** Einfluss der Religionen auf die Rolle
16 der Frau* in der Gesellschaft, Diskriminierung von LGBTIQ*-Menschen in
17 verschiedenen Glaubensgemeinschaft und in der modernen Gesellschaft, die
18 Rolle der Frauen* in verschiedenen Glaubensgemeinschaften

- 19 • **Im Deutschunterricht:** Frauen* und LGBTIQ*-Menschen in Kunst und Literatur

- 20 • **Im Biologieunterricht:** Frage der sexuellen Identifikation und Unterschied
21 zwischen biologischem und sozialem Geschlecht sowie Aufklärung über
22 Geschlechter-Spektren anstatt Binärität

23 Die Themenkomplexe sollen dabei nicht ergänzend, sondern ersetzend in die

24 Lehrpläne eingehen.

25 Fußnote:

26 ¹statt des Begriffs "LGBTIQ*" können andere Begriffe, unter anderem "Queer" oder
27 "GSD" (gender and sexual diversity), in Erwägung gezogen werden.

Begründung

Die Schule, als ein zentrales Bildungsorgan der Jugend, muss schon früh anfangen, Vorurteile und Rollenbilder in der Gesellschaft abzubauen. Ein erster Schritt, um Sexismus in der Gesellschaft zu bekämpfen, ist das Verständnis zu wecken. Es muss eine Mehrheit in die Wissensgesellschaft kommen, um die Dissenzgesellschaft zu erreichen!

Aktuell haben wir einen Unterricht, in dem der Fokus oft auf männliche Autoren, Wissenschaftler oder Politiker gelegt wird, dabei fallen die Frauen* oft weg, die trotz ständiger Diskriminierung große Errungenschaften erreicht haben.

Doch es sind genau diese starken Autorinnen, Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und alle anderen starken Frauen*, die junge Frauen* als Animation und Vorbilder in ihrer Laufbahn und ihrem Selbstverständnis benötigen. Um diese Vorbilder zu schaffen, muss der Lehrplan angepasst werden und es müssen Themenkomplexe geschaffen werden, in denen der Fokus auf starken, intelligenten und erfolgreichen Frauen* liegt.

Zudem muss Schule eine umfassende Aufklärung schaffen, die sich nicht nur auf das veraltete binäre Geschlechterverständnis von Mann und Frau beschränkt, sondern auf alle Geschlechter und sexuelle Identifikationen eingeht. Diese Aufklärung soll dadurch, dass sie sich nicht auf die "Norm" beschränkt, alle Schüler*innen aufklären, sie in ihrem Prozess sich selber zu akzeptieren wie man individuell ist, sowie verhaftete Vorurteile abbauen, die in unserer Gesellschaft leider grundlos vorherrschen.

Um die vorherrschenden Rollenbilder nicht zu vertiefen, sondern ihnen entgegenzuwirken, soll die Schule diese kritisch hinterfragen und auch auf die historischen Zusammenhänge und den Wandel der Rollenbilder eingehen. Dabei soll vor allem ein Fokus auf der Rolle und den Rechten der Frau* in verschiedenen Kulturen und Zeiten und der Diskriminierung der LGBTIQ* Bewegung liegen. In diesem Zusammenhang soll auf den Unterschied zwischen biologischem und sozialem Geschlecht eingegangen werden, um die Sinnlosigkeit der vorherrschenden Rollenbilder, vor allem in unserer heutigen Gesellschaft zu unterstreichen.

B14 Rücktritt Anja Karliczeks jetzt!

Antragsteller*in: Juso Hochschulgruppe Dresden
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den
2 Bundesparteitag der SPD und die Bundestagsfraktion weiterleiten mit dem Ziel:
3 des Rücktritts der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczeks,
4 die sich insbesondere während der „Corona-Krise“ als Fehlbesetzung erwiesen hat.

Begründung

Wir Jusos fordern schon lange das alter- und elternunabhängige BAföG. Die Corona-Krise hat jedoch mehr als deutlich gemacht, dass viele Studierende aufgrund von Jobverlusten oder Kinderbetreuung zuhause auf finanzielle Hilfen seitens des Staates angewiesen sind, um ihr Studium durchzuführen und nicht bereits im jungen Alter in finanzielle Schieflagen zu geraten. Nicht nur die eigenen Jobs fallen weg, sondern durch Kurzarbeit oder Jobverlust der Eltern können viele Studierende nur unzureichend oder gar nicht unterstützt werden.

Dadurch wird einmal mehr deutlich, dass ein alters- und elternunabhängiges BAföG immer notwendiger wird, um eine gesicherte Studienfinanzierung zu gewährleisten, damit Menschen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Schichten ein Studium ermöglicht werden kann.

Der Vorschlag der Bildungsministerin Anja Karliczeks zinsfreie Notkredite an Studierende zu vergeben lehnen wir ab, da diese auch nicht ansatzweise an BAföG-Konditionen herankommen.

Das alter- und elternunabhängige BAföG soll jedoch nicht nur Studierenden, sondern auch Auszubildenden zu Gute kommen. Die finanzielle Ausstattung einzelner sollte kein Grund sein, junge Menschen davon abzuhalten eine Ausbildung oder ein Studium nach ihrem Belieben durchzuführen.

Darum fordern wir die Bundesregierung auf das alter- und elternunabhängige BAföG noch in dieser Regierungsperiode zu beschließen und sich den aktuellen Problemlagen, die sich aus der „Coronakrise“ ergeben, zu stellen. Studienkredite, welche in kompletter Höhe zurückgezahlt werden müssen, stellen junge Menschen in wenigen Jahren erneut vor enormen finanziellen Herausforderungen. Auf Scheinlösungen zu Lasten von Studierenden sollte in diesen Zeiten verzichtet werden.

B15 Alle mitnehmen beim Ferienkarussell

Antragsteller*in: Jusos Dresden
Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 *Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag sowie die SPD-*
2 *Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:*

3 Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen sich in der Abstimmung zwischen den
4 Bundesländern dafür einsetzt, dass auch Bayern und Baden-Württemberg in das
5 System der rotierenden Schulferien aufgenommen werden, um
6 Hochschulmitarbeiter:innen zu ermöglichen, häufiger mit ihren Kindern
7 Sommerferien zu verbringen.

Begründung

Derzeit gibt es fünf verschiedene Zeitfenster für die Sommerferien der Schulen. Das fünfte ist aus historischen Gründen den Ländern Bayern und Baden-Württemberg fest vorbehalten, während die anderen 14 Bundesländer durch die anderen vier Termine rotieren. Wenn die Schulferien sehr früh liegen, wie etwa 2024 wieder, überschneiden sich die vorlesungsfreie Zeit und die Schulferien nur um zwei Wochen. Das macht es sehr schwer für Hochschulmitarbeiter:innen, die Sommerferien im gemeinsamen Familienurlaub zu verbringen.

B15NEU Alle mitnehmen beim Ferienkarussell

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.B - Bildung

Antragstext

1 Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen sich in der Abstimmung zwischen den
2 Bundesländern dafür einsetzt, dass auch Bayern und Baden-Württemberg in das
3 System der rotierenden Schulferien aufgenommen werden, um
4 Hochschulmitarbeiter:innen zu ermöglichen, häufiger mit ihren Kindern
5 Sommerferien zu verbringen.

Begründung

Derzeit gibt es fünf verschiedene Zeitfenster für die Sommerferien der Schulen. Das fünfte ist aus historischen Gründen den Ländern Bayern und Baden-Württemberg fest vorbehalten, während die anderen 14 Bundesländer durch die anderen vier Termine rotieren. Wenn die Schulferien sehr früh liegen, wie etwa 2024 wieder, überschneiden sich die vorlesungsfreie Zeit und die Schulferien nur um zwei Wochen. Das macht es sehr schwer für Hochschulmitarbeiter:innen, die Sommerferien im gemeinsamen Familienurlaub zu verbringen.

W01NEU2 Gegen Kaufprämien für Individualverkehr und veraltete Antriebstechnologien

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen positionieren sich klar gegen die weitere Förderung von
2 Individualmobilität auf der Basis von Verbrennungsmotoren
3 , und insbesondere gegen eine Kaufprämie auf Automobile mit veralteter
4 Antriebstechnologien. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für Elektroautomobile
5 halten wir für mehr als ausreichend um Investitionsanreize auf dem Automarkt zu
6 schaffen.

7 In Zeiten der Corona Krise werden die Rufe nach Kaufprämien auf Automobile von
8 Seiten der Autokonzerne lauter. Es wird argumentiert, dass die Autoindustrie als
9 eine der Kernindustrien der deutschen Wirtschaft neue Impulse für den gesamten
10 Wirtschaftskreis setzen kann.

11 Dies erscheint logisch, jedoch nur unter der Annahme, dass eine Kaufprämie den
12 Absatz von Automobilen tatsächlich nachhaltig ankurbelt. Auch lässt diese
13 Rechnung die Nebeneffekte einer einseitigen Förderung von Neuwagen außer Acht,
14 die etwa den Vertrieb und die Wartung von Gebrauchtwagen betreffen.

15 Aus unserer Sicht ist eine Kaufprämie auf Neuwagen unter dreierlei
16 Gesichtspunkten fragwürdig. Zuerst einmal ist sie nicht sozial verträglich, da
17 die Käufer*innengruppe von Neuwagen in der Regel über ein überdurchschnittliches
18 Einkommen verfügen. Es mag einige Modelle geben die zu günstigeren Preisen
19 angeboten werden, doch diese werden nicht vor Ort gefertigt und haben in der
20 Regel kaum einen positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung in
21 Deutschland.

22 Zum zweiten ist eine Förderung von Automobilen nur sehr schwer mit der Forderung
23 nach einer nachhaltigen Mobilität und einer besseren Entwicklung des ÖPNV
24 vereinbar. Der private Besitz von Automobilen senkt häufig die Bereitschaft zur
25 Nutzung des ÖPNV und verhindert so mittelbar notwendige Investitionen und einen
26 wirtschaftlichen Betrieb der Netze.

27 Drittens ist der Effekt einer Kaufprämie in der derzeitigen Situation keineswegs
28 gesichert. Der Kauf eines Automobils ist eine langfristige Entscheidung vor der,
29 insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lange überlegt wird. Eine
30 Kaufprämie fördert daher in erster Linie diejenigen, die bereits vorher mit dem
31 Gedanken gespielt haben ein neues Automobil zu erwerben und über eine
32 langfristig tragfähige finanzielle Basis verfügen. Der positive Effekt dieser
33 Gruppe auf die Gesamtwirtschaft ist in unseren Augen zu gering um die hohen
34 Kosten eines solche Programms zu rechtfertigen.

W01NEU Gegen Kaufprämien für Individualverkehr und veraltete Antriebstechnologien

Antragsteller*in: Jusos Leipzig

Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und mit dem*
2 *Ziel einer Positionierung der SPD Sachsen weiterleiten:*

3 Die Jusos Sachsen positionieren sich klar gegen die weitere Förderung von
4 Individualmobilität, und insbesondere gegen eine Kaufprämie auf Automobile mit
5 veralteter Antriebstechnologien. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für
6 Elektroautomobile halten wir für mehr als ausreichend um Investitionsanreize auf
7 dem Automarkt zu schaffen.

8 In Zeiten der Corona Krise werden die Rufe nach Kaufprämien auf Automobile von
9 Seiten der Autokonzerne lauter. Es wird argumentiert, dass die Autoindustrie als
10 eine der Kernindustrien der deutschen Wirtschaft neue Impulse für den gesamten
11 Wirtschaftskreis setzen kann.

12 Dies erscheint logisch, jedoch nur unter der Annahme, dass eine Kaufprämie den
13 Absatz von Automobilen tatsächlich nachhaltig ankurbelt. Auch lässt diese
14 Rechnung die Nebeneffekte einer einseitigen Förderung von Neuwagen außer Acht,
15 die etwa den Vertrieb und die Wartung von Gebrauchtwagen betreffen.

16 Aus unserer Sicht ist eine Kaufprämie auf Neuwagen unter dreierlei
17 Gesichtspunkten fragwürdig. Zuerst einmal ist sie nicht sozial verträglich, da
18 die Käufer*innengruppe von Neuwagen in der Regel über ein überdurchschnittliches
19 Einkommen verfügen. Es mag einige Modelle geben die zu günstigeren Preisen
20 angeboten werden, doch diese werden nicht vor Ort gefertigt und haben in der
21 Regel kaum einen positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung in
22 Deutschland.

23 Zum zweiten ist eine Förderung von Automobilen nur sehr schwer mit der Forderung
24 nach einer nachhaltigen Mobilität und einer besseren Entwicklung des ÖPNV
25 vereinbar. Der private Besitz von Automobilen senkt häufig die Bereitschaft zur
26 Nutzung des ÖPNV und verhindert so mittelbar notwendige Investitionen und einen
27

wirtschaftlichen Betrieb der Netze.

28 Drittens ist der Effekt einer Kaufprämie in der derzeitigen Situation keineswegs
29 gesichert. Der Kauf eines Automobils ist eine langfristige Entscheidung vor der,
30 insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lange überlegt wird. Eine
31 Kaufprämie fördert daher in erster Linie diejenigen, die bereits vorher mit dem
32 Gedanken gespielt haben ein neues Automobil zu erwerben und über eine
33 langfristig tragfähige finanzielle Basis verfügen. Der positive Effekt dieser
34 Gruppe auf die Gesamtwirtschaft ist in unseren Augen zu gering um die hohen
35 Kosten eines solche Programms zu rechtfertigen.

W02NEU2 Fix it yourself – Reparatur muss für jede*n möglich sein

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Die Technik hat in den letzten Jahren Quantensprünge gemacht, mit der
2 Entwicklung hat sich aber auch ein sehr erschreckender Trend abgezeichnet:
3 Hersteller*innen versuchen durch verschiedenste Tricks nicht nur Verbauer*innen,
4 sondern sogar auch freie Werkstätten an einer eigenständigen Reparatur ihrer
5 Geräte aktiv zu hindern.

6 Somit ist nur noch der Rückgriff auf die herstellereigenen Reparatur-Services –
7 verbunden mit überhöhten und intransparenten Preissystemen – oder der Neukauf
8 des Geräts verbunden. Über die Herstellergarantie hinaus muss eine entsprechende
9 Reparaturgarantie gelten, die einen deutlich größeren Zeitraum abdeckt. Für
10 diesen Zeitraum müssen alle Verschleiß- und Verbrauchsteile herstellerseitig
11 vorgehalten und mit die Verwendung durch ein entsprechendes Reparaturhandbuch
12 erläutert werden. Der konkrete Zeitraum ist dabei gerätabhängig. Eine
13 selbstständig durchgeführte Reparatur muss grundsätzlich erlaubt sein, ohne die
14 Garantie zu verletzen. Um diese zu gewährleisten ist auf folgendes zu Achten:

15 Das Gerät muss auf seiner Verpackung sichtbar nach EN 45554 kategorisiert werden

16 Im Sinne von EN 45554 muss das Gerät:

- 17 • mit Umfassenden Informationen zur Reparation ausgestattet sein (A.1.9
18 Klasse A)
- 19 • mit einfachen Werkzeugen reparierbar sein (A.1.4 Klasse A)
- 20 • und Befestigungselemente müssen nach A.1.3 Klasse A wiederverwendbar sein
21 oder in begründeten Ausnahmefällen nach Klasse B nur entfernbar
- 22 • weiterhin ist:
- 23 • das sog "Pairing" von Bauteilen an das Gerät verboten

- 24 • sollen die Bauteile welche am häufigsten Verschleiß/am häufigsten
25 kaputtgehen am Gerät in maximal 5 Reparaturschritten vom Gerät
26 hindernisfrei entfernt sein
- 27 • Kabel sind nicht zu verlöten sondern weitestgehend mit einfachen
28 Clipverbindungen zu befestigen
- 29 Vorsätzliche Unreparierbarkeit ist zu verbieten.

Begründung

Während vor beispielsweise 38 Jahren Technik noch recht einfach zu reparieren war ist dies heuer oft nicht mehr der Fall. Oft aus wirtschaftlichen Gründen bauen Firmen Geräte oft so, dass sie nicht mehr auseinandernehmbar sind dies hat aber bei Fehlfunktion oft gravierende Folgen: Benutzer*innen greifen oft zu neuen Geräten anstatt ihre alten zu reparieren. Dies ist nicht nur umweltschädlich sondern für die Kund*in oft auch teurer als eine Reparatur Wir wollen dies ändern: unsere Maßnahmen greifen an Punkten, welche es Laien verhindern eine Eigenreparatur durchzuführen oder es sogar nur den Hersteller*innen die Reparatur ermöglichen. Der Antrag steht somit nicht nur im Sinne des Umweltschutzes indem er es ermöglicht, dass Endkund*innen ihre Geräte länger benutzen können und seltener neue kaufen, sondern auch im Sinne des Verbraucherschutzes und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz.

W02NEU Fix it yourself – Reparatur muss für jede*n möglich sein

Antragsteller*in: Jusos Leipzig

Tagesordnungspunkt: O.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Juso-Bundeskongress, mit dem Ziel der Weiterleitung an den Bundestagsparteitag der*
3 *SPD, sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die Gruppe der Europaabgeordneten der*
4 *SPD im Europäischen Parlament, weiterleiten:*

5 Die Technik hat in den letzten Jahren Quantensprünge gemacht, mit der
6 Entwicklung hat sich aber auch ein sehr erschreckender Trend abgezeichnet:
7 Hersteller*innen versuchen durch verschiedenste Tricks nicht nur Verbauer*innen,
8 sondern sogar auch freie Werkstätten an einer eigenständigen Reparatur ihrer
9 Geräte aktiv zu hindern.

10 Somit ist nur noch der Rückgriff auf die herstellereigenen Reparatur-Services –
11 verbunden mit überhöhten und intransparenten Preissystemen – oder der Neukauf
12 des Geräts verbunden. Über die Herstellergarantie hinaus muss eine
13 entsprechende Reparaturgarantie gelten, die einen deutlich größeren Zeitraum
14 abdeckt. Für diesen Zeitraum müssen alle Verschleiß- und Verbrauchsteile
15 herstellerseitig vorgehalten und mit die Verwendung durch ein entsprechendes
16 Reparaturhandbuch erläutert werden. Der konkrete Zeitraum ist dabei
17 gerätabhängig. Eine selbstständig durchgeführte Reparatur muss grundsätzlich
18 erlaubt sein, ohne die Garantie zu verletzen. Um diese zu gewährleisten ist auf
19 folgendes zu achten:

20 Das Gerät muss auf seiner Verpackung sichtbar nach EN 45554 kategorisiert werden

21 Im Sinne von EN 45554 muss das Gerät:

- 22 • mit Umfassenden Informationen zur Reparation ausgestattet sein (A.1.9
23 Klasse A)
- 24 • mit einfachen Werkzeugen reparierbar sein (A.1.4 Klasse A)
- 25 • und Befestigungselemente müssen nach A.1.3 Klasse A wiederverwendbar sein

- 26 oder in begründeten Ausnahmefällen nach Klasse B nur entfernbar
- 27 • weiterhin ist:
- 28 • das sog "Pairing" von Bauteilen an das Gerät verboten
- 29 • sollen die Bauteile welche am häufigsten Verschleiß/am häufigsten
30 kaputtgehen am Gerät in maximal 5 Reparaturschritten vom Gerät
31 hindernisfrei entfernt sein
- 32 • Kabel sind nicht zu verlöten sondern weitestgehend mit einfachen
33 Clipverbindungen zu befestigen
- 34 Vorsätzliche Unreparierbarkeit ist zu verbieten.

Begründung

Während vor beispielsweise 38 Jahren Technik noch recht einfach zu reparieren war ist dies heuer oft nicht mehr der Fall. Oft aus wirtschaftlichen Gründen bauen Firmen Geräte oft so, dass sie nicht mehr auseinandernehmbar sind dies hat aber bei Fehlfunktion oft gravierende Folgen: Benutzer*innen greifen oft zu neuen Geräten anstatt ihre alten zu reparieren. Dies ist nicht nur umweltschädlich sondern für die Kund*in oft auch teurer als eine Reparatur Wir wollen dies ändern: unsere Maßnahmen greifen an Punkten, welche es Laien verhindern eine Eigenreparatur durchzuführen oder es sogar nur den Hersteller*innen die Reparatur ermöglichen. Der Antrag steht somit nicht nur im Sinne des Umweltschutzes indem er es ermöglicht, dass Endkund*innen ihre Geräte länger benutzen können und seltener neue kaufen, sondern auch im Sinne des Verbraucherschutzes und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz.

W03 Kein Mikroplastik mehr in Teebeuteln – Verbot für Teehersteller, Teebeuteln Kunststoff beizufügen

Antragsteller*in: Jusos Zwickau

Tagesordnungspunkt: O.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 An:

2 den SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die
3 SPD- Bundestagsfraktion

4 Eine Studie von Forschern der McGill University in Montreal ergab, dass ein
5 Teebeutel aus den Kunststoffen Nylon oder PET über elf Milliarden Mikroplastik-
6 Partikel und über drei Milliarden Nanoplastik-Partikel im Teewasser
7 hinterlassen. Das ergibt pro Tasse 16 Mikrogramm Kunststoff und ist somit mehr
8 Plastik, als bislang in sämtlichen anderen Lebensmitteln entdeckt wurde. Die
9 meisten aller in Deutschland verkauften Teebeutel sind zwar aus Papier anstatt
10 aus Kunststoff – allerdings wird diesen Beuteln zum Teil geringe Mengen an
11 Kunststoff (z.B. Polypropylen) beigefügt, damit sie im Wasser nicht
12 zusammenfallen. Außerdem bestehen die Pyramidenbeutel, die auch in Deutschland
13 des öfteren verwendet werden, häufig aus Biokunststoff. Der Blog „fairlis“ hat
14 einige Teehersteller danach gefragt, woraus ihre Teebeutel bestehen und das im
15 Jahr 2019 veröffentlichte Ergebnis war, dass bereits viele Teebeutel plastikfrei
16 sind (z.B. von den Marken Pukka, Lebensbaum, Yogi-Tee etc.) – aber noch nicht
17 alle. Viele Marken verwenden Biokunststoff und einige sogar herkömmlichen
18 Kunststoff.

19 Laut der „Teestatistik 2016“ hat im Jahr 2016 im Durchschnitt jeder Bundesbürger
20 in Deutschland 28 Liter Tee getrunken (rausgerechnet sind Kräuter- und
21 Fruchteeemischungen). Der in Deutschland getrunkene Tee stammt laut der
22 Statistik zwar zu 60% aus losem Tee und zu 40% aus Teebeuteln. Dennoch ergibt
23 das immer noch eine hohe Anzahl an Menschen, die z.T. von Mikroplastik in
24 Teebeuteln betroffen sind.

25 Wie bereits bekannt ist, hat Mikroplastik eine negative Auswirkung auf die
26 Umwelt und den Körper. Über das Abwasser gelangt Mikroplastik ins Meer, wo es –
27 angereichert mit Bakterien und Umweltgiften – von Meerestieren gegessen wird und
28 großen gesundheitlichen Schaden anrichten kann. Außerdem kann Mikroplastik über
29 die Düngung landwirtschaftlicher Felder mit Klärschlamm auf den Böden landen und
30 damit schließlich auch auf unseren Nahrungsmitteln. Welche genauen Auswirkungen
31 Mikroplastik auf den menschlichen Körper hat, ist noch nicht weitgehend
32 erforscht. Allerdings gibt es Forschungen in Bezug auf Tiere, die ergaben, dass

33 Mikroplastik zu Entzündungen führen, den Magen-Darm-Trakt schädigen, die
34 Verdauung beeinträchtigen sowie die Aufnahme von Nahrung behindern kann.
35 Außerdem wird vermutet, dass das Wachstum und die Fortpflanzung durch
36 Mikroplastik gestört werden. Wenn Mikroplastik für Tiere zum Teil so schädlich
37 ist, kann es für die Menschen unmöglich harmlos sein.
38 Da Mikroplastik sowohl für den Körper als auch für die Umwelt gefährlich sein
39 kann, hat Mikroplastik (auch von Biokunststoffen) nichts in Teebeuteln zu
40 suchen! Deshalb fordern wir, dass Kunststoffe in Teebeuteln verboten werden.

W03NEU Kein Mikroplastik mehr in Teebeuteln – Verbot für Teehersteller, Teebeuteln Kunststoff beizufügen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: O.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Eine Studie von Forschern der McGill University in Montreal ergab, dass ein
2 Teebeutel aus den Kunststoffen Nylon oder PET über elf Milliarden Mikroplastik-
3 Partikel und über drei Milliarden Nanoplastik-Partikel im Teewasser
4 hinterlassen. Das ergibt pro Tasse 16 Mikrogramm Kunststoff und ist somit mehr
5 Plastik, als bislang in sämtlichen anderen Lebensmitteln entdeckt wurde. Die
6 meisten aller in Deutschland verkauften Teebeutel sind zwar aus Papier anstatt
7 aus Kunststoff – allerdings wird diesen Beuteln zum Teil geringe Mengen an
8 Kunststoff (z.B. Polypropylen) beigefügt, damit sie im Wasser nicht
9 zusammenfallen. Außerdem bestehen die Pyramidenbeutel, die auch in Deutschland
10 des öfteren verwendet werden, häufig aus Biokunststoff. Der Blog „fairlis“ hat
11 einige Teehersteller danach gefragt, woraus ihre Teebeutel bestehen und das im
12 Jahr 2019 veröffentlichte Ergebnis war, dass bereits viele Teebeutel plastikfrei
13 sind (z.B. von den Marken Pukka, Lebensbaum, Yogi-Tee etc.) – aber noch nicht
14 alle. Viele Marken verwenden Biokunststoff und einige sogar herkömmlichen
15 Kunststoff.

16 Laut der „Teestatistik 2016“ hat im Jahr 2016 im Durchschnitt jeder Bundesbürger
17 in Deutschland 28 Liter Tee getrunken (rausgerechnet sind Kräuter- und
18 Früchteteemischungen). Der in Deutschland getrunkene Tee stammt laut der
19 Statistik zwar zu 60% aus losem Tee und zu 40% aus Teebeuteln. Dennoch ergibt
20 das immer noch eine hohe Anzahl an Menschen, die z.T. von Mikroplastik in
21 Teebeuteln betroffen sind.

22 Wie bereits bekannt ist, hat Mikroplastik eine negative Auswirkung auf die
23 Umwelt und den Körper. Über das Abwasser gelangt Mikroplastik ins Meer, wo es –
24 angereichert mit Bakterien und Umweltgiften – von Meerestieren gegessen wird und
25 großen gesundheitlichen Schaden anrichten kann. Außerdem kann Mikroplastik über
26 die Düngung landwirtschaftlicher Felder mit Klärschlamm auf den Böden landen und
27 damit schließlich auch auf unseren Nahrungsmitteln. Welche genauen Auswirkungen
28 Mikroplastik auf den menschlichen Körper hat, ist noch nicht weitgehend
29 erforscht. Allerdings gibt es Forschungen in Bezug auf Tiere, die ergaben, dass
30 Mikroplastik zu Entzündungen führen, den Magen-Darm-Trakt schädigen, die
31 Verdauung beeinträchtigen sowie die Aufnahme von Nahrung behindern kann.
32 Außerdem wird vermutet, dass das Wachstum und die Fortpflanzung durch

33 Mikroplastik gestört werden. Wenn Mikroplastik für Tiere zum Teil so schädlich
34 ist, kann es für die Menschen unmöglich harmlos sein.
35 Da Mikroplastik sowohl für den Körper als auch für die Umwelt gefährlich sein
36 kann, hat Mikroplastik (auch von Biokunststoffen) nichts in Teebeuteln zu
37 suchen! Deshalb fordern wir, dass Kunststoffe in Teebeuteln verboten werden.

W06NEU2 Essen von Allen für Alle – vegetarische & vegane Speisealternativen auf steuerfinanzierten Veranstaltungen einfordern!

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Unsere Gesellschaft wird pluralistischer, und vegetarische und vegane
2 Lebensweisen etablieren sich immer weiter. Laut einer YouGov/Statista-Studie aus
3 dem letzten Jahr zufolge ernährten sich bereits 7% der Frauen und 5% der Männer
4 vegetarisch oder vegan, und 37% der Frauen und 23% der Männer reduziert
5 fleischhaltig (flexitarisch) oder pescetarisch. Die selbe Studie ergab, dass
6 aber vor allem bei der kommenden Generation mehr Bereitschaft besteht auf
7 vegetarische oder vegane Lebensweisen umzusteigen wenn (wie wir momentan sehen
8 können) bessere Fleischersätze zur Verfügung ständen. In der Gruppe der 18- bis
9 24-Jährigen lag die Zustimmung dazu bei 53%.[\[1\]](#) Es würden also viele, v.A. junge
10 Leute vegan und vegetarisch essen, wenn der Zugang zu qualitativ gleichwertigen
11 Alternativen gewährt wäre. Viele Menschen in Deutschland achten demnach schon
12 auf bewussten Fleischkonsum, nur leider spiegelt sich dies z.T. nicht in der
13 Auswahl der Speiseoptionen bei aus öffentlicher Hand finanzierten oder
14 geförderten Veranstaltungen wieder. Wichtig dabei ist auch zu wissen, dass für
15 Menschen, die aus religiösen Gründen die in Deutschland häufig angebotenen
16 Fleischarten oder -zubereitungsweisen nicht konsumieren möchten, eine
17 vegetarische oder vegane Alternative hilfreich sein kann.

18 Deshalb fordern die Jusos Sachsen die Abgeordneten, und, insofern die Regelungs-
19 kompetenz für ihr Ressort dafür bei ihnen liegt, die Minister_innen der SPD dazu
20 auf, Gesetzes-, Verordnungs- oder Fördermittelrichtlinienvorschläge zu prüfen
21 und einzubringen, welche regeln, dass auf jeder Veranstaltung, welche durch
22 staatliche Organe finanziert oder gefördert wird, oder durch Parteien oder
23 Stiftungen finanziert oder gefördert wird, welche Geld aus öffentlicher Hand
24 erhalten, mindestens eine vegetarische und eine vegane Speiseoption zur Auswahl
25 stehen, insofern Speisen jeglicher Art angeboten werden. Diese Forderung gilt
26 unabhängig davon, ob die_der Veranstaltungsteilnehmer_in für die Speisen
27 bezahlen muss. Des Weiteren muss die Speisealternative sowohl qualitativ als
28 auch preislich im angebrachten Verhältnis zu den anderen Speisealternativen
29 stehen.

Begründung

[1] <https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/> (abgerufen am 07.03.2020)

Öffentliche Veranstaltungen werden von uns allen finanziert – daher sollte auch jeder dort etwas essen können. Leider gibt es noch immer Fälle, bei denen dies nicht so ist, obwohl vegetarische und vegane Nahrungsmittel inzwischen genauso preiswert erhältlich sind wie fleischliche Lebensmittel sind. Des Weiteren sind pflanzliche Lebensmittel deutlich besser für das Klima als die meisten tierischen Produkte.

Die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen, zumindest in der Verwaltung, hat Bundesumweltministerin a.D. Barbara Hendricks bereits bewiesen, als sie folgendes anwies: „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB beliefern, (...) verwenden weder Fisch oder Fischprodukte noch Fleisch oder aus Fleisch hergestellte Produkte“^[2], verbunden mit weiteren Auflagen zu ökologischem Anbau und Regionalität.

Das letztendliche Ziel, vor allem in Hinblick auf den klimatischen Aspekt unserer Nahrungsmittelproduktion, sollte natürlich der komplette Umstieg auf pflanzliche Kost bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Dieser Antrag soll ein erster Schritt in diese Richtung sein, und bereits so vielen Menschen mit fleischarmen oder fleischlosen Ernährungsformen eine einfachere Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen.

[2] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html> (abgerufen am 07.03.2020)

W06NEU Essen von Allen für Alle – vegetarische & vegane Speisealternativen auf steuerfinanzierten Veranstaltungen einfordern!

Antragsteller*in: Jusos Leipzig

Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen möge*
2 *beschließen und an die Fraktionen der SPD im Sächsischen Landtag und im*
3 *Bundestag, sowie die Minister_innen der SPD in Bund und Länder weiterleiten:*

4 Unsere Gesellschaft wird pluralistischer, und vegetarische und vegane
5 Lebensweisen etablieren sich immer weiter. Laut einer YouGov/Statista-Studie aus
6 dem letzten Jahr zufolge ernährten sich bereits 7% der Frauen und 5% der Männer
7 vegetarisch oder vegan, und 37% der Frauen und 23% der Männer reduziert
8 fleischhaltig (flexitarisch) oder pescetarisch. Die selbe Studie ergab, dass
9 aber vor allem bei der kommenden Generation mehr Bereitschaft besteht auf
10 vegetarische oder vegane Lebensweisen umzusteigen wenn (wie wir momentan sehen
11 können) bessere Fleischersatz zur Verfügung ständen. In der Gruppe der 18- bis
12 24-Jährigen lag die Zustimmung dazu bei 53%.[\[1\]](#) Es würden also viele, v.A. junge
13 Leute vegan und vegetarisch essen, wenn der Zugang zu qualitativ gleichwertigen
14 Alternativen gewährt wäre. Viele Menschen in Deutschland achten demnach schon
15 auf bewussten Fleischkonsum, nur leider spiegelt sich dies z.T. nicht in der
16 Auswahl der Speiseoptionen bei aus öffentlicher Hand finanzierten oder
17 geförderten Veranstaltungen wieder. Wichtig dabei ist auch zu wissen, dass für
18 Menschen, die aus religiösen Gründen die in Deutschland häufig angebotenen
19 Fleischarten oder -zubereitungsweisen nicht konsumieren möchten, eine
20 vegetarische oder vegane Alternative hilfreich sein kann.

21 Deshalb fordern die Jusos Sachsen die Abgeordneten, und, insofern die Regelungs-
22 kompetenz für ihr Ressort dafür bei ihnen liegt, die Minister_innen der SPD dazu
23 auf, Gesetzes-, Verordnungs- oder Fördermittelrichtlinienvorschläge zu prüfen
24 und einzubringen, welche regeln, dass auf jeder Veranstaltung, welche durch
25 staatliche Organe finanziert oder gefördert wird, oder durch Parteien oder
26 Stiftungen finanziert oder gefördert wird, welche Geld aus öffentlicher Hand
27 erhalten, mindestens eine vegetarische und eine vegane Speiseoption zur Auswahl
28 stehen, insofern Speisen jeglicher Art angeboten werden. Diese Forderung gilt
29 unabhängig davon, ob die_der Veranstaltungsteilnehmer_in für die Speisen
30 bezahlen muss. Des Weiteren muss die Speisealternative sowohl qualitativ als
31

32 auch preislich im angebrachten Verhältnis zu den anderen Speisealternativen stehen.

Begründung

[1] <https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/> (abgerufen am 07.03.2020)

Öffentliche Veranstaltungen werden von uns allen finanziert – daher sollte auch jeder dort etwas essen können. Leider gibt es noch immer Fälle, bei denen dies nicht so ist, obwohl vegetarische und vegane Nahrungsmittel inzwischen genauso preiswert erhältlich sind wie fleischliche Lebensmittel sind. Des Weiteren sind pflanzliche Lebensmittel deutlich besser für das Klima als die meisten tierischen Produkte.

Die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen, zumindest in der Verwaltung, hat Bundesumweltministerin a.D. Barbara Hendricks bereits bewiesen, als sie folgendes anwies: „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB beliefern, (...) verwenden weder Fisch oder Fischprodukte noch Fleisch oder aus Fleisch hergestellte Produkte“ [2], verbunden mit weiteren Auflagen zu ökologischem Anbau und Regionalität.

Das letztendliche Ziel, vor allem in Hinblick auf den klimatischen Aspekt unserer Nahrungsmittelproduktion, sollte natürlich der komplette Umstieg auf pflanzliche Kost bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Dieser Antrag soll ein erster Schritt in diese Richtung sein, und bereits so vielen Menschen mit fleischarmen oder fleischlosen Ernährungsformen eine einfachere Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen.

[2] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html> (abgerufen am 07.03.2020)

W07 Digitales Arbeiten im ÖPNV

Antragsteller*in: Jusos Lausitz

Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Die LDK möge beschließen, an die SPD Sachsen weiterzureichen, um im Rahmen der
2 Umsetzung der Landesverkehrsgesellschaft - entsprechend des Koalitionsvertrages
3 - folgende Punkte in die Entwicklung der Qualitätsstandards mit einfließen zu
4 lassen:

- 5 1. Alle Züge sollen unbegrenztes, kostenloses und funktionierendes WLAN
6 anbieten

- 7 2. Alle Busse sollen unbegrenztes, kostenloses und funktionierendes WLAN
8 anbieten

- 9 3. Die Kapazitäten bzw. die Belastbarkeit des zur Verfügung gestellten WLANs
10 muss den jeweiligen Nutzungsbedarfs gerecht werden.

Begründung

Bei der Nutzung des ÖPNV in Sachsen ist digitales, internetgebundenes Arbeiten oft nur schlecht bis gar nicht möglich. Das Problem besteht konkret im mangelhaften Internetangebot in den verkehrenden Zügen und Bussen. So bekommt man in ostsächsischen Trilex-Zügen beispielsweise nur 200MB bereitgestellt, die angesichts der heutzutage benötigten Bandbreite selbstverständlich sehr schnell verbraucht sind. Darüber hinaus muss man bei jedem Umstieg befürchten, gar kein WLAN nutzen zu können, da dieses schlichtweg nicht vorhanden ist. Noch schlechter sieht es beim Busverkehr aus, in dem WLAN heute nur seltenst verfügbar ist. Diese Umstände führen zu einer niedrigen Attraktivität des Zug- und Busfahrens und bergen, bezogen auf einen damit verloren gegangenen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV, großes Potenzial zur Verbesserung.

Gerade jetzt, da immer mehr Menschen auf das Auto verzichten (wollen) und nach alternativen Fortbewegungsmethoden suchen, ist schlechtes bzw. nicht-vorhandenes WLAN in Zügen und Bussen eine verpasste Chance zur Steigerung der Attraktivität der Mobilität der Zukunft (ÖPNV) und erschwert damit auch Arbeitsprozesse, die insbesondere bei längeren Zugfahrten und regionalen Busfahrten, gerade für jüngere

Menschen - wie Studierende und Auszubildende - aus dem schnelllebigeren Arbeitsalltags heraus, immer notwendiger werden.

Deswegen brauchen wir in allen sachsenweit verkehrenden Zügen und Bussen unbegrenztes, funktionsfähiges und vor allem mit ausreichenden Kapazitäten versehenes WLAN.

Die Gründung der Landesverkehrsgesellschaft und deren Aufgabe der "Festlegung von Qualitätsstandards im SPNV" (Koalitionsvertrag Zeile 2363), sowie der "Absicherung von Mindeststandards [... im regionalen ÖPNV]" (Koalitionsvertrag Zeile 2366f) bietet die Möglichkeit diese Ziele zu erreichen.

W07NEU Digitales Arbeiten im ÖPNV

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Im Rahmen der Umsetzung der Landesverkehrsgesellschaft - entsprechend des
2 Koalitionsvertrages sollen folgende Punkte in die Entwicklung der
3 Qualitätsstandards mit einfließen:

- 4 1. Alle Züge sollen unbegrenztes, kostenloses und funktionierendes WLAN
5 anbieten

- 6 2. Alle Busse sollen unbegrenztes, kostenloses und funktionierendes WLAN
7 anbieten

- 8 3. Die Kapazitäten bzw. die Belastbarkeit des zur Verfügung gestellten WLANs
9 muss den jeweiligen Nutzungsbedarfs gerecht werden.

Begründung

Bei der Nutzung des ÖPNV in Sachsen ist digitales, internetgebundenes Arbeiten oft nur schlecht bis gar nicht möglich. Das Problem besteht konkret im mangelhaften Internetangebot in den verkehrenden Zügen und Bussen. So bekommt man in ostsächsischen Trilex-Zügen beispielsweise nur 200MB bereitgestellt, die angesichts der heutzutage benötigten Bandbreite selbstverständlich sehr schnell verbraucht sind. Darüber hinaus muss man bei jedem Umstieg befürchten, gar kein WLAN nutzen zu können, da dieses schlichtweg nicht vorhanden ist. Noch schlechter sieht es beim Busverkehr aus, in dem WLAN heute nur seltenst verfügbar ist. Diese Umstände führen zu einer niedrigen Attraktivität des Zug- und Busfahrens und bergen, bezogen auf einen damit verloren gegangenen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV, großes Potenzial zur Verbesserung.

Gerade jetzt, da immer mehr Menschen auf das Auto verzichten (wollen) und nach alternativen Fortbewegungsmethoden suchen, ist schlechtes bzw. nicht-vorhandenes WLAN in Zügen und Bussen eine verpasste Chance zur Steigerung der Attraktivität der Mobilität der Zukunft (ÖPNV) und erschwert damit auch Arbeitsprozesse, die insbesondere bei längeren Zugfahrten und regionalen Busfahrten, gerade für jüngere

Menschen - wie Studierende und Auszubildende - aus dem schnelllebigeren Arbeitsalltags heraus, immer notwendiger werden.

Deswegen brauchen wir in allen sachsenweit verkehrenden Zügen und Bussen unbegrenztes, funktionsfähiges und vor allem mit ausreichenden Kapazitäten versehenes WLAN.

Die Gründung der Landesverkehrsgesellschaft und deren Aufgabe der "Festlegung von Qualitätsstandards im SPNV" (Koalitionsvertrag Zeile 2363), sowie der "Absicherung von Mindeststandards [... im regionalen ÖPNV]" (Koalitionsvertrag Zeile 2366f) bietet die Möglichkeit diese Ziele zu erreichen.

W08 Ende des MusiklehrerInnenprekariats – Honorarverträge untersagen, gute Bezahlung ermöglichen

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

- 1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:
- 2 Honorarverträge zwischen MusiklehrerInnen und Musikschulen bei Lehre von
- 3 Klienten, sind zu unterbinden, sofern die MusiklehrerInnen mehr als einmal die
- 4 jeweiligen Personen unterrichten. Bisherige Arbeitverhältnisse zwischen diesen
- 5 drei Parteien sind in ein reguläres Teilzeit- oder Vollzeitmodell zu überführen
- 6 und der Mittelaufwand für den Unterricht ist den MusiklehrerInnen zu erstatten.
- 7 Die SPD Sachsen mögen dafür geeignete gesetzliche Regelungen finden.

**W08NEU Ende des MusiklehrerInnenprekariats –
Honorarverträge untersagen, gute Bezahlung ermöglichen**

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Honorarverträge zwischen MusiklehrerInnen und Musikschulen bei Lehre von
2 Klienten, sind zu unterbinden, sofern die MusiklehrerInnen mehr als einmal die
3 jeweiligen Personen unterrichten. Bisherige Arbeitverhältnisse zwischen diesen
4 drei Parteien sind in ein reguläres Teilzeit- oder Vollzeitmodell zu überführen
5 und der Mittelaufwand für den Unterricht ist den MusiklehrerInnen zu erstatten.
6 Die SPD Sachsen mögen dafür geeignete gesetzliche Regelungen finden.

S01 Mehr Sprachbarrierefreiheit für gehörlose und schwerhörige Gebärdensprachnutzer in Krankenhäusern

Antragsteller*in: Jusos Zwickau

Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 An:

2 Die Jusos Sachsen LDK, den SPD-Kreisparteitag und den SPD-Landesparteitag zur
3 Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion

4 Wir fordern mehr Einsatz für den Bereitschaftsdienst der
5 Gebärdensprachdolmetscher*innen in öffentlichen Krankenhäusern. Eine sofortige
6 Maßnahme können nach dem US-amerikanischen Vorbild Ferndolmetscher*innen sein,
7 die auf Bildschirmen dolmetschen. Diese technische Ausstattung muss in jedem
8 öffentlichen Krankenhaus zur Verfügung stehen. Eine weitere Möglichkeit besteht
9 darin, für einfache Gespräche auf der Station (z.B. kurze Gespräche zwischen dem
10 Pflegepersonal und den Gehörlosen) spezielle Apps zu verwenden. Es gibt bereits
11 entsprechende Apps, die jedoch kostenpflichtig sind. Das darf nicht sein - sie
12 müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und Weiterentwicklungen der Apps
13 müssen staatlich finanziert werden. Diese Maßnahmen können das Leben sehr vieler
14 Menschen retten: In Deutschland leben über 80.000 Gehörlose sowie eine noch
15 größere Anzahl an Schwerhörigen, die auf Gebärdensprache angewiesen sind. Wenn
16 die Kommunikation gesichert ist, schafft das ein Gefühl von Sicherheit und
17 Wohlbefinden - eine wichtige Grundlage, sich im Krankenhaus ausreichend zu
18 erholen. Nicht nur für den*die Patient*in ist es leichter, wenn die
19 Kommunikation reibungslos funktioniert - auch für Ärzte/Ärztinnen oder
20 Krankenschwestern/-pfleger*innen bedeutet das weniger Stress.

Begründung

Im Krankenhaus sind die wichtigsten Momente des Lebens jedes Menschen. Dort muss die Kommunikation immer reibungslos laufen: Informationen über Krankheiten und Operationen müssen zu 100% verstanden werden und auch während der stationären Aufnahme muss die Kommunikation barrierefrei sein. Genauso in der Notaufnahme: Was passiert, wenn ein Gehörloser im Sekundentakt nichts versteht und deshalb falsche Antworten liefert? Diese kommunikative Barriere kann großen Schaden anrichten bzw. schwerwiegende Folgen haben!

Eine mögliche Umsetzungsstrategie wäre ein Bereitschaftsdienst für GebärdensprachdolmetscherInnen in Teilzeit für jeden Landkreis. Wenn beispielsweise ein Landkreis fünf Krankenhäuser in seinem Umfeld hat, könnten für diese mindestens zwei GebärdensprachdolmetscherInnen in Teilzeit zur Verfügung stehen. Die zwei DolmetscherInnen werden über den ganzen Tag aufgeteilt, jeder bekommt einen Pieper. So dass Sie auch unterwegs sein dürfen. Die Wahrscheinlichkeit, dass an einem Tag so viele Gehörlose gleichzeitig im Krankenhaus eingewiesen werden, ist gering, daher sollte diese Maßnahme ausreichen.

Ein Problem hierbei dürfte sein, dass in Deutschland Dolmetschermangel herrscht. Um diesem entgegenzutreten, wäre es möglich, dass Ferndolmetscher mit Videoübertragung zum Einsatz kommen, wie nach neuseeländischem und amerikanischem Vorbild. So kann eine reibungslose Kommunikation gewährleistet werden. Denn wenn sich ein Patient im Krankenhaus aufhält, sollte immer entweder ein/e DolmetscherIn oder FerndolmetscherIn zur Verfügung stehen. Etwa für Arztbesprechungen, Untersuchungen oder Visiten.

Amerikanisches Vorbild: <https://www.nad.org/resources/technology/video-remote-interpreting/> Unter dieser Quelle werden bereits auch für viele andere Zwecke wie Videoferndolmetscher als Zwischenlösung angewendet, wenn keine GebärdensprachdolmetscherInnen persönlich zu einem Termin angemeldet werden können. Hier werden auch Arztpraxen sowie Krankenhäuser erwähnt. Weitere Quellen aus den USA: <https://www.languageline.com/interpreting/on-demand/video-remote> Nach der languageline-Quelle sollte eine solche technische Ausstattung möglich sein für alle öffentlichen Krankenhäuser. Der Staat müsse uns hierzu eine Möglichkeit zur Umsetzung geben.

Zu einer anderen Perspektive, nämlich die von ausländischen SprachdolmetscherInnen für Ämter: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/107127/Grosses-Interesse-an-Videodolmetscher-in-Thueringen>. Auch im medizinischen Bereich sollte Barrierefreiheit auch für die Gehörlosen und Schwerhörigen ermöglicht werden!

Auf Grundlage der Gesetze im GG darf sich kein Nachteil ergeben:

<https://www.behindertenrechtskonvention.info/gesundheits-sorge-3910/>

Das Gesetz über US-Amerikaner mit Behinderungen schreibt vor, dass Krankenhäuser, die Bundesmittel erhalten, gehörlosen Patienten helfen, eine effektive Kommunikation sicherzustellen.

<https://www.statnews.com/2017/05/22/deaf-patients-interpreters/> Das ist ein Extremfall vom Videodolmetschen, daher sollte es nicht die einzige Lösung sein. Es muss zusätzlich einen Bereitschaftsdienst für jedes Krankenhaus zur Verfügung stehen. Sowohl für Notaufnahmen, als auch für Patienten, die sich im Krankenhaus aufhalten. Daher ist das Videodolmetschen eine Zwischenlösung. Hierfür müssen ein Internetzugang mit bester Qualität sowie ein/e TechnikerIn, der/die Videoübertragungsgeräte einrichten kann.

<https://www.justdigit.org/are-doctors-or-hospitals-required-to-provide-live-interpreters-for-deaf-patients/> Dort wird beschrieben, wie die Regelungen für eine VRI aussehen sollten -> Ein kurzer Austausch von medizinischen Informationen wie bei Arztvisiten oder schnelle Fragen oder andere ruhige, unkomplizierte Einzelgespräche sollen gedolmetscht werden. Auch hier wird erwähnt, dass die Videoübersetzung nur eine Zwischenlösung ist, wenn kein/e DolmetscherIn kurzfristig vor Ort eingesetzt werden kann.

S01NEU Mehr Sprachbarrierefreiheit für gehörlose und schwerhörige Gebärdensprachnutzer in Krankenhäusern

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 Wir fordern mehr Einsatz für den Bereitschaftsdienst der
2 Gebärdensprachdolmetscher*innen in öffentlichen Krankenhäusern. Eine sofortige
3 Maßnahme können nach dem US-amerikanischen Vorbild Ferndolmetscher*innen sein,
4 die auf Bildschirmen dolmetschen. Diese technische Ausstattung muss in jedem
5 öffentlichen Krankenhaus zur Verfügung stehen. Eine weitere Möglichkeit besteht
6 darin, für einfache Gespräche auf der Station (z.B. kurze Gespräche zwischen dem
7 Pflegepersonal und den Gehörlosen) spezielle Apps zu verwenden. Es gibt bereits
8 entsprechende Apps, die jedoch kostenpflichtig sind. Das darf nicht sein - sie
9 müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und Weiterentwicklungen der Apps
10 müssen staatlich finanziert werden. Diese Maßnahmen können das Leben sehr vieler
11 Menschen retten: In Deutschland leben über 80.000 Gehörlose sowie eine noch
12 größere Anzahl an Schwerhörigen, die auf Gebärdensprache angewiesen sind. Wenn
13 die Kommunikation gesichert ist, schafft das ein Gefühl von Sicherheit und
14 Wohlbefinden - eine wichtige Grundlage, sich im Krankenhaus ausreichend zu
15 erholen. Nicht nur für den*die Patient*in ist es leichter, wenn die
16 Kommunikation reibungslos funktioniert - auch für Ärzte/Ärztinnen oder
17 Krankenschwestern/-pfleger*innen bedeutet das weniger Stress.

18
19 Vor ähnlichen Problemen stehen in Deutschland auch Nicht-Muttersprachler*innen.
20 Es gibt für sie aktuell zahlreiche Projekte und Initiativen, die jedoch bei
21 weitem nicht ausreichend sind, um die sprachlichen Hürden insbesondere auch in
22 der medizinischen Versorgung hinreichend weit zu senken, um einen vertrauten
23 Umgang zur Regel zu machen. Daher ist zu prüfen, inwiefern die Strukturen, die
24 für Gehörlose aufgebaut werden sollen analog auch ihnen zu Gute kommen können.

Begründung

Im Krankenhaus sind die wichtigsten Momente des Lebens jedes Menschen. Dort muss die Kommunikation immer reibungslos laufen: Informationen über Krankheiten und Operationen müssen zu 100% verstanden werden und auch während der stationären Aufnahme muss die Kommunikation barrierefrei sein. Genauso in der Notaufnahme: Was passiert, wenn ein Gehörloser im Sekundentakt nichts versteht und deshalb falsche

Antworten liefert? Diese kommunikative Barriere kann großen Schaden anrichten bzw. schwerwiegende Folgen haben!

Eine mögliche Umsetzungsstrategie wäre ein Bereitschaftsdienst für GebärdensprachdolmetscherInnen in Teilzeit für jeden Landkreis. Wenn beispielsweise ein Landkreis fünf Krankenhäuser in seinem Umfeld hat, könnten für diese mindestens zwei GebärdensprachdolmetscherInnen in Teilzeit zur Verfügung stehen. Die zwei DolmetscherInnen werden über den ganzen Tag aufgeteilt, jeder bekommt einen Pieper. So dass Sie auch unterwegs sein dürfen. Die Wahrscheinlichkeit, dass an einem Tag so viele Gehörlose gleichzeitig im Krankenhaus eingewiesen werden, ist gering, daher sollte diese Maßnahme ausreichen.

Ein Problem hierbei dürfte sein, dass in Deutschland Dolmetschermangel herrscht. Um diesem entgegenzutreten, wäre es möglich, dass Ferndolmetscher mit Videoübertragung zum Einsatz kommen, wie nach neuseeländischem und amerikanischem Vorbild. So kann eine reibungslose Kommunikation gewährleistet werden. Denn wenn sich ein Patient im Krankenhaus aufhält, sollte immer entweder ein/e DolmetscherIn oder FerndolmetscherIn zur Verfügung stehen. Etwa für Arztbesprechungen, Untersuchungen oder Visiten.

Amerikanisches Vorbild: <https://www.nad.org/resources/technology/video-remote-interpreting/> Unter dieser Quelle werden bereits auch für viele andere Zwecke wie Videoferndolmetscher als Zwischenlösung angewendet, wenn keine GebärdensprachdolmetscherInnen persönlich zu einem Termin angemeldet werden können. Hier werden auch Arztpraxen sowie Krankenhäuser erwähnt. Weitere Quellen aus den USA: <https://www.languageine.com/interpreting/on-demand/video-remote> Nach der languageine-Quelle sollte eine solche technische Ausstattung möglich sein für alle öffentlichen Krankenhäuser. Der Staat müsse uns hierzu eine Möglichkeit zur Umsetzung geben.

Zu einer anderen Perspektive, nämlich die von ausländischen SprachdolmetscherInnen für Ämter: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/107127/Grosses-Interesse-an-Videodolmetscher-in-Thueringen>. Auch im medizinischen Bereich sollte Barrierefreiheit auch für die Gehörlosen und Schwerhörigen ermöglicht werden!

Auf Grundlage der Gesetze im GG darf sich kein Nachteil ergeben:

<https://www.behindertenrechtskonvention.info/gesundheitsorge-3910/>

Das Gesetz über US-Amerikaner mit Behinderungen schreibt vor, dass Krankenhäuser, die Bundesmittel erhalten, gehörlosen Patienten helfen, eine effektive Kommunikation sicherzustellen.

<https://www.statnews.com/2017/05/22/deaf-patients-interpreters/> Das ist ein Extremfall vom Videodolmetschen, daher sollte es nicht die einzige Lösung sein. Es muss zusätzlich einen Bereitschaftsdienst für jedes Krankenhaus zur Verfügung stehen. Sowohl für Notaufnahmen, als auch für Patienten, die sich im Krankenhaus aufhalten. Daher ist das Videodolmetschen eine Zwischenlösung. Hierfür müssen ein Internetzugang mit bester Qualität sowie ein/e TechnikerIn, der/die Videoübertragungsgeräte einrichten kann.

<https://www.justdigit.org/are-doctors-or-hospitals-required-to-provide-live-interpreters-for-deaf-patients/> Dort wird beschrieben, wie die Regelungen für eine VRI aussehen sollten -> Ein kurzer Austausch von medizinischen Informationen wie bei Arztvisiten oder schnelle Fragen oder andere ruhige, unkomplizierte

Einzelgespräche sollen gedolmetscht werden. Auch hier wird erwähnt, dass die Videoübersetzung nur eine Zwischenlösung ist, wenn kein/e DolmetscherIn kurzfristig vor Ort eingesetzt werden kann.

S03 Aufklärung u?ber psychische Krankheiten in der Schule

Antragsteller*in: Jusos Lausitz

Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 Die LDK möge beschließen und an den Landesvorstand weiterleiten, dass zukünftig
2 an jeder Schule mindestens einmal jährlich über psychische Krankheiten
3 aufgeklärt und auf Hilfsangebote hingewiesen werden soll. Dies soll durch
4 psychologisch geschultes Personal stattfinden. Hilfsangebote sollten
5 beispielsweise Einzelgespräche, die Vermittlung an Therapeut*innen und andere
6 Hilfsstellen oder Begleitung bei Gesprächen mit Eltern/Ärzt*innen darstellen.
7 Auch bei Elternabenden sollte regelmäßig über diese Themen informiert und
8 persönliche Beratung für die Erziehungsberechtigten angeboten werden.

Begründung

Im Jahr 2017 starben durch Suizid mehr Menschen als durch Verkehrsunfälle, HIV und Drogen zusammen (Quelle: Statista). Viele Suizide könnten verhindert und vielen Menschen die Freude am Leben (zurück-)gegeben werden, wenn entsprechende Hilfsangebote rechtzeitig wahrgenommen würden. Denn die Chance darauf, psychische Erkrankungen zu heilen oder negative Folgen von traumatisierenden Erlebnissen so gering wie möglich zu halten ist wesentlich höher, je eher diese Probleme erkannt werden. Da der Leidensdruck einer langjährigen oder gar lebenslangen Erkrankung wie beispielsweise Depressionen oder einer Angststörung sehr groß ist, sollte so früh wie möglich interveniert werden. Vielen Elternhäusern ist dies jedoch aus unterschiedlichsten Gründen nicht möglich. Daher muss bezüglich dieser Themen und zugehöriger Hilfsangebote dringend Aufklärung stattfinden. Dies sollte in der Schule geschehen, da sie dort die größtmögliche Anzahl an Menschen erreicht.

S03NEU Aufklärung u?ber psychische Krankheiten in der Schule

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 Psychische Krankheiten können wesentlich erfolgreicher behandelt werden, je eher
2 eine korrekte Diagnose und Therapie stattfindet. Daher soll zukünftig an jeder
3 Schule mindestens einmal jährlich über psychische Krankheiten aufgeklärt und auf
4 Hilfsangebote hingewiesen werden. Dies soll in Form eines Seminar-/Workshop-
5 Tages stattfinden, an welchem der normale Unterricht entfällt. Zusätzlich sollen
6 die Schulen verpflichtet werden, einmal pro Schullaufbahn jedes*jeder Schüler*in
7 einen einwöchigen fächerverbindenden Unterricht durchzuführen, in welchem die
8 Themen Psyche und psychische Erkrankungen und Störungen genau behandelt werden.
9 Die konkrete Ausarbeitung obliegt der Schule, beziehungsweise den
10 Beratungslehrer*innen. Seminar-/Workshop-Tag und der fächerverbindende
11 Unterricht sollen hierbei durch psychologisch geschultes Personal
12 (beispielsweise Sozialarbeiter*innen, Streetworker*innen) und außerschulische
13 Projekte/Organisationen (unter anderem MindMatter, Telefonseelsorge) unterstützt
14 werden.

15 Zusätzlich sollen Hilfsangebote an jeder Schule durch die Beratungslehrer*innen
16 erstellt werden, beispielsweise in Form von Einzelgesprächen, Vermittlung an
17 Therapeut*innen und andere Hilfsstellen oder Begleitung bei Gesprächen mit
18 Eltern/Ärzt*innen. Auch bei Elternabenden soll regelmäßig über diese Themen
19 informiert und persönliche Beratung für die Erziehungsberechtigten angeboten
20 werden.

21 Des Weiteren sollten auch Lehrer*innen und vor allem Beratungslehrer*innen
22 bezüglich psychischen Erkrankungen aufgeklärt werden, um psychische
23 Veränderungen eines*einer Schüler*in frühzeitig und korrekt zu erkennen und eine
24 Mittelsperson und Vermittler*in zwischen den Schüler*innen, ihren Eltern,
25 Beratungslehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen oder potentiell auch
26 Therapeut*innen zu sein. Da Beratungslehrer*innen Vertrauenspersonen für
27 Schüler*innen sein sollten, sollen jene Beratungslehrer*innen in der Schule
28 basisdemokratisch von den Schüler*innen gewählt werden. Zur besseren Arbeit
29 dieser Beratungslehrer*innen soll der Freistaat Sachsen das Ziel verfolgen, an
30 jeder Schule Schulsozialarbeiter*innen, wenn möglich auch Schulpsycholog*innen,
31 einzustellen, welche die Beratungslehrer*innen unterstützen.

Begründung

Im Jahr 2017 starben durch Suizid mehr Menschen als durch Verkehrsunfälle, HIV und Drogen zusammen (Quelle: Statista). Viele Suizide könnten verhindert und vielen Menschen die Freude am Leben (zurück-)gegeben werden, wenn entsprechende Hilfsangebote rechtzeitig wahrgenommen würden. Denn die Chance darauf, psychische Erkrankungen zu heilen oder negative Folgen von traumatisierenden Erlebnissen so gering wie möglich zu halten ist wesentlich höher, je eher diese Probleme erkannt werden. Da der Leidensdruck einer langjährigen oder gar lebenslangen Erkrankung wie beispielsweise Depressionen oder einer Angststörung sehr groß ist, sollte so früh wie möglich interveniert werden. Vielen Elternhäusern ist dies jedoch aus unterschiedlichsten Gründen nicht möglich. Daher muss bezüglich dieser Themen und zugehöriger Hilfsangebote dringend Aufklärung stattfinden. Dies sollte in der Schule geschehen, da sie dort die größtmögliche Anzahl an Menschen erreicht.

S05 Gemeinsam besser Wohnen

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 *Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag sowie die SPD-*
2 *Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:*

3 Die Wohnungsnot in den Großständen ist vorhanden und wird noch weiter zu nehmen.
4 Wir setzen uns dafür ein, dass der innerstädtische Wohnungsbau stärker auf das
5 gemeinsame Wohnen fokussiert wird.

6 Die Antwort profitorientierter Wohnungsunternehmen auf Wohnungsmangel sind in
7 der Regel kleine und kleinste Wohnungen bis hin zum Micro-Appartment. Warum? Die
8 Gewinnmargen sind höher. Außerdem werden sicher Mieter:innen auf Grund des
9 unpersönlichen Wohnens weniger organisieren. Dabei liegen die Nachteile auf der
10 Hand: Verschwendete Wohnfläche in Form von vielfach installierten Kleinstküchen-
11 /bädern und die Vereinsamung der Bewohner:innen. Anstatt funktionale Räume
12 gemeinsam zu nutzen und frei werdende Flächen für gemeinschaftliche, wohnliche
13 Räume zu nutzen, werden die Mieter:innen in immer kleineren Zellen voneinander
14 separiert.

15 Warum sollten Wohngemeinschaften nicht auch nach Ausbildung und Studium eine
16 sinnvolle Alternative zum angespannten Wohnungsmarkt sein? Bedarf und Interesse
17 an Senior:innen- oder Berufstätigen-WGs steigen. Das Angebot jedoch nicht.

18 Über Bebauungspläne und den Neu- bzw. Umbau durch kommunale
19 Wohnungsgesellschaften sowie Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene greifen
20 wir in diese Fehlentwicklung ein, um künftig größere, clusterfähige Wohnungen
21 für Familien und Wohngemeinschaften stärker in den Fokus zu nehmen. Förderung &
22 Ausbau von Klein- und Kleinstwohnungen lehnen wir jedoch ab.

S05NEU Gemeinsam besser Wohnen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 Die Wohnungsnot in den Großständen ist vorhanden und wird noch weiter zu nehmen.
2 Wir setzen uns dafür ein, dass der innerstädtische Wohnungsbau stärker auf das
3 gemeinsame Wohnen fokussiert wird.

4 Die Antwort profitorientierter Wohnungsunternehmen auf Wohnungsmangel sind in
5 der Regel kleine und kleinste Wohnungen bis hin zum Micro-Appartment. Warum? Die
6 Gewinnmargen sind höher. Außerdem werden sicher Mieter:innen auf Grund des
7 unpersönlichen Wohnens weniger organisieren. Dabei liegen die Nachteile auf der
8 Hand: Verschwendete Wohnfläche in Form von vielfach installierten Kleinstküchen-
9 /bädern und die Vereinsamung der Bewohner:innen. Anstatt funktionale Räume
10 gemeinsam zu nutzen und frei werdende Flächen für gemeinschaftliche, wohnliche
11 Räume zu nutzen, werden die Mieter:innen in immer kleineren Zellen voneinander
12 separiert.

13 Warum sollten Wohngemeinschaften nicht auch nach Ausbildung und Studium eine
14 sinnvolle Alternative zum angespannten Wohnungsmarkt sein? Bedarf und Interesse
15 an Senior:innen- oder Berufstätigen-WGs steigen. Das Angebot jedoch nicht.

16 Über Bebauungspläne und den Neu- bzw. Umbau durch kommunale
17 Wohnungsgesellschaften sowie Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene greifen
18 wir in diese Fehlentwicklung ein, um künftig größere, clusterfähige Wohnungen
19 für Familien und Wohngemeinschaften stärker in den Fokus zu nehmen. Förderung &
20 Ausbau von Klein- und Kleinstwohnungen lehnen wir jedoch ab.

S06 Ein neuer Sozialstaat – Solidarisch finanziert

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und über den Landesparteitag und den
2 Bundeskongress an den Bundesparteitag weiterleiten:

3 Die Geschichte der Sozialpolitik der BRD ist vor allem geprägt gewesen von dem
4 Versuch, eine angemessene Balance zu finden zwischen den Wortbestandteilen des
5 Versprechens der „sozialen Marktwirtschaft“. Es hat in den vergangenen zwanzig
6 Jahren zahlreiche politische Entscheidungen gegeben, die den Schwerpunkt auf das
7 Wort „Marktwirtschaft“ verschoben haben. Dazu gehören auch Entscheidungen der
8 SPD, die wir aus heutiger Sicht als Fehler bezeichnen würden. Mit dem
9 Sozialstaatspapier „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat
10 für eine neue Zeit“, das der ordentliche Bundesparteitag der SPD am 6. Dezember
11 beschlossen hat, haben wir starke Ideen und Konzepte vorgelegt, wie die Balance
12 zwischen „sozial“ und „Marktwirtschaft“ wiederhergestellt werden kann und das
13 zentrale Versprechen der sozialen Gemeinschaft, dasjenige der Solidarität der
14 Starken mit denen in schwierigen Lagen, erneuert werden kann. Zu den
15 beschlossenen Maßnahmen bekennen wir uns mit Nachdruck, insbesondere zur
16 Abschaffung des bisherigen Zwei-Klassen-Systems der Kranken- wie der
17 Pflegeversicherung sowie der vielschichtigen Alterssicherung in ihre jetzige
18 Form (bspw. Pensionen für Beamt*innen und berufsständische Vorsorgewerke) und
19 deren Ersetzung durch eine einheitliche und allgemein verbindliche
20 Bürger*innenversicherungen, die gemeinsam das Solidaritätsversprechen des
21 Sozialstaats gegenüber allen Generationen verkörpern.

22 Ein solidarischer Sozialstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er den
23 Strauchelnden unter die Arme greift und auf die Beine hilft, und dass sich alle
24 Mitbürger*innen im vollen ihnen möglichen Umfang daran beteiligen, diese
25 Unterstützung zu gewährleisten. Das Prinzip der Beitragsbemessungsgrenze, wie
26 sie in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung existiert,
27 widerspricht jedoch dem zweiten Teil dieses Gedankens. Daher werden wir im Zuge
28 der Reform des Sozialstaats und der Einführung der Bürger*innenversicherung als
29 einheitlicher, allgemein verbindlicher Kranken- und Pflegeversicherung die
30 Beitragsbemessungsgrenzen in beiden Versicherungssystemen abschaffen.

31 Wir werden in Zukunft nicht länger streng auf dem unsolidarischen Prinzip der
32 Proportionalität zwischen den eingezahlten Rentenbeiträgen und der Höhe der
33 Rente im Alter beharren und damit den Weg dafür ebnen, auch in der
34 Rentenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen – ohne, dass
35 dadurch die Kosten der Rentenversicherung durch hohe Rentenzahlungen für
36 Menschen mit weit überdurchschnittlich hohen Einkommen explodieren. Dadurch
37 sichern wir langfristig auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen
38 eine Rente, von der ein Altern in Würde problemlos möglich ist.

39 Der zu leistende Beitrag in der Kranken-, der Pflege wie der Rentenversicherung
40 soll sich künftig aus allen persönlichen Einkünften nach demselben Prinzip
41 berechnen. Dazu gehören insbesondere auch Einkünfte aus (nebenberuflich)
42 selbstständiger Tätigkeit sowie Kapitalerträge.

S06NEU Ein neuer Sozialstaat – Solidarisch finanziert

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.S - Soziales/Wohnen/Gesundheit

Antragstext

1 Die Geschichte der Sozialpolitik der BRD ist vor allem geprägt gewesen von dem
2 Versuch, eine angemessene Balance zu finden zwischen den Wortbestandteilen des
3 Versprechens der „sozialen Marktwirtschaft“. Es hat in den vergangenen zwanzig
4 Jahren zahlreiche politische Entscheidungen gegeben, die den Schwerpunkt auf das
5 Wort „Marktwirtschaft“ verschoben haben. Dazu gehören auch Entscheidungen der
6 SPD, die wir aus heutiger Sicht als Fehler bezeichnen würden. Mit dem
7 Sozialstaatspapier „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat
8 für eine neue Zeit“, das der ordentliche Bundesparteitag der SPD am 6. Dezember
9 beschlossen hat, haben wir starke Ideen und Konzepte vorgelegt, wie die Balance
10 zwischen „sozial“ und „Marktwirtschaft“ wiederhergestellt werden kann und das
11 zentrale Versprechen der sozialen Gemeinschaft, dasjenige der Solidarität der
12 Starken mit denen in schwierigen Lagen, erneuert werden kann. Zu den
13 beschlossenen Maßnahmen bekennen wir uns mit Nachdruck, insbesondere zur
14 Abschaffung des bisherigen Zwei-Klassen-Systems der Kranken- wie der
15 Pflegeversicherung sowie der vielschichtigen Alterssicherung in ihre jetzige
16 Form (bspw. Pensionen für Beamt*innen und berufsständische Vorsorgewerke) und
17 deren Ersetzung durch eine einheitliche und allgemein verbindliche
18 Bürger*innenversicherungen, die gemeinsam das Solidaritätsversprechen des
19 Sozialstaats gegenüber allen Generationen verkörpern.

20 Ein solidarischer Sozialstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er den
21 Strauchelnden unter die Arme greift und auf die Beine hilft, und dass sich alle
22 Mitbürger*innen im vollen ihnen möglichen Umfang daran beteiligen, diese
23 Unterstützung zu gewährleisten. Das Prinzip der Beitragsbemessungsgrenze, wie
24 sie in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung existiert,
25 widerspricht jedoch dem zweiten Teil dieses Gedankens. Daher werden wir im Zuge
26 der Reform des Sozialstaats und der Einführung der Bürger*innenversicherung als
27 einheitlicher, allgemein verbindlicher Kranken- und Pflegeversicherung die
28 Beitragsbemessungsgrenzen in beiden Versicherungssystemen abschaffen.

29 Wir werden in Zukunft nicht länger streng auf dem unsolidarischen Prinzip der
30 Proportionalität zwischen den eingezahlten Rentenbeiträgen und der Höhe der
31 Rente im Alter beharren und damit den Weg dafür ebnen, auch in der

32 Rentenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen – ohne, dass
33 dadurch die Kosten der Rentenversicherung durch hohe Rentenzahlungen für
34 Menschen mit weit überdurchschnittlich hohen Einkommen explodieren. Dadurch
35 sichern wir langfristig auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen
36 eine Rente, von der ein Altern in Würde problemlos möglich ist.

37 Der zu leistende Beitrag in der Kranken-, der Pflege wie der Rentenversicherung
38 soll sich künftig aus allen persönlichen Einkünften nach demselben Prinzip
39 berechnen. Dazu gehören insbesondere auch Einkünfte aus (nebenberuflich)
40 selbstständiger Tätigkeit sowie Kapitalerträge.

D01NEU2 Polizei – Demokratie statt Gewalt!

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Als politisch aktive und in besonderem Maße politisch exponierte Menschen ist
2 für uns der Kontakt mit der Polizei keine Seltenheit. Dabei erleben wir neben
3 vielen guten Kontakten immer wieder Situationen, in denen Vertreter*innen der
4 Exekutive die ihnen gegebene Macht missbrauchen oder die Befugnisse, Gewalt
5 anzuwenden, in unangemessenem Maße ausreizen. Für uns ist klar, dass politisch
6 aktive Menschen, Menschen in besonders verletzbaren Situationen oder einfach
7 Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, bei
8 jedem Kontakt mit dem Staat unbedingt in Sicherheit sein müssen. Dass die
9 Realität leider oftmals von diesem Ideal abweicht, besorgt uns und veranlasst
10 uns, folgende Erkenntnisse, zu beschließen:

11 1. Das Problem heißt Machtmissbrauch! – Unhinterfragte und unkontrollierte
12 Machtpositionen führen oftmals zu Machtmissbrauch. Darum muss jede Machtposition
13 hinterfragt und kontrolliert werden.

14 2. Checks and Balances – Staatliche Gewalt muss demokratischer Kontrolle
15 unterliegen. Dafür benötigt es eines gesellschaftlichen Bewusstseins.

16 3. Zum Gewaltmonopol – Die vorderste Rolle der Polizei ist die Aufrechterhaltung
17 der gesetzlichen Ordnung, auch unter der situationsabhängigen, gezielten
18 Anwendung von Gewalt. Damit schützt die Polizei aber auch oftmals die Ursprünge
19 struktureller Gewalt und steht aktiv gegen emanzipatorische Bewegungen. Diese
20 Rolle der Polizei muss offen hinterfragt werden und darf nicht als gegeben
21 beziehungsweise frei von Kritik akzeptiert werden.

22 Als folgerichtige Konsequenzen fordern wir deshalb:

23 - Um die Bildung von sogenannten Gefahrengemeinschaften und damit die
24 Entwicklung einer Korpsgeist-Mentalität zu behindern, müssen die
25 Einsatzhundertschaften regelmäßig personell gemischt werden. Zukünftig sollen
26 deshalb sämtliche Einsatzhundertschaften samt ihrer untergeordneten Strukturen
27 in regelmäßigen Abständen aufgelöst und personell neu aufgebaut werden. Wenn

28 eine mangelnde Personaldichte die Mischung mehrerer Einsatzhundertschaften nicht
29 zulässt, sollen die Züge innerhalb der Hundertschaften reorganisiert werden. Die
30 Wahl der Länge des Reorganisationszyklus darf nicht so ausfallen, dass sie die
31 Arbeitsfähigkeit der Polizeikräfte in signifikantem Maße beeinträchtigt.

32 - Die Arbeit in einem streng hierarchischen Umfeld und bei täglicher
33 Konfrontation mit Gewalt, Schmerz und Leid stumpft ab. Ungeachtet der
34 persönlichen Gemütswelt einzelner Polizeibeamte ist klar, dass die Arbeit als
35 ausführende Gewalt des Staates eine besondere Belastung darstellt, der auf
36 unterschiedlichen Ebenen begegnet werden muss. Wir fordern daher, dass die
37 Personalausstattung aller Polizeistandorte und Reviere so gestaltet wird, dass
38 genügend Ruhe- und Erholungszeiten nach Einsätzen im Außendienst realisiert
39 werden können, um so möglichen Stresserfahrungen zu begegnen. Gegebenenfalls
40 muss hierfür die Einstellungskorridor für die notwendigen Dienstgrade weiter
41 erhöht werden. Neben einer angemessenen personellen Ausstattung ist es jedoch
42 auch notwendig, dass deeskalative Kommunikationsansätze vermehrt Eingang in den
43 polizeilichen Alltag finden. Diese gilt es im Kontext von Aus- und
44 Weiterbildungen verstärkt zu vermitteln, um so den Beamt*innen Alternativen zur
45 Gewaltanwendung in angespannten Situationen an die Hand zu geben. Es muss
46 während der gesamten Dienstdauer für Beamt*innen klar sein, dass Gewalt die
47 Ultima Ratio darstellt und erst nach einem Scheitern von deeskalativen
48 Lösungsansätzen Anwendung finden darf. Zusätzlich soll eine verpflichtende
49 psychologische Aufarbeitung der im Einsatz erfahrenen Situationen etabliert
50 werden.

51 - Polizeibeamte welche über illegitime Gewaltanwendung durch Kolleg*innen
52 aussagen, verdienen unseren Schutz. Die derzeitigen Schutzmaßnahmen für Polizei-
53 Whistleblower reichen nicht aus. Daher muss ein umfassendes Angebot geschaffen
54 werden, was die Sicherheit und Anonymität von Polizei-Whistleblower
55 gewährleistet. Angesiedelt werden muss die Koordination dieser Maßnahmen bei
56 einer noch zu schaffenden unabhängigen Beschwerdestelle für Polizeigewalt.
57 Dieses Angebot muss auch beinhalten, dass eine unabhängige Beratungsstelle für
58 Polizist*innen entsteht, die potentielle Whistleblower*innen betreut und schon
59 vor der Aussage schützt.

60 - Die Rechtsprechung angewandte „Radbruch'sche Formel“ muss in die Welt der
61 Exekutive übersetzt werden. Demnach haben Polizeibeamte das Recht zur
62 Befehlsverweigerung wenn die Befehle entweder nicht den Anspruch haben, Gewalt
63 zu verhindern, oder wenn durch die Ausführung des Befehls unerträgliches Leid
64 geschehen würde. Die Interpretation dieser Verleumdungs- und
65 Unerträglichkeitsformeln obliegt im Zweifelsfall dem Gericht. Die Radbruch'sche
66 Formel muss auch zentraler Teil der Ausbildung von Polizeibeamten werden um
67 ihren Missbrauch unwahrscheinlicher zu machen.

68 Dazu sollen die folgenden Punkte für die Polizei im Freistaat Sachsen umgesetzt

69 werden:

- 70 1. Kontaktpolizist*innen sollen Ihren Dienst ohne tödliche Schusswaffe
71 leisten. Selbstverständlich gilt dies nur für den gewöhnlichen Dienst, in
72 Ausnahmefälle, oder wenn die Waffe zu Demonstrationszwecken benötigt wird,
73 müssen hier Ausnahmeregelungen geschaffen werden.

- 74 2. Bei Demonstrationen sollen Polizistinnen keine tödlichen Schusswaffen mehr
75 tragen, sofern es nicht eine konkrete Bedrohungslage gibt, die
76 Schusswaffen nötig macht, oder gar durch anderes ersetzt werden kann.
77 Insbesondere bei den Polizistinnen, welche bei Demonstrationen eingesetzt
78 werden, muss aber gelten: Diese Beamt*innen verteidigen im Zweifel unsere
79 Demokratie. Es darf nicht sein, dass sie dabei durch das Wegfallen der
80 Schusswaffe einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind. Deshalb sollte in
81 regelmäßigen Abständen eine Überprüfung der passiven Bewaffnung
82 (Schutzwesten gegen Hiebe, Stiche, Schüsse / Schutzschilder etc.)
83 stattfinden und diese ggf. angepasst werden.

- 84 3. Die Verwendung von Elektro-Taser, soll untersagt werden. In der Regel
85 hinterlassen diese Taser zwar keine langwierigen Folgen, können aber
86 tödlich sein für Menschen mit Herzproblemen. Um den getroffenen Mensch vor
87 körperlichen Schäden, die*den ausführenden Beamt*in vor psychischen
88 Folgeschäden zu schützen, sollen Elektro-Taser einen ähnlichen Stellenwert
89 wie eine Schusswaffe einnehmen.

90 Insbesondere bei den Polizist*innen, welche bei Demonstrationen eingesetzt
91 werden, muss aber gelten: Diese Beamt*innen verteidigen im Zweifel unsere
92 Demokratie. Es darf nicht sein, dass sie dabei durch das Wegfallen der
93 Schusswaffe einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind. Deshalb sollte in
94 regelmäßigen Abständen eine Überprüfung der passiven Bewaffnung (Schutzwesten
95 gegen Hiebe, Stiche, Schüsse / Schutzschilder etc.) stattfinden und diese ggf.
96 angepasst werden.

97 - Die Ausweisung von Repressionsmaßnahmen als Dienstleistungen der Polizei
98 lehnen wir entschieden ab. Für uns ist es untragbar, dass von Repressionen
99 betroffene Menschen mit Kosten für ihre Repression zusätzlich belastet werden.
100 Diese Art der Bestrafung trifft in überproportionalem Maße arme Menschen und ist
101 deshalb kein probates Mittel zur Finanzierung von Polizeiarbeit. Darum fordern
102 wir ein Verbot der Erhebung von Kosten für Repressionsmaßnahmen durch die
103 Polizei.

104 - Perspektivisch soll sowohl die Präsenz als auch der Aufgabenbereich der

105 Polizei klarer vom Tätigkeitsfeld und Auftreten anderer staatlicher
106 Institutionen wie dem Ordnungsamt getrennt werden. Denn die zunehmende optische
107 Angleichung der Ordnungsämter und des Polizeivollzugsdienstes führt nur zu
108 Unklarheiten innerhalb der Bevölkerung, mit welchen Beamt*innen man es jeweils
109 zu tun hat und somit zu Unsicherheit und Vertrauensverlust. Sowohl bei den
110 Uniformen als auch Fahrzeugen ist deshalb auf eine erkennbare Trennung zwischen
111 beiden Behörden zu achten. Daneben lassen sich aber einige Aufgabenbereiche, die
112 bisher in Verantwortung der Polizei lagen, auch dem Ordnungsamt übertragen. So
113 wäre es z.B. möglich, Verkehrskontrollen und die Aufnahme von Unfällen und
114 Verkehrsdelikten innerorts von den jeweiligen Ordnungsämtern durchführen zu
115 lassen, da diese auch bereits für den ruhenden, nicht aber den fließenden
116 Verkehr zuständig sind. Die durch die Übertragung gewonnenen Kapazitäten können
117 wiederum für eine notwendige Entlastung der Vollzugspolizei genutzt werden,
118 wodurch sich, wie oben beschrieben, potenzielle Gewaltausbrüche durch die
119 Reduzierung von Überlastung vermeiden lassen. Daneben ermöglicht es den
120 Beamt*innen, sich wieder stärker auf ihre eigentliche Kernkompetenzen wie der
121 Aufklärung und Bekämpfung von Kriminalität zu konzentrieren.

Begründung

Viele Jusos beteiligen sich aktiv am zivilgesellschaftlichen Demonstrationsgeschehen in Sachsen und stehen dabei mit ihren Körpern für all die Grundwerte auf der Straße, die wir in unserer politischen Arbeit verkörpern. Dabei werden viele von uns selbst Opfer oder Zeug*in von Polizeigewalt oder ungerechtfertigten Polizeimaßnahmen. Da wir als progressiver Richtungsverband in der SPD die aktuellen Zustände anprangern und ändern wollen, bemerken wir darüber hinaus besonders, dass die Institution Polizei eine grundlegend konservative Position einnimmt. Ob Polizist*innen auf Demonstrationen Faschist*innen und Neonazis schützen, per racial profiling oftmals PoC in Gefahr bringen oder wie im Fall Oury Jalloh sowie dem NSU-Komplex aus rassistischen Motiven selbst zu (Mit-)Täter*innen werden, die Polizei als ganze bedarf grundlegenden Reformen.

Reorganisation – Bei Verfahren gegen Polizeibeamte, die unverhältnismäßig Gewalt anwenden, kommt es in der absoluten Mehrzahl der Fälle dazu, dass die Kolleg*innen entweder nichts gesehen haben oder aktiv decken. Das ist darauf zurückzuführen, dass die besondere hierarchische Struktur der Polizei und die tägliche Befassung mit Gewalt zur Ausbildung einer sogenannten „Gefahrgemeinschaft“ mitsamt Korpsgeist führt. Wie schwer es ist Ermittlungen gegen Polizeibeamte zu führen wird oft mit der sogenannten „Mauer des Schweigens“ dargestellt. Gründe hierfür sind, wie oben bereits erwähnt der Schutz der Gefahrgemeinschaft vor Gefahren von außen, sowie gleichzeitig die Sicherung der eigenen Loyalität in der Gruppe. Ein Verlust dieser Loyalität hätte für den Einzelnen verheerende Auswirkungen und würde ihm die Möglichkeit nehmen in der Gruppe weiterhin Dienst zu versehen. Er würde aus der Gefahrgemeinschaft ausgeschlossen werden, was für ihn zur Folge hat, dass er von seinem eigenen Utopia ausgeschlossen wird.

[Kai Seidensticker (Autor), 2011, Korpsgeist und Polizei, München, GRIN Verlag,
<https://www.grin.com/document/174862>]

Identifikation – Polizeibeamte sind auch im Dienst Menschen. Menschen sind fehlerhaft und machen Fehler, jedoch müssen sich Menschen in einer Gesellschaft auch dafür verantworten. Besonders, wenn sie in

privilegierten Positionen sind, wie im Polizeidienst mit dem staatlichen Gewaltmonopol in der Hand, müssen diese Menschen verantwortlich für ihre Handlungen sein. Sie geben beim Dienstantritt weder ihre Menschlichkeit noch ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft ab und müssen sich daher auch deren Maßstäben unterwerfen. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, muss während einer polizeilichen Maßnahme sowie im Nachhinein offensichtlich sein, wer gerade das staatliche Gewaltmonopol ausführt. Ebenso wie Menschen in einer Maßnahme nicht das Recht auf Anonymität haben, haben die durchführenden Beamten ebenso kein Recht auf Anonymität. Die Angst vor Vergeltungsaktionen gegen Polizist*innen im privaten Bereich der Person sind konstruiert und hinfällig. Zum einen wird auch mit individuellen Identifikationsmerkmalen die Polizei zuerst als abstrakte Masse wahrgenommen, zum anderen gibt es weder aus deutschen Bundesländern mit individuellen Kennzeichnungen noch aus Ländern wie Estland, Großbritannien, den USA, Kanada oder Spanien derartige Erfahrungen.

Vgl.

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-12/Q%26A%20Kennzeichnungspflicht-fuer-die-Polizei-in-Deutschland-Nov%202017_0.pdf

Gewaltanwendungsstopp – Der Polizeiberuf stumpft ab und steigert nachweislich die soziale Dominanzorientierung. Wer im Polizeidienst arbeitet, vor allem in Einsatzhundertschaften, erfährt fast täglich Ausnahmesituationen und Gewalt. Daher ist eine maximale Arbeitszeit in mit Gewalt arbeitenden Dienstfeldern notwendig, um das Risiko für unzulässiges Verhalten von Polizeibeamten zu verringern.

Whistleblower schützen – Polizei-Whistleblower*innen sind Polizist*innen, die in (Disziplinar)Verfahren gegen ihre Kolleg*innen aussagen. Wie im Abschnitt zum Korpsgeist erwähnt, ist die Gefahrengemeinschaft für viele Polizist*innen ein zentraler Bezugspunkt und Identifikationspunkt. Whistleblower*innen die dessen Verschwiegenheit beschädigen verlieren nicht nur dieses wichtige Angebot, sie werden auch automatisch aus der Mitte der Gemeinschaft ausgeschlossen und von den restlichen Menschen in der Gefahrengemeinschaft als Gefahr angesehen. Somit kommt es nicht selten zu Mobbing oder anderen Anfeindungen die Whistleblower*innen ernsthaften psychischen Schaden zufügen können und die außerdem eine abschreckende Wirkung für potentielle weitere Whistleblower*innen haben. Daher brauchen Polizist*innen die gegen Kolleg*innen aussagen besonderen Schutz.

Bei der Polizei sind Whistleblower Kameradenschweine, Verräter. Schlimmer, als eine Straftat zu verüben, ist es bei der Polizei immer noch, den Kollegen ans Messer zu liefern.

Rafael Behr (Prof. für Polizeiwissenschaften) im SZ Interview;

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizeikultur-in-deutschland-bei-der-polizei-gelten-whistleblower-als-kameradenschweine-1.2485586>

Radbruch'sche Formel - Als selten eingesetzte Möglichkeit für Richter*innen, Angeklagte nicht nach dem gültigen Gesetz zu verurteilen bietet die Radbruch'sche Formel für die Judikative die Möglichkeit zugunsten der Gerechtigkeit zu urteilen. Vor allem in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte kam die Radbruch'sche Formel hauptsächlich in den Mauerschützenprozessen zur Anwendung. In Bezug auf die Polizeiarbeit soll mit ihr ermöglicht werden, dass Polizist*innen notfalls auch Befehle verweigern können. Als hypothetisches Beispiel wäre die Lage an der griechischen Grenze im März 2020 zu nennen. Dort sind nachweislich griechische Polizist*innen an unrechtmäßigen Rückführungen von Flüchtenden beteiligt. Mithilfe der Radbruch'schen Formel könnte eine Person der griechischen Polizei beispielsweise das Fahren eines der nicht-markierten Transporter verweigern. Bei einem Verfahren wegen Befehlsverweigerung kann sich diese Person dann auf die Radbruch'sche Formel berufen, da der Befehl zur illegitimen Rückführung zu keiner Zeit den Anspruch hat, Gewalt zu verhindern.

Repressionsdienstleistung – Polizeiliche Maßnahmen wie Platzverweise oder Identitätsfeststellungen können quasi willkürlich angewandt werden. Wenn man diese dann auch noch von der von Repression betroffenen Person bezahlen lässt, ermöglicht man eine signifikante und doppelte Schikane unschuldiger Menschen. Gegen die Kostenerhebung kann man sich zwar anwaltlich wehren, jedoch fehlt vielen Menschen in besonders verletzlichen Lebenssituationen oftmals der Zugang zu anwaltlicher Hilfe. Eben diese Menschen sind außerdem besonders gefährdet, da sie meist nicht über genug finanzielle Ressourcen verfügen, um problemlos den Kostenerhebungen Folge zu leisten. Konstruieren wir beispielsweise eine arbeitslose Antifaschistin. Sie will zu einer Demonstration in Bayern anreisen und wird noch im Bahnhof von der Polizei aufgehalten. Weil der Bahnhof als besonders gefährdeter Ort festgelegt wurde, darf die Polizei im Bahnhof nach Belieben Identifizierungen durchführen. Die Antifaschistin hat aber ihren Ausweis vergessen und muss deshalb eine Identitätsfeststellung über sich ergehen lassen. Dafür erhebt die Bundespolizei laut neuer Kostentabelle 53,75 Euro. Die Antifaschistin hat sich nichts zuschulden kommen lassen aber muss nun rund 12% des Hartz-IV Regelsatz zahlen. (<https://www.gesetze-im-internet.de/bmibgebv/BJNR135900019.html>) Mithilfe dieser Regelung kann die Polizei nun enorme Kosten nach Belieben verursachen. Der Rassismus, welcher sich bereits in racial profiling zeigt, hat also eine neue Ausdrucksmöglichkeit bekommen.

Quellen:

<https://www.grin.com/document/174836>

<https://www.grin.com/document/174862>

<https://kviapol.rub.de/index.php/inhalte/zwischenbericht>

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizeikultur-in-deutschland-bei-der-polizei-gelten-whistleblower-als-kameradenschweine-1.2485586>

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-12/Q%26A%20Kennzeichnungspflicht-fuer-die-Polizei-in-Deutschland-Nov%202017_0.pdf

<https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/wer-einen-polizeieinsatz-verursacht-muss-zahlen-1138380202.html>

<https://www.gesetze-im-internet.de/bmibgebv/BJNR135900019.html>

D01NEU Polizei – Demokratie statt Gewalt!

Antragsteller*in: Jusos Chemnitz

Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Der Landesvorstand der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag
2 der SPD Sachsen weiterleiten:

3 Als politisch aktive und in besonderem Maße politisch exponierte Menschen ist
4 für uns der Kontakt mit der Polizei keine Seltenheit. Dabei erleben wir neben
5 vielen guten Kontakten immer wieder Situationen, in denen Vertreter*innen der
6 Exekutive die ihnen gegebene Macht missbrauchen oder die Befugnisse, Gewalt
7 anzuwenden, in unangemessenem Maße ausreizen. Für uns ist klar, dass politisch
8 aktive Menschen, Menschen in besonders verletzbaren Situationen oder einfach
9 Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, bei
10 jedem Kontakt mit dem Staat unbedingt in Sicherheit sein müssen. Dass die
11 Realität leider oftmals von diesem Ideal abweicht, besorgt uns und veranlasst
12 uns, folgende Erkenntnisse, zu beschließen:

13 1. Das Problem heißt Machtmissbrauch! – Unhinterfragte und unkontrollierte
14 Machtpositionen führen oftmals zu Machtmissbrauch. Darum muss jede Machtposition
15 hinterfragt und kontrolliert werden.

16 2. Checks and Balances – Staatliche Gewalt muss demokratischer Kontrolle
17 unterliegen. Dafür benötigt es eines gesellschaftlichen Bewusstseins.

18 3. Zum Gewaltmonopol – Die vorderste Rolle der Polizei ist die Aufrechterhaltung
19 der gesetzlichen Ordnung, auch unter der situationsabhängigen, gezielten
20 Anwendung von Gewalt. Damit schützt die Polizei aber auch oftmals die Ursprünge
21 struktureller Gewalt und steht aktiv gegen emanzipatorische Bewegungen. Diese
22 Rolle der Polizei muss offen hinterfragt werden und darf nicht als gegeben
23 beziehungsweise frei von Kritik akzeptiert werden.

24 Als folgerichtige Konsequenzen fordern wir deshalb:

25 - Um die Bildung von sogenannten Gefahrengemeinschaften und damit die
26 Entwicklung einer Korpsgeist-Mentalität zu behindern, müssen die

27 Einsatzhundertschaften regelmäßig personell gemischt werden. Zukünftig sollen
28 deshalb sämtliche Einsatzhundertschaften samt ihrer untergeordneten Strukturen
29 in regelmäßigen Abständen aufgelöst und personell neu aufgebaut werden. Wenn
30 eine mangelnde Personaldichte die Mischung mehrerer Einsatzhundertschaften nicht
31 zulässt, sollen die Züge innerhalb der Hundertschaften reorganisiert werden. Die
32 Wahl der Länge des Reorganisationszyklus darf nicht so ausfallen, dass sie die
33 Arbeitsfähigkeit der Polizeikräfte in signifikantem Maße beeinträchtigt.

34 - Die Arbeit in einem streng hierarchischen Umfeld und bei täglicher
35 Konfrontation mit Gewalt, Schmerz und Leid stumpft ab. Ungeachtet der
36 persönlichen Gemütswelt einzelner Polizeibeamte ist klar, dass die Arbeit als
37 ausführende Gewalt des Staates eine besondere Belastung darstellt, der auf
38 unterschiedlichen Ebenen begegnet werden muss. Wir fordern daher, dass die
39 Personalausstattung aller Polizeistandorte und Reviere so gestaltet wird, dass
40 genügend Ruhe- und Erholungszeiten nach Einsätzen im Außendienst realisiert
41 werden können, um so möglichen Stresserfahrungen zu begegnen. Gegebenenfalls
42 muss hierfür die Einstellungskorridor für die notwendigen Dienstgrade weiter
43 erhöht werden. Neben einer angemessenen personellen Ausstattung ist es jedoch
44 auch notwendig, dass deeskalative Kommunikationsansätze vermehrt Eingang in den
45 polizeilichen Alltag finden. Diese gilt es im Kontext von Aus- und
46 Weiterbildungen verstärkt zu vermitteln, um so den Beamt*innen Alternativen zur
47 Gewaltanwendung in angespannten Situationen an die Hand zu geben. Es muss
48 während der gesamten Dienstdauer für Beamt*innen klar sein, dass Gewalt die
49 Ultima Ratio darstellt und erst nach einem Scheitern von deeskalativen
50 Lösungsansätzen Anwendung finden darf. Zusätzlich soll eine verpflichtende
51 psychologische Aufarbeitung der im Einsatz erfahrenen Situationen etabliert
52 werden.

53 - Polizeibeamte welche über illegitime Gewaltanwendung durch Kolleg*innen
54 aussagen, verdienen unseren Schutz. Die derzeitigen Schutzmaßnahmen für Polizei-
55 Whistleblower reichen nicht aus. Daher muss ein umfassendes Angebot geschaffen
56 werden, was die Sicherheit und Anonymität von Polizei-Whistleblower
57 gewährleistet. Angesiedelt werden muss die Koordination dieser Maßnahmen bei
58 einer noch zu schaffenden unabhängigen Beschwerdestelle für Polizeigewalt.
59 Dieses Angebot muss auch beinhalten, dass eine unabhängige Beratungsstelle für
60 Polizist*innen entsteht, die potentielle Whistleblower*innen betreut und schon
61 vor der Aussage schützt.

62 - Die Rechtsprechung angewandte „Radbruch'sche Formel“ muss in die Welt der
63 Exekutive übersetzt werden. Demnach haben Polizeibeamte das Recht zur
64 Befehlsverweigerung wenn die Befehle entweder nicht den Anspruch haben, Gewalt
65 zu verhindern, oder wenn durch die Ausführung des Befehls unerträgliches Leid
66 geschehen würde. Die Interpretation dieser Verleumdungs- und
67 Unerträglichkeitsformeln obliegt im Zweifelsfall dem Gericht. Die Radbruch'sche
68 Formel muss auch zentraler Teil der Ausbildung von Polizeibeamten werden um
69 ihren Missbrauch unwahrscheinlicher zu machen.

70 Dazu sollen die folgenden Punkte für die Polizei im Freistaat Sachsen umgesetzt
71 werden:

- 72 1. Kontaktpolizist*innen sollen Ihren Dienst ohne tödliche Schusswaffe
73 leisten. Selbstverständlich gilt dies nur für den gewöhnlichen Dienst, in
74 Ausnahmefälle, oder wenn die Waffe zu Demonstrationszwecken benötigt wird,
75 müssen hier Ausnahmeregelungen geschaffen werden.

- 76 2. Bei Demonstrationen sollen Polizistinnen keine tödlichen Schusswaffen mehr
77 tragen, sofern es nicht eine konkrete Bedrohungslage gibt, die
78 Schusswaffen nötig macht, oder gar durch anderes ersetzt werden kann.
79 Insbesondere bei den Polizistinnen, welche bei Demonstrationen eingesetzt
80 werden, muss aber gelten: Diese Beamt*innen verteidigen im Zweifel unsere
81 Demokratie. Es darf nicht sein, dass sie dabei durch das Wegfallen der
82 Schusswaffe einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind. Deshalb sollte in
83 regelmäßigen Abständen eine Überprüfung der passiven Bewaffnung
84 (Schutzwesten gegen Hiebe, Stiche, Schüsse / Schutzschilder etc.)
85 stattfinden und diese ggf. angepasst werden.

- 86 3. Die Verwendung von Elektro-Taser, soll untersagt werden. In der Regel
87 hinterlassen diese Taser zwar keine langwierigen Folgen, können aber
88 tödlich sein für Menschen mit Herzproblemen. Um den getroffenen Mensch vor
89 körperlichen Schäden, die*den ausführenden Beamt*in vor psychischen
90 Folgeschäden zu schützen, sollen Elektro-Taser einen ähnlichen Stellenwert
91 wie eine Schusswaffe einnehmen.

92 Insbesondere bei den Polizist*innen, welche bei Demonstrationen eingesetzt
93 werden, muss aber gelten: Diese Beamt*innen verteidigen im Zweifel unsere
94 Demokratie. Es darf nicht sein, dass sie dabei durch das Wegfallen der
95 Schusswaffe einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind. Deshalb sollte in
96 regelmäßigen Abständen eine Überprüfung der passiven Bewaffnung (Schutzwesten
97 gegen Hiebe, Stiche, Schüsse / Schutzschilder etc.) stattfinden und diese ggf.
98 angepasst werden.

99 - Die Ausweisung von Repressionsmaßnahmen als Dienstleistungen der Polizei
100 lehnen wir entschieden ab. Für uns ist es untragbar, dass von Repressionen
101 betroffene Menschen mit Kosten für ihre Repression zusätzlich belastet werden.
102 Diese Art der Bestrafung trifft in überproportionalem Maße arme Menschen und ist
103 deshalb kein probates Mittel zur Finanzierung von Polizeiarbeit. Darum fordern
104 wir ein Verbot der Erhebung von Kosten für Repressionsmaßnahmen durch die
105 Polizei.

106 - Perspektivisch soll sowohl die Präsenz als auch der Aufgabenbereich der
107 Polizei klarer vom Tätigkeitsfeld und Auftreten anderer staatlicher
108 Institutionen wie dem Ordnungsamt getrennt werden. Denn die zunehmende optische
109 Angleichung der Ordnungsämter und des Polizeivollzugsdienstes führt nur zu
110 Unklarheiten innerhalb der Bevölkerung, mit welchen Beamt*innen man es jeweils
111 zu tun hat und somit zu Unsicherheit und Vertrauensverlust. Sowohl bei den
112 Uniformen als auch Fahrzeugen ist deshalb auf eine erkennbare Trennung zwischen
113 beiden Behörden zu achten. Daneben lassen sich aber einige Aufgabenbereiche, die
114 bisher in Verantwortung der Polizei lagen, auch dem Ordnungsamt übertragen. So
115 wäre es z.B. möglich, Verkehrskontrollen und die Aufnahme von Unfällen und
116 Verkehrsdelikten innerorts von den jeweiligen Ordnungsämtern durchführen zu
117 lassen, da diese auch bereits für den ruhenden, nicht aber den fließenden
118 Verkehr zuständig sind. Die durch die Übertragung gewonnenen Kapazitäten können
119 wiederum für eine notwendige Entlastung der Vollzugspolizei genutzt werden,
120 wodurch sich, wie oben beschrieben, potenzielle Gewaltausbrüche durch die
121 Reduzierung von Überlastung vermeiden lassen. Daneben ermöglicht es den
122 Beamt*innen, sich wieder stärker auf ihre eigentliche Kernkompetenzen wie der
123 Aufklärung und Bekämpfung von Kriminalität zu konzentrieren.

Begründung

Viele Jusos beteiligen sich aktiv am zivilgesellschaftlichen Demonstrationsgeschehen in Sachsen und stehen dabei mit ihren Körpern für all die Grundwerte auf der Straße, die wir in unserer politischen Arbeit verkörpern. Dabei werden viele von uns selbst Opfer oder Zeug*in von Polizeigewalt oder ungerechtfertigten Polizeimaßnahmen. Da wir als progressiver Richtungsverband in der SPD die aktuellen Zustände anprangern und ändern wollen, bemerken wir darüber hinaus besonders, dass die Institution Polizei eine grundlegend konservative Position einnimmt. Ob Polizist*innen auf Demonstrationen Faschist*innen und Neonazis schützen, per racial profiling oftmals PoC in Gefahr bringen oder wie im Fall Oury Jalloh sowie dem NSU-Komplex aus rassistischen Motiven selbst zu (Mit-)Täter*innen werden, die Polizei als ganze bedarf grundlegenden Reformen.

Reorganisation – Bei Verfahren gegen Polizeibeamte, die unverhältnismäßig Gewalt anwenden, kommt es in der absoluten Mehrzahl der Fälle dazu, dass die Kolleg*innen entweder nichts gesehen haben oder aktiv decken. Das ist darauf zurückzuführen, dass die besondere hierarchische Struktur der Polizei und die tägliche Befassung mit Gewalt zur Ausbildung einer sogenannten „Gefahrgemeinschaft“ mitsamt Korpsgeist führt. Wie schwer es ist Ermittlungen gegen Polizeibeamte zu führen wird oft mit der sogenannten „Mauer des Schweigens“ dargestellt. Gründe hierfür sind, wie oben bereits erwähnt der Schutz der Gefahrgemeinschaft vor Gefahren von außen, sowie gleichzeitig die Sicherung der eigenen Loyalität in der Gruppe. Ein Verlust dieser Loyalität hätte für den Einzelnen verheerende Auswirkungen und würde ihm die Möglichkeit nehmen in der Gruppe weiterhin Dienst zu versehen. Er würde aus der Gefahrgemeinschaft ausgeschlossen werden, was für ihn zur Folge hat, dass er von seinem eigenen Utopia ausgeschlossen wird.

[Kai Seidensticker (Autor), 2011, Korpsgeist und Polizei, München, GRIN Verlag,
<https://www.grin.com/document/174862>]

Identifikation – Polizeibeamte sind auch im Dienst Menschen. Menschen sind fehlerhaft und machen Fehler,

jedoch müssen sich Menschen in einer Gesellschaft auch dafür verantworten. Besonders, wenn sie in privilegierten Positionen sind, wie im Polizeidienst mit dem staatlichen Gewaltmonopol in der Hand, müssen diese Menschen verantwortlich für ihre Handlungen sein. Sie geben beim Dienstantritt weder ihre Menschlichkeit noch ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft ab und müssen sich daher auch deren Maßstäben unterwerfen. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, muss während einer polizeilichen Maßnahme sowie im Nachhinein offensichtlich sein, wer gerade das staatliche Gewaltmonopol ausführt. Ebenso wie Menschen in einer Maßnahme nicht das Recht auf Anonymität haben, haben die durchführenden Beamten ebenso kein Recht auf Anonymität. Die Angst vor Vergeltungsaktionen gegen Polizist*innen im privaten Bereich der Person sind konstruiert und hinfällig. Zum einen wird auch mit individuellen Identifikationsmerkmalen die Polizei zuerst als abstrakte Masse wahrgenommen, zum anderen gibt es weder aus deutschen Bundesländern mit individuellen Kennzeichnungen noch aus Ländern wie Estland, Großbritannien, den USA, Kanada oder Spanien derartige Erfahrungen.

Vgl.

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-12/Q%26A%20Kennzeichnungspflicht-fuer-die-Polizei-in-Deutschland-Nov%202017_0.pdf

Gewaltanwendungsstopp – Der Polizeiberuf stumpft ab und steigert nachweislich die soziale Dominanzorientierung. Wer im Polizeidienst arbeitet, vor allem in Einsatzhundertschaften, erfährt fast täglich Ausnahmesituationen und Gewalt. Daher ist eine maximale Arbeitszeit in mit Gewalt arbeitenden Dienstfeldern notwendig, um das Risiko für unzulässiges Verhalten von Polizeibeamten zu verringern.

Whistleblower schützen – Polizei-Whistleblower*innen sind Polizist*innen, die in (Disziplinar)Verfahren gegen ihre Kolleg*innen aussagen. Wie im Abschnitt zum Korpsgeist erwähnt, ist die Gefahrengemeinschaft für viele Polizist*innen ein zentraler Bezugspunkt und Identifikationspunkt. Whistleblower*innen die dessen Verschwiegenheit beschädigen verlieren nicht nur dieses wichtige Angebot, sie werden auch automatisch aus der Mitte der Gemeinschaft ausgeschlossen und von den restlichen Menschen in der Gefahrengemeinschaft als Gefahr angesehen. Somit kommt es nicht selten zu Mobbing oder anderen Anfeindungen die Whistleblower*innen ernsthaften psychischen Schaden zufügen können und die außerdem eine abschreckende Wirkung für potentielle weitere Whistleblower*innen haben. Daher brauchen Polizist*innen die gegen Kolleg*innen aussagen besonderen Schutz.

Bei der Polizei sind Whistleblower Kameradenschweine, Verräter. Schlimmer, als eine Straftat zu verüben, ist es bei der Polizei immer noch, den Kollegen ans Messer zu liefern.

Rafael Behr (Prof. für Polizeiwissenschaften) im SZ Interview;

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizeikultur-in-deutschland-bei-der-polizei-gelten-whistleblower-als-kameradenschweine-1.2485586>

Radbruch'sche Formel - Als selten eingesetzte Möglichkeit für Richter*innen, Angeklagte nicht nach dem gültigen Gesetz zu verurteilen bietet die Radbruch'sche Formel für die Judikative die Möglichkeit zugunsten der Gerechtigkeit zu urteilen. Vor allem in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte kam die Radbruch'sche Formel hauptsächlich in den Mauerschützenprozessen zur Anwendung. In Bezug auf die Polizeiarbeit soll mit ihr ermöglicht werden, dass Polizist*innen notfalls auch Befehle verweigern können. Als hypothetisches Beispiel wäre die Lage an der griechischen Grenze im März 2020 zu nennen. Dort sind nachweislich griechische Polizist*innen an unrechtmäßigen Rückführungen von Flüchtenden beteiligt. Mithilfe der Radbruch'schen Formel könnte eine Person der griechischen Polizei beispielsweise das Fahren eines der nicht-markierten Transporter verweigern. Bei einem Verfahren wegen Befehlsverweigerung kann sich diese Person dann auf die Radbruch'sche Formel berufen, da der Befehl zur illegitimen Rückführung zu keiner Zeit den Anspruch hat, Gewalt zu verhindern.

Repressionsdienstleistung – Polizeiliche Maßnahmen wie Platzverweise oder Identitätsfeststellungen können quasi willkürlich angewandt werden. Wenn man diese dann auch noch von der von Repression betroffenen Person bezahlen lässt, ermöglicht man eine signifikante und doppelte Schikane unschuldiger Menschen. Gegen die Kostenerhebung kann man sich zwar anwaltlich wehren, jedoch fehlt vielen Menschen in besonders verletzlichen Lebenssituationen oftmals der Zugang zu anwaltlicher Hilfe. Eben diese Menschen sind außerdem besonders gefährdet, da sie meist nicht über genug finanzielle Ressourcen verfügen, um problemlos den Kostenerhebungen Folge zu leisten. Konstruieren wir beispielsweise eine arbeitslose Antifaschistin. Sie will zu einer Demonstration in Bayern anreisen und wird noch im Bahnhof von der Polizei aufgehalten. Weil der Bahnhof als besonders gefährdeter Ort festgelegt wurde, darf die Polizei im Bahnhof nach Belieben Identifizierungen durchführen. Die Antifaschistin hat aber ihren Ausweis vergessen und muss deshalb eine Identitätsfeststellung über sich ergehen lassen. Dafür erhebt die Bundespolizei laut neuer Kostentabelle 53,75 Euro. Die Antifaschistin hat sich nichts zuschulden kommen lassen aber muss nun rund 12% des Hartz-IV Regelsatz zahlen. (<https://www.gesetze-im-internet.de/bmibgebv/BJNR135900019.html>) Mithilfe dieser Regelung kann die Polizei nun enorme Kosten nach Belieben verursachen. Der Rassismus, welcher sich bereits in racial profiling zeigt, hat also eine neue Ausdrucksmöglichkeit bekommen.

Quellen:

<https://www.grin.com/document/174836>

<https://www.grin.com/document/174862>

<https://kviapol.rub.de/index.php/inhalte/zwischenbericht>

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizeikultur-in-deutschland-bei-der-polizei-gelten-whistleblower-als-kameradenschweine-1.2485586>

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-12/Q%26A%20Kennzeichnungspflicht-fuer-die-Polizei-in-Deutschland-Nov%202017_0.pdf

<https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/wer-einen-polizeieinsatz-verursacht-muss-zahlen-1138380202.html>

<https://www.gesetze-im-internet.de/bmibgebv/BJNR135900019.html>

D02 Schluss mit ABCD-Waffen: Achtung von Digitalwaffen.

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 *Die Jusos Sachsen mögen beschließen und über den Landesparteitag den*
2 *Bundeskongress an die Bundesparteitag weiterleiten.*

3 Nie wieder Krieg durch Deutschland. Das gilt auch im Internet. Daher lehnen wir
4 den Einsatz von digitalen Angriffswaffen konsequent, absolut und ohne Ausnahme
5 ab. Digitale Angriffswaffen sind im Sinne einer Zusatzvereinbarung zum Genfer
6 Protokoll weltweit zu ächten.

7 Der Einsatz und das Vorhalten digitaler Waffen durch staatliche wie private
8 Institutionen muss strengstens untersagt und geahndet werden.

9 Digitale Angriffswaffen unterliegen im Vergleich zu bislang bekannten
10 Kriegswaffen im Besonderen dem Risiko der Proliferation – der unbeabsichtigten
11 Weitergabe an Dritte. So geschehen bei der Schadsoftware Wannacry, da digitale
12 Angriffswerkzeuge ohne großen Aufwand vervielfältigt werden können.

Defensive IT-Sicherheitsstrategie

14 Im digitalen Raum ist es erstmals theoretisch möglich, über rein defensive
15 Maßnahmen vollständige Sicherheit für alle zu erzeugen. Jegliche digitale
16 Angriffswerkzeuge gefährden im Gegensatz dazu immer die IT-Sicherheit für alle,
17 da diese immer auf bewusst nicht geschlossenen Sicherheitslücken in IT-Systemen
18 basieren, anstatt diese zu schließen. Wir fordern daher eine konsequente
19 defensive IT-Strategie, die zum Ziel hat Sicherheitslücken zu schließen, die
20 Bevölkerung im IT-Bereich zu qualifizieren und alle digitalen Geräte konsequent
21 zu schützen.

22 Im gleichen Zug müssen staatliche Allmachtsfantasien von Kryptografie-Verboten,
23 staatliche Backdoors oder Rückangriffe über HackBacks dringend unterbunden
24 werden. Es ist nicht möglich, dass solche Werkzeuge existieren, ohne dass
25 zusätzliche Angriffsvektoren für böswillige Absichten existieren. Diese können
26 damit niemals Teil einer defensiven IT-Sicherheitsstrategie sein.

27

Abgrenzung zum „Hacken“

28

Von der Herstellung und dem Einsatz digitaler Waffen ist das bewusste oder

29

unbewusste Auffinden bzw. „erhacken“ von sicherheitsrelevanten Lücken in IT-

30

Systemen abzugrenzen. Verbunden mit einer Meldepflicht für gefundene

31

Sicherheitslücken ist dies ein Dienst im Sinne der Zivilcourage und muss fester

32

Bestandteil einer defensiven IT-Sicherheitsstrategie sein. Dies zieht eine

33

entsprechende Anpassung des „Hacker-Paragrafen“ §202c StGB nach sich.

D02NEU Schluss mit ABCD-Waffen: Achtung von Digitalwaffen.

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Nie wieder Krieg durch Deutschland. Das gilt auch im Internet. Daher lehnen wir
2 den Einsatz von digitalen Angriffswaffen konsequent, absolut und ohne Ausnahme
3 ab. Digitale Angriffswaffen sind im Sinne einer Zusatzvereinbarung zum Genfer
4 Protokoll weltweit zu ächten.

5 Der Einsatz und das Vorhalten digitaler Waffen durch staatliche wie private
6 Institutionen muss strengstens untersagt und geahndet werden.

7 Digitale Angriffswaffen unterliegen im Vergleich zu bislang bekannten
8 Kriegswaffen im Besonderen dem Risiko der Proliferation – der unbeabsichtigten
9 Weitergabe an Dritte. So geschehen bei der Schadsoftware Wannacry, da digitale
10 Angriffswerkzeuge ohne großen Aufwand vervielfältigt werden können.

11 Defensive IT-Sicherheitsstrategie

12 Im digitalen Raum ist es erstmals theoretisch möglich, über rein defensive
13 Maßnahmen vollständige Sicherheit für alle zu erzeugen. Jegliche digitale
14 Angriffswerkzeuge gefährden im Gegensatz dazu immer die IT-Sicherheit für alle,
15 da diese immer auf bewusst nicht geschlossenen Sicherheitslücken in IT-Systemen
16 basieren, anstatt diese zu schließen. Wir fordern daher eine konsequente
17 defensive IT-Strategie, die zum Ziel hat Sicherheitslücken zu schließen, die
18 Bevölkerung im IT-Bereich zu qualifizieren und alle digitalen Geräte konsequent
19 zu schützen.

20 Im gleichen Zug müssen staatliche Allmachtsfantasien von Kryptografie-Verboten,
21 staatliche Backdoors oder Rückangriffe über HackBacks dringend unterbunden
22 werden. Es ist nicht möglich, dass solche Werkzeuge existieren, ohne dass
23 zusätzliche Angriffsvektoren für böswillige Absichten existieren. Diese können
24 damit niemals Teil einer defensiven IT-Sicherheitsstrategie sein.

25

Abgrenzung zum „Hacken“

26 Von der Herstellung und dem Einsatz digitaler Waffen ist das bewusste oder
27 unbewusste Auffinden bzw. „erhacken“ von sicherheitsrelevanten Lücken in IT-
28 Systemen abzugrenzen. Verbunden mit einer Meldepflicht für gefundene
29 Sicherheitslücken ist dies ein Dienst im Sinne der Zivilcourage und muss fester
30 Bestandteil einer defenisven IT-Sicherheitsstrategie sein. Dies zieht eine
31 entsprechende Anpassung des „Hacker-Paragraphen“ §202c StGB nach sich.

D03NEU8 #WeAreAntifa - Demokratie in Sachsen verteidigen

Antragsteller*in: Landesvorstand / Sophie Koch

Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Sächsische Verhältnisse - eine Beschreibung, eine Frage und ein Appell zugleich.
2 Sachsen hat ein Nazi-Problem, egal wie viele Konservative versuchen, das
3 wegzureden. Sachsen ist das Bundesland, in dem zu Christi Himmelfahrt an
4 mehreren Orten Hitlergrüße gezeigt und eine Gruppe Polizeibeamter angegriffen
5 wird. Sachsen ist das Bundesland, in dem sich rechte Terrorgruppen wie
6 "Revolution Chemnitz" oder die "Gruppe Freital" gründeten. Sachsen ist das
7 Bundesland, in dem sich rechte Prepper Kriegswaffen organisieren können und der
8 Verfassungsschutz überrascht ist, wenn Journalist*innen ein solches Netzwerk
9 aufdecken. Sachsen ist das Bundesland, in dem Demonstrationen gegen Corona-
10 Maßnahmen fast immer von Rechtsradikalen angemeldet und durchgeführt werden.
11 Sachsen hat ein Nazi-Problem und wir wollen das nicht länger hinnehmen.

12 Die SPD und die Jusos Sachsen sind antifaschistisch. Es ist unsere Aufgabe, die
13 Demokratie in Sachsen gegen die Feinde von Rechts zu verteidigen. Diese Aufgabe
14 schaffen wir nicht nur allein politisch und parlamentarisch. Wir arbeiten daher
15 in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, wir demonstrieren, wir halten im Alltag
16 dagegen.

17 Aber auch politisch und gesellschaftlich wollen wir einiges ändern:

18 Starker Staat gegen Rechte Gewalt und Rechtsterrorismus

19 Nazis lassen sich nicht von Argumenten überzeugen der beschwichtigen.
20 Rechtsradikale Netzwerke und Gruppen müssen konsequent zerschlagen, verboten und
21 vor Gericht gebracht werden. Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen hier
22 endlich ihren Job tun. Es kann nicht sein, dass lokale antifaschistische
23 Strukturen mehr Wissen über Aktivitäten von Nazigruppen, als die Polizei oder
24 der Verfassungsschutz.

25 Die Zerschlagung von Rechte Gruppen geht aber auch im Kleinen. Zum Beispiel,
26 indem man Kommunen berät, wie sie rechtsextreme Veranstaltungen systematisch
27 erkennen und Immobiliennutzungen verhindern können.

28 Reichsbürger entwaffnen & Verschwörungsmymthen aufdecken

29 Im März 2019 hat der Innenminister Horst Seehofer erstmals eine Reichbürger-
30 Gruppierung verboten.1) Auch in Sachsen leben über 1000 Menschen, die der
31 Reichsbürger-Szene zugeordnet werden können. Diese Menschen lehnen nicht nur
32 unsere Verfassung ab, sie sind auch oft bewaffnet. Eine Konsequente Entwaffnung
33 von diesen Rechtsradikalen ist daher unabdingbar.

34 Aktuell verbreiten sich viele Verschwörungsmymthen im Netz aber auch auf der
35 Straße. Diese sind strukturell, und auch immer öfter offen, antisemitisch,
36 fabulieren von einer vermeintlichen "zionistischen Weltverschwörung" und machen
37 Jüd*innen für die aktuelle Krisenlage verantwortlich. Hier gilt es nicht nur, zu
38 widersprechen und argumentativ gegenzuhalten, sondern auch zu handeln, wenn
39 solche Mymthen zu Gewaltaufrufen und Drohungen führen.

40 Burschis anfechten - Preppern das Spielzeug wegnehmenNach Recherchen der taz,
41 welche Anfang Juni veröffentlicht wurden, haben sich rechtsradikale
42 Burschenschaftler im Umfeld Leipzigs auf einen "Rassenkrieg" vorbereitet.
43 Ausgerüstet mit Kriegswaffen wollten diese Reservisten der Bundeswehr
44 Andersdenkende und Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen,
45 töten. Wir sind schockiert. Der Staat darf nicht weiter zusehen, wie Nazis und
46 Rassist*innen immer offener Freiheit und Gerechtigkeit angreifen.Deshalb fordern
47 wir, die Burschenschaft Germania aus Leipzig zu verbieten. Gerade in den
48 schlagenden Burschenschaften gehören Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und
49 Nationalismus fast immer zum gemeinsamen Zusammenleben dazu. Wir sehen unsere
50 Aufgabe darin diese Männerbünde aufzubrechen. Rechte Studierende haben an
51 unseren Unis und Hochschulen nichts verloren, ihnen dürfen keine Räume und Foren
52 gegeben werden. Rechte Professor*innen müssen, soweit möglich, aus dem Dienst
53 entfernt werden. Freiheit, Ehre, Vaterland? Unsere Antwort: Widerstand!

54 Den Demokrat*innen zuhören - Nicht mit Rechten reden

55 Neurechte Bewegungen wie Pegida & Co sowie die immer wieder in Talkshows
56 eingeladene AfD haben gezeigt, dass Rechtsradikale nicht an demokratischen
57 Diskursen teilnehmen wollen, sondern, dass es ihr Ziel ist, die öffentlichen
58 Debatten und Diskurse inhaltlich zu bestimmen und umzudeuten.

59 Es macht einen Unterschied, ob Rechtsradikale, wie im Falle der AfD, sprechen
60 dürfen, weil sie demokratisch gewählt wurden, oder ob Verschwörungstheorien und
61 rechtem Gedankengut extra eine Bühne gegeben wird. Wir lehnen es deshalb ab,
62 dass immer wieder Gesprächsangebote und Runde Tische für sogenannte Besorgte
63 Bürger einberufen werden, während Tausende Demonstrierende von
64 antifaschistischen und progressiven Bündnissen genauso wenig Gehör finden, wie
65 zu Beispiel Erzieher*innen, Verkäufer*innen, Pflegekräfte oder Kinder und
66 Jugendliche.

67 Nicht nur im Rahmen der Corona-Krise sondern auch darüber hinaus bieten die
68 Jusos und die SPD Sachsen ihre Gesprächsbereitschaft denen an, die sich für
69 Demokratie einsetzen und nicht denen, die willentlich und wissentlich neben
70 Nazis und Verschwörungsmystiker*innen auf der Straße demonstrieren.

71 Die AfD Entzaubern funktioniert nicht. Deshalb sollte jede*r Genoss*in genau
72 prüfen, wann es sinnvoll oder vielleicht notwendig ist im Rahmen einer
73 Veranstaltung mit Vertreter*innen der AfD zu diskutieren und wann eine Teilnahme
74 an einer solchen Diskussion sinnvoller wäre.

75 Umgang mit Rechtsradikalen in Polizei, VS und Justiz

76 Die Polizei, dein Freund und Helfer - ein Satz den viele Aktivist*innen in
77 Sachsen niemals unterschreiben würden. Gründe dafür finden sich im aggressiven
78 Verhalten der sächsischen Polizei gegenüber linken Demonstrationen, in der
79 Anonymität, die Fehler seitens der Polizei kaschieren lässt oder im Racial
80 Profiling der Einsatzkräfte.

81 Dabei handelt es sich bei der Polizei nicht um einzelne Fehler oder Unwissenheit
82 der Beamten. Immer wieder ist die Sächsische Polizei konfrontiert, mit
83 rassistischen Aussagen ihrer Mitglieder, mit Polizeigewalt, die ihre Beamte
84 ausführen oder mit internen Chatgruppen, die eindeutig rechtsradikale Gedanken
85 verbreiten. Auch in der Justiz gibt es solche Vorfälle.

86 Ein wegen eines rechten Angriff ins Leipzig verurteilter Jura-Referendar darf in
87 Sachsen trotzdem Volljurist werden. 2)

88 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst jedoch nichts verloren. Polizei,
89 Bundeswehr und Justiz müssen handeln und alle Maßnahmen ergreifen, um keine
90 Rechtsradikalen in ihren eigenen Reihen zu haben. Generell benötigt es auch
91 innerhalb der Sicherheitsbehörden mehr Sensibilisierung für Rassismus, mehr
92 Verständnis und Kenntnis von unserer Demokratie und eine bessere Fehlerkultur.

93 Lange fordern wir deshalb eine wirklich unabhängige Beschwerdestelle oder eine
94 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und werden da auch nicht nachlassen.

95 Rassismus in Bildungseinrichtungen thematisieren

96 Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist weiß und kann daher keine
97 Rassismuserfahrungen machen. Aber niemand von eben jener Mehrheit ist davon
98 frei, rassistisch zu denken, zu handeln oder zu reden - auch wir Jusos nicht.

99 Rassistische Denk- und Verhaltensmuster müssen in allen Bildungseinrichtungen -
100 von der Kita bis zur Meisterschule behandelt werden. Wir fordern die Überprüfung

101 der sächsischen Lehrpläne dahingehend und die Zusammenarbeit mit Vereinen und
102 Initiativen von BIPOC. Aber nicht nur die Lehrpläne, auch die Arbeitsmaterialien
103 und Lernmittel, wie Schulbücher, Arbeitsblätter und Filme etc. müssen kritisch
104 reflektiert werden.

105
106 **Dazu gehört auch, an Schulen nicht nur über weiße Menschen, sondern auch über**
107 **die Leistungen von BIPOC zu lernen, einschließlich ihrem Kampf für mehr Rechte**
108 **in Deutschland. Zudem müssen auch die deutschen Kolonialverbrechen in der Schule**
109 **thematisiert werden.**

110 Außerdem benötigt es eine weitere Stärkung der Sozialen Arbeit und politischen
111 Bildung an Schulen, um Vorfälle von Rassismus und Diskriminierung an sächsischen
112 Bildungseinrichtungen zu thematisieren.

113 Antifa bleibt Handarbeit - Zivilgesellschaft endlich stärken

114 Im Kampf gegen Rechte Gewalt und Rechtsradikalität braucht es nicht nur
115 staatliche Arbeit sondern vor allem auch eine starke Zivilgesellschaft. Diese
116 wird in Sachsen jedoch seit Jahren klein gehalten, unter Verdacht gestellt oder
117 in ihrer Arbeit verhindert. Das passiert durch Kürzungen von Geldern, durch
118 Repressive Polizeiarbeit auf Demonstrationen und durch die in Sachsen nach wie
119 vor weit verbreitete und längst widerlegte Hufeisentheorie.

120 Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung heißt es: "Wir bekennen uns zu
121 einer starken Zivilgesellschaft, die jeden Tag die Werte unserer Demokratie aufs
122 Neue verteidigt" (S. 66).3) Ein reines Lippebekenntnis reicht und jedoch nicht.
123 Wir fordern, dass Alternative Jugendzentren, Vereine und antifaschistische
124 Projekte langfristig und unbürokratisch gefördert werden. Wir fordern eine
125 Sensibilisierung und ein Umdenken in den Kommunen bei den Versammlungs- und
126 Ordnungsbehörden sowie bei der Polizei in Bezug auf Demonstrationen.

127 Für Menschen, die von Nazis bedroht werden, braucht es endlich die im
128 Koalitionsvertrag vereinbarte zentrale Anlaufstelle die die Drohungen und Ängste
129 der Zivilgesellschaft ernst nimmt. Dass Menschen wie die ehemalige
130 Bürgermeisterin Martina Angermann aufgrund von rechter Hetze ihr Amt
131 niederlegen, darf genauso wenig passieren, wie Drohungen und Hetze im Netz gegen
132 Aktivist*innen.

133
134 Wir geben uns nicht mit den sächsischen Verhältnissen zufrieden. Es gibt kein
135 ruhiges Hinterland! Alerta!

136 1) [https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe-](https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe-hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226)
137 [hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226](https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe-hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226)

138 2) <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf->
139 [Volljurist-werden](https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf-Volljurist-werden)

140 3) <https://www.spd-sachsen.de/schwerpunkte-koav/>

D03NEU9 #WeAreAntifa - Demokratie in Sachsen verteidigen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Sächsische Verhältnisse - eine Beschreibung, eine Frage und ein Appell zugleich.
2 Sachsen hat ein Nazi-Problem, egal wie viele Konservative versuchen, das
3 wegzureden. Sachsen ist das Bundesland, in dem zu Christi Himmelfahrt an
4 mehreren Orten Hitlergrüße gezeigt und eine Gruppe Polizeibeamter angegriffen
5 wird. Sachsen ist das Bundesland, in dem sich rechte Terrorgruppen wie
6 "Revolution Chemnitz" oder die "Gruppe Freital" gründeten. Sachsen ist das
7 Bundesland, in dem sich rechte Prepper Kriegswaffen organisieren können und der
8 Verfassungsschutz überrascht ist, wenn Journalist*innen ein solches Netzwerk
9 aufdecken. Sachsen ist das Bundesland, in dem Demonstrationen gegen Corona-
10 Maßnahmen fast immer von Rechtsradikalen angemeldet und durchgeführt werden.
11 Sachsen hat ein Nazi-Problem und wir wollen das nicht länger hinnehmen.

12 Die SPD und die Jusos Sachsen sind antifaschistisch. Es ist unsere Aufgabe, die
13 Demokratie in Sachsen gegen die Feinde von Rechts zu verteidigen. Diese Aufgabe
14 schaffen wir nicht nur allein politisch und parlamentarisch. Wir arbeiten daher
15 in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, wir demonstrieren, wir halten im Alltag
16 dagegen.

17 Aber auch politisch und gesellschaftlich wollen wir einiges ändern:

18 Starker Staat gegen Rechte Gewalt und Rechtsterrorismus

19 Nazis lassen sich nicht von Argumenten überzeugen der beschwichtigen.
20 Rechtsradikale Netzwerke und Gruppen müssen konsequent zerschlagen, verboten und
21 vor Gericht gebracht werden. Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen hier
22 endlich ihren Job tun. Es kann nicht sein, dass lokale antifaschistische
23 Strukturen mehr Wissen über Aktivitäten von Nazigruppen, als die Polizei oder
24 der Verfassungsschutz.

25 Die Zerschlagung von Rechte Gruppen geht aber auch im Kleinen. Zum Beispiel,
26 indem man Kommunen berät, wie sie rechtsextreme Veranstaltungen systematisch
27 erkennen und Immobiliennutzungen verhindern können. Kommunen müssen handeln,

28 wenn rechtsradikale Einstellungen bei Angestellten im öffentlichen Dienst
29 erkennbar werden und die betroffenen Personen sofort entlassen.

30 Reichsbürger entwaffnen & Verschwörungsmymen aufdecken

31 Im März 2019 hat der Innenminister Horst Seehofer erstmals eine Reichbürger-
32 Gruppierung verboten.1) Auch in Sachsen leben über 1000 Menschen, die der
33 Reichsbürger-Szene zugeordnet werden können. Diese Menschen lehnen nicht nur
34 unsere Verfassung ab, sie sind auch oft bewaffnet. Eine Konsequente Entwaffnung
35 von diesen Rechtsradikalen ist daher unabdingbar.

36 Aktuell verbreiten sich viele Verschwörungsmymen im Netz aber auch auf der
37 Straße. Diese sind strukturell, und auch immer öfter offen, antisemitisch,
38 fabulieren von einer vermeintlichen "zionistischen Weltverschwörung" und machen
39 Jüd*innen für die aktuelle Krisenlage verantwortlich. Hier gilt es nicht nur, zu
40 widersprechen und argumentativ gegenzuhalten, sondern auch zu handeln, wenn
41 solche Mymen zu Gewaltaufrufen und Drohungen führen.

42 Burschis anfechten - Preppern das Spielzeug wegnehmenNach Recherchen der taz,
43 welche Anfang Juni veröffentlicht wurden, haben sich rechtsradikale
44 Burschenschaftler im Umfeld Leipzigs auf einen "Rassenkrieg" vorbereitet.
45 Ausgerüstet mit Kriegswaffen wollten diese Reservisten der Bundeswehr
46 Andersdenkende und Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen,
47 töten. Wir sind schockiert. Der Staat darf nicht weiter zusehen, wie Nazis und
48 Rassist*innen immer offener Freiheit und Gerechtigkeit angreifen. Deshalb fordern
49 wir, die Burschenschaft Germania aus Leipzig zu verbieten. Gerade in den
50 schlagenden Burschenschaften gehören Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und
51 Nationalismus fast immer zum gemeinsamen Zusammenleben dazu. Wir sehen unsere
52 Aufgabe darin diese Männerbünde aufzubrechen. Rechte Studierende haben an
53 unseren Unis und Hochschulen nichts verloren, ihnen dürfen keine Räume und Foren
54 gegeben werden. Rechte Professor*innen müssen, soweit möglich, aus dem Dienst
55 entfernt werden. Freiheit, Ehre, Vaterland? Unsere Antwort: Widerstand!

56 Den Demokrat*innen zuhören - Nicht mit Rechten reden

57 Neurechte Bewegungen wie Pegida & Co sowie die immer wieder in Talkshows
58 eingeladene AfD haben gezeigt, dass Rechtsradikale nicht an demokratischen
59 Diskursen teilnehmen wollen, sondern, dass es ihr Ziel ist, die öffentlichen
60 Debatten und Diskurse inhaltlich zu bestimmen und umzudeuten.

61 Es macht einen Unterschied, ob Rechtsradikale, wie im Falle der AfD, sprechen
62 dürfen, weil sie demokratisch gewählt wurden, oder ob Verschwörungstheorien und
63 rechtem Gedankengut extra eine Bühne gegeben wird. Wir lehnen es deshalb ab,
64 dass immer wieder Gesprächsangebote und Runde Tische für sogenannte Besorgte
65

66 Bürger einberufen werden, während Tausende Demonstrierende von
67 antifaschistischen und progressiven Bündnissen genauso wenig Gehör finden, wie
68 zu Beispiel Erzieher*innen, Verkäufer*innen, Pflegekräfte oder Kinder und
Jugendliche.

69 Nicht nur im Rahmen der Corona-Krise sondern auch darüber hinaus bieten die
70 Jusos und die SPD Sachsen ihre Gesprächsbereitschaft denen an, die sich für
71 Demokratie einsetzen und nicht denen, die willentlich und wissentlich neben
72 Nazis und Verschwörungsmystiker*innen auf der Straße demonstrieren.

73 Die AfD Entzaubern funktioniert nicht. Deshalb sollte jede*r Genoss*in genau
74 prüfen, wann es sinnvoll oder vielleicht notwendig ist im Rahmen einer
75 Veranstaltung mit Vertreter*innen der AfD zu diskutieren und wann eine Teilnahme
76 an einer solchen Diskussion sinnvoller wäre.

77 Umgang mit Rechtsradikalen in Polizei, VS und Justiz

78 Die Polizei, dein Freund und Helfer - ein Satz den viele Aktivist*innen in
79 Sachsen niemals unterschreiben würden. Gründe dafür finden sich im aggressiven
80 Verhalten der sächsischen Polizei gegenüber linken Demonstrationen, in der
81 Anonymität, die Fehler seitens der Polizei kaschieren lässt oder im Racial
82 Profiling der Einsatzkräfte.

83 Dabei handelt es sich bei der Polizei nicht um einzelne Fehler oder Unwissenheit
84 der Beamten. Immer wieder ist die Sächsische Polizei konfrontiert, mit
85 rassistischen Aussagen ihrer Mitglieder, mit Polizeigewalt, die ihre Beamte
86 ausführen oder mit internen Chatgruppen, die eindeutig rechtsradikale Gedanken
87 verbreiten. Auch in der Justiz gibt es solche Vorfälle.

88 Ein wegen eines rechten Angriff ins Leipzig verurteilter Jura-Referendar darf in
89 Sachsen trotzdem Volljurist werden. 2)

90 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst jedoch nichts verloren. Polizei,
91 Bundeswehr und Justiz müssen handeln und alle Maßnahmen ergreifen, um keine
92 Rechtsradikalen in ihren eigenen Reihen zu haben. Generell benötigt es auch
93 innerhalb der Sicherheitsbehörden mehr Sensibilisierung für Rassismus, mehr
94 Verständnis und Kenntnis von unserer Demokratie und eine bessere Fehlerkultur.

95 Lange fordern wir deshalb eine wirklich unabhängige Beschwerdestelle oder eine
96 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und werden da auch nicht nachlassen.

97 Rassismus in Bildungseinrichtungen thematisieren

98 Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist weiß und kann daher keine

99 Rassismuserfahrungen machen. Aber niemand von eben jener Mehrheit ist davon
100 frei, rassistisch zu denken, zu handeln oder zu reden - auch wir Jusos nicht.

101 Rassistische Denk- und Verhaltensmuster müssen in allen Bildungseinrichtungen -
102 von der Kita bis zur Meisterschule behandelt werden. Wir fordern die Überprüfung
103 der sächsischen Lehrpläne dahingehend und die Zusammenarbeit mit Vereinen und
104 Initiativen von BIPOC. Aber nicht nur die Lehrpläne, auch die Arbeitsmaterialien
105 und Lernmittel, wie Schulbücher, Arbeitsblätter und Filme etc. müssen kritisch
106 reflektiert werden.

107
108 **Dazu gehört auch, an Schulen nicht nur über weiße Menschen, sondern auch über**
109 **die Leistungen von BIPOC zu lernen, einschließlich ihrem Kampf für mehr Rechte**
110 **in Deutschland. Zudem müssen auch die deutschen Kolonialverbrechen in der Schule**
111 **thematisiert werden.**

112 Außerdem benötigt es eine weitere Stärkung der Sozialen Arbeit und politischen
113 Bildung an Schulen, um Vorfälle von Rassismus und Diskriminierung an sächsischen
114 Bildungseinrichtungen zu thematisieren.

115 Antifa bleibt Handarbeit - Zivilgesellschaft endlich stärken

116 Im Kampf gegen Rechte Gewalt und Rechtsradikalität braucht es nicht nur
117 staatliche Arbeit sondern vor allem auch eine starke Zivilgesellschaft. Diese
118 wird in Sachsen jedoch seit Jahren klein gehalten, unter Verdacht gestellt oder
119 in ihrer Arbeit verhindert. Das passiert durch Kürzungen von Geldern, durch
120 Repressive Polizeiarbeit auf Demonstrationen und durch die in Sachsen nach wie
121 vor weit verbreitete und längst widerlegte Hufeisentheorie.

122 Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung heißt es: "Wir bekennen uns zu
123 einer starken Zivilgesellschaft, die jeden Tag die Werte unserer Demokratie aufs
124 Neue verteidigt" (S. 66).3) Ein reines Lippebekenntnis reicht und jedoch nicht.
125 Wir fordern, dass Alternative Jugendzentren, Vereine und antifaschistische
126 Projekte langfristig und unbürokratisch gefördert werden. Wir fordern eine
127 Sensibilisierung und ein Umdenken in den Kommunen bei den Versammlungs- und
128 Ordnungsbehörden sowie bei der Polizei in Bezug auf Demonstrationen.

129 Für Menschen, die von Nazis bedroht werden, braucht es endlich die im
130 Koalitionsvertrag vereinbarte zentrale Anlaufstelle die die Drohungen und Ängste
131 der Zivilgesellschaft ernst nimmt. Dass Menschen wie die ehemalige
132 Bürgermeisterin Martina Angermann aufgrund von rechter Hetze ihr Amt
133 niederlegen, darf genauso wenig passieren, wie Drohungen und Hetze im Netz gegen
134 Aktivist*innen.

135
136 Wir geben uns nicht mit den sächsischen Verhältnissen zufrieden. Es gibt kein
137 ruhiges Hinterland! Alerta!

- 138 1) <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe->
139 [hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226](https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe-hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226)
- 140 2) <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf->
141 [Volljurist-werden](https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf-Volljurist-werden)
- 142 3) <https://www.spd-sachsen.de/schwerpunkte-koav/>

D03NEU10 #WeAreAntifa - Demokratie in Sachsen verteidigen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Sächsische Verhältnisse - eine Beschreibung, eine Frage und ein Appell zugleich.
2 Sachsen hat ein Nazi-Problem, egal wie viele Konservative versuchen, das
3 wegzureden. Sachsen ist das Bundesland, in dem zu Christi Himmelfahrt an
4 mehreren Orten Hitlergrüße gezeigt und eine Gruppe Polizeibeamter angegriffen
5 wird. Sachsen ist das Bundesland, in dem sich rechte Terrorgruppen wie
6 "Revolution Chemnitz" oder die "Gruppe Freital" gründeten. Sachsen ist das
7 Bundesland, in dem sich rechte Prepper Kriegswaffen organisieren können und der
8 Verfassungsschutz überrascht ist, wenn Journalist*innen ein solches Netzwerk
9 aufdecken. Sachsen ist das Bundesland, in dem Demonstrationen gegen Corona-
10 Maßnahmen fast immer von Rechtsradikalen angemeldet und durchgeführt werden.
11 Sachsen hat ein Nazi-Problem und wir wollen das nicht länger hinnehmen.

12 Die SPD und die Jusos Sachsen sind antifaschistisch. Es ist unsere Aufgabe, die
13 Demokratie in Sachsen gegen die Feinde von Rechts zu verteidigen. Diese Aufgabe
14 schaffen wir nicht nur allein politisch und parlamentarisch. Wir arbeiten daher
15 in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, wir demonstrieren, wir halten im Alltag
16 dagegen.

17 Aber auch politisch und gesellschaftlich wollen wir einiges ändern:

18 Starker Staat gegen Rechte Gewalt und Rechtsterrorismus

19 Nazis lassen sich nicht von Argumenten überzeugen der beschwichtigen.
20 Rechtsradikale Netzwerke und Gruppen müssen konsequent zerschlagen, verboten und
21 vor Gericht gebracht werden. Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen hier
22 endlich ihren Job tun. Es kann nicht sein, dass lokale antifaschistische
23 Strukturen mehr Wissen über Aktivitäten von Nazigruppen, als die Polizei oder
24 der Verfassungsschutz.

25 Die Zerschlagung von Rechte Gruppen geht aber auch im Kleinen. Zum Beispiel,
26 indem man Kommunen berät, wie sie rechtsextreme Veranstaltungen systematisch
27 erkennen und Immobiliennutzungen verhindern können. Kommunen müssen handeln,

28 wenn rechtsradikale Einstellungen bei Angestellten im öffentlichen Dienst
29 erkennbar werden und die betroffenen Personen sofort entlassen.

30 Reichsbürger entwaffnen & Verschwörungsmymen aufdecken

31 Im März 2019 hat der Innenminister Horst Seehofer erstmals eine Reichbürger-
32 Gruppierung verboten.1) Auch in Sachsen leben über 1000 Menschen, die der
33 Reichsbürger-Szene zugeordnet werden können. Diese Menschen lehnen nicht nur
34 unsere Verfassung ab, sie sind auch oft bewaffnet. Eine Konsequente Entwaffnung
35 von diesen Rechtsradikalen ist daher unabdingbar.

36 Aktuell verbreiten sich viele Verschwörungsmymen im Netz aber auch auf der
37 Straße. Diese sind strukturell, und auch immer öfter offen, antisemitisch,
38 fabulieren von einer vermeintlichen "zionistischen Weltverschwörung" und machen
39 Jüd*innen für die aktuelle Krisenlage verantwortlich. Hier gilt es nicht nur, zu
40 widersprechen und argumentativ gegenzuhalten, sondern auch zu handeln, wenn
41 solche Mymen zu Gewaltaufrufen und Drohungen führen.

42 Burschis anfechten - Preppern das Spielzeug wegnehmenNach Recherchen der taz,
43 welche Anfang Juni veröffentlicht wurden, haben sich rechtsradikale
44 Burschenschaftler im Umfeld Leipzigs auf einen "Rassenkrieg" vorbereitet.
45 Ausgerüstet mit Kriegswaffen wollten diese Reservisten der Bundeswehr
46 Andersdenkende und Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen,
47 töten. Wir sind schockiert. Der Staat darf nicht weiter zusehen, wie Nazis und
48 Rassist*innen immer offener Freiheit und Gerechtigkeit angreifen.Deshalb fordern
49 wir, die Burschenschaft Germania aus Leipzig zu verbieten. Gerade in den
50 schlagenden Burschenschaften gehören Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und
51 Nationalismus fast immer zum gemeinsamen Zusammenleben dazu. Wir sehen unsere
52 Aufgabe darin diese Männerbünde aufzubrechen. Rechte Studierende haben an
53 unseren Unis und Hochschulen nichts verloren, ihnen dürfen keine Räume und Foren
54 gegeben werden. Rechte Professor*innen müssen, soweit möglich, aus dem Dienst
55 entfernt werden. Freiheit, Ehre, Vaterland? Unsere Antwort: Widerstand!

56 Den Demokrat*innen zuhören - Nicht mit Rechten reden

57 Neurechte Bewegungen wie Pegida & Co sowie die immer wieder in Talkshows
58 eingeladene AfD haben gezeigt, dass Rechtsradikale nicht an demokratischen
59 Diskursen teilnehmen wollen, sondern, dass es ihr Ziel ist, die öffentlichen
60 Debatten und Diskurse inhaltlich zu bestimmen und umzudeuten.

61 Es macht einen Unterschied, ob Rechtsradikale, wie im Falle der AfD, sprechen
62 dürfen, weil sie demokratisch gewählt wurden, oder ob Verschwörungstheorien und
63 rechtem Gedankengut extra eine Bühne gegeben wird. Wir lehnen es deshalb ab,
64 dass immer wieder Gesprächsangebote und Runde Tische für sogenannte Besorgte
65

66 Bürger einberufen werden, während Tausende Demonstrierende von
67 antifaschistischen und progressiven Bündnissen genauso wenig Gehör finden, wie
68 zu Beispiel Erzieher*innen, Verkäufer*innen, Pflegekräfte oder Kinder und
Jugendliche.

69 Nicht nur im Rahmen der Corona-Krise sondern auch darüber hinaus bieten die
70 Jusos und die SPD Sachsen ihre Gesprächsbereitschaft denen an, die sich für
71 Demokratie einsetzen und nicht denen, die willentlich und wissentlich neben
72 Nazis und Verschwörungsmystiker*innen auf der Straße demonstrieren.

73 Die AfD Entzaubern funktioniert nicht. Deshalb sollte jede*r Genoss*in genau
74 prüfen, wann es sinnvoll oder vielleicht notwendig ist im Rahmen einer
75 Veranstaltung mit Vertreter*innen der AfD zu diskutieren und wann eine Teilnahme
76 an einer solchen Diskussion sinnvoller wäre.

77 Umgang mit Rechtsradikalen in Polizei, VS und Justiz

78 Die Polizei, dein Freund und Helfer - ein Satz den viele Aktivist*innen in
79 Sachsen niemals unterschreiben würden. Gründe dafür finden sich im aggressiven
80 Verhalten der sächsischen Polizei gegenüber linken Demonstrationen, in der
81 Anonymität, die Fehler seitens der Polizei kaschieren lässt oder im Racial
82 Profiling der Einsatzkräfte.

83 Dabei handelt es sich bei der Polizei nicht um einzelne Fehler oder Unwissenheit
84 der Beamten. Immer wieder ist die Sächsische Polizei konfrontiert, mit
85 rassistischen Aussagen ihrer Mitglieder, mit Polizeigewalt, die ihre Beamte
86 ausführen oder mit internen Chatgruppen, die eindeutig rechtsradikale Gedanken
87 verbreiten. Auch in der Justiz gibt es solche Vorfälle.

88 Ein wegen eines rechten Angriff ins Leipzig verurteilter Jura-Referendar darf in
89 Sachsen trotzdem Volljurist werden. 2)

90 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst jedoch nichts verloren. Polizei,
91 Bundeswehr und Justiz müssen handeln und alle Maßnahmen ergreifen, um keine
92 Rechtsradikalen in ihren eigenen Reihen zu haben. Generell benötigt es auch
93 innerhalb der Sicherheitsbehörden mehr Sensibilisierung für Rassismus, mehr
94 Verständnis und Kenntnis von unserer Demokratie und eine bessere Fehlerkultur.

95 Lange fordern wir deshalb eine wirklich unabhängige Beschwerdestelle oder eine
96 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und werden da auch nicht nachlassen.

97 Rassismus in Bildungseinrichtungen thematisieren

98 Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist weiß und kann daher keine

99 Rassismuserfahrungen machen. Aber niemand von eben jener Mehrheit ist davon
100 frei, rassistisch zu denken, zu handeln oder zu reden - auch wir Jusos nicht.

101 Rassistische Denk- und Verhaltensmuster müssen in allen Bildungseinrichtungen -
102 von der Kita bis zur Meisterschule behandelt werden. Wir fordern die Überprüfung
103 der sächsischen Lehrpläne dahingehend und die Zusammenarbeit mit Vereinen und
104 Initiativen von BIPOC. Aber nicht nur die Lehrpläne, auch die Arbeitsmaterialien
105 und Lernmittel, wie Schulbücher, Arbeitsblätter und Filme etc. müssen kritisch
106 reflektiert werden.

107
108 **Dazu gehört auch, an Schulen nicht nur über weiße Menschen, sondern auch über**
109 **die Leistungen von BIPOC zu lernen, einschließlich ihrem Kampf für mehr Rechte**
110 **in Deutschland. Zudem müssen auch die deutschen Kolonialverbrechen in der Schule**
111 **thematisiert werden.**

112 Außerdem benötigt es eine weitere Stärkung der Sozialen Arbeit und politischen
113 Bildung an Schulen, um Vorfälle von Rassismus und Diskriminierung an sächsischen
114 Bildungseinrichtungen zu thematisieren.

115 Antifa bleibt Handarbeit - Zivilgesellschaft endlich stärken

116 Im Kampf gegen Rechte Gewalt und Rechtsradikalität braucht es nicht nur
117 staatliche Arbeit sondern vor allem auch eine starke Zivilgesellschaft. Diese
118 wird in Sachsen jedoch seit Jahren klein gehalten, unter Verdacht gestellt oder
119 in ihrer Arbeit verhindert. Das passiert durch Kürzungen von Geldern, durch
120 Repressive Polizeiarbeit auf Demonstrationen und durch die in Sachsen nach wie
121 vor weit verbreitete und längst widerlegte Hufeisentheorie.

122 Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung heißt es: "Wir bekennen uns zu
123 einer starken Zivilgesellschaft, die jeden Tag die Werte unserer Demokratie aufs
124 Neue verteidigt" (S. 66).3) Ein reines Lippebekenntnis reicht und jedoch nicht.
125 Wir fordern, dass Alternative Jugendzentren, Vereine und antifaschistische
126 Projekte langfristig und unbürokratisch gefördert werden. Wir fordern eine
127 Sensibilisierung und ein Umdenken in den Kommunen bei den Versammlungs- und
128 Ordnungsbehörden sowie bei der Polizei in Bezug auf Demonstrationen.

129 Für Menschen, die von Nazis bedroht werden, braucht es endlich die im
130 Koalitionsvertrag vereinbarte zentrale Anlaufstelle die die Drohungen und Ängste
131 der Zivilgesellschaft ernst nimmt. Dass Menschen wie die ehemalige
132 Bürgermeisterin Martina Angermann aufgrund von rechter Hetze ihr Amt
133 niederlegen, darf genauso wenig passieren, wie Drohungen und Hetze im Netz gegen
134 Aktivist*innen.

135
136 Wir geben uns nicht mit den sächsischen Verhältnissen zufrieden. Es gibt kein
137 ruhiges Hinterland! Alerta!

- 138 1) <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe->
139 [hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226](https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe-hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226)
- 140 2) <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf->
141 [Volljurist-werden](https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf-Volljurist-werden)
- 142 3) <https://www.spd-sachsen.de/schwerpunkte-koav/>

D04 2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und über den Landesparteitag und den
2 Bundeskongress an den Bundesparteitag weiterleiten:

3 Wir fordern die Bundesregierung und damit vor allem die Bundesminister, die der
4 SPD angehören, auf, sich auf dem nächsten NATO-Gipfel für die Abschaffung des 2%
5 Ziels der NATO einzusetzen.

6 Sollte die o.g. Forderung nicht umgesetzt werden können, sollen die
7 Rüstungsausgaben im Sinne eines positiven Dual-Use so friedlich wie möglich
8 eingesetzt werden, bspw. durch den Ausbau von zivil nutzbarer Infrastruktur, in
9 der Sanitätsabteilung des Militärs oder in die Cyber-Abteilung zur Förderung von
10 Open-Source-Software. Das bedeutet insbesondere, dass wir keinen zusätzlichen
11 Cent in Angriffswaffen, wie Flugzeugträger, Panzer und Drohnen investieren.

Begründung

- Sollte die Bundesrepublik wirklich 2% des BIPs für Verteidigung ausgegeben, dann würde sie etwa 85 Mrd € ausgeben. So würde Deutschland zum Land mit dem drittgrößten Wehretat aufsteigen. Das ist nicht hinzunehmen und mit unserer Geschichte nicht vereinbar.
- Im Haushaltsjahr 2019 gab Deutschland etwa 45 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Zum Vergleich: Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren es nur etwa 12 Mrd. Euro und damit nur ein etwa Viertel des hypothetisch erforderlichen Verteidigungsetats. Im extremsten Fall haben wir also kein Geld für Frauenhäuser, aber Geld für Rüstung. Genau solche extremen Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich mit dem Bereich Bildung und Forschung. Das kann einfach nicht sein!
- Die Absurdität einer rigiden 2%-Forderung zeigt sich gerade jetzt in der Corona-Krise: Durch eine stagnierende Wirtschaft rückt das Ziel, 2% des BIPs für Rüstungsausgaben auszugeben bei konstantem Wehretat näher denn je. Ohne auch nur einen Cent mehr zu investieren könnte Deutschland das Ziel also plötzlich einhalten. Das zeigt, wie wenig die Forderung an einer faktischen

Notwendigkeit ausgerichtet ist.

- Mit dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch des Warschauer Paktes wurden in den 1990er Jahren ehemalige Mitgliedstaaten der UdSSR/ Warschauer Paktes in die EU und auch in die NATO aufgenommen. Damit sollte der Kontinent Europa sicherer gemacht werden. Dies ist auch gelungen. Bis 2014 hatte die NATO auch ein sehr gutes Verhältnis zu Russland (NATO-Russland-Rat), doch mit der Annektion der Krim im Jahr 2014 verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. In diesem Klima wurde das 2%-Ziel der Nato beschlossen. Man begründete diese Entscheidung damit, dass Russland erwägen würde, ehemalige Sowjetrepubliken ebenfalls zu annektieren. Die Aufrüstung innerhalb der NATO führte u.a. dazu, dass sich in Russland zunehmend Nationalismus breit macht und sich die Beziehung zwischen Russland, der USA und Europa insgesamt verschlechtert haben. Nachdem dies erkannt wurde, forderten und fordern inzwischen viele, sowohl Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, dass die Kontakte zu Russland wieder aufgenommen werden und damit die Beziehung bzw. Partnerschaft zu Russland wieder gestärkt wird. Dies ist auch damit zu begründen, dass die Beziehung zu den USA mit der Amtseinführung Donald Trumps schwieriger geworden sind, was man leider auch durch die einseitige Kündigung des INF-Vertrages oder des Open-Skies-Vertrages durch die USA sehen kann. Zur Verbesserung der Beziehung ist keine Aufrüstung nötig, sondern Diplomatie angebracht – denn Waffen bringen bekanntlich keinen Frieden.
- Das Etatrecht ist seit jeher ein essentielles Privileg der Parlamente. Das gilt aus gutem Grund auch in Deutschland, und es gilt insbesondere auch für das Verteidigungsbudget. Keine internationale Organisation und keine Bundesregierung können dem Bundestag vorschreiben, wie hoch das Budget für den Bereich Verteidigung sein soll.

D04NEU 2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Wir fordern die Bundesregierung und damit vor allem die Bundesminister, die der
2 SPD angehören, auf, sich auf dem nächsten NATO-Gipfel für die Abschaffung des 2%
3 Ziels der NATO einzusetzen.

4
5 Trotz der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarten Kopplung
6 fordern wir die Bundesregierung auf, die 0,7% ODA-Quote unabhängig von der
7 Einhaltung der NATO-Quote ohne Anrechnung von Kosten für die Versorgung
8 Geflüchteter im Inland zu erfüllen.

9 Sollte die o.g. Forderung nicht umgesetzt werden können, sollen die
10 Rüstungsausgaben im Sinne eines positiven Dual-Use so friedlich wie möglich
11 eingesetzt werden, bspw. durch den Ausbau von zivil nutzbarer Infrastruktur, in
12 der Sanitätsabteilung des Militärs oder in die Cyber-Abteilung zur Förderung von
13 Open-Source-Software. Das bedeutet insbesondere, dass wir keinen zusätzlichen
14 Cent in Angriffswaffen, wie Flugzeugträger, Panzer und Drohnen investieren.

Begründung

- Sollte die Bundesrepublik wirklich 2% des BIPs für Verteidigung ausgegeben, dann würde sie etwa 85 Mrd € ausgeben. So würde Deutschland zum Land mit dem drittgrößten Wehretat aufsteigen. Das ist nicht hinzunehmen und mit unserer Geschichte nicht vereinbar.
- Im Haushaltsjahr 2019 gab Deutschland etwa 45 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Zum Vergleich: Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren es nur etwa 12 Mrd. Euro und damit nur ein etwa Viertel des hypothetisch erforderlichen Verteidigungsetats. Im extremsten Fall haben wir also kein Geld für Frauenhäuser, aber Geld für Rüstung. Genau solche extremen Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich mit dem Bereich Bildung und Forschung. Das kann einfach nicht sein!
- Die Absurdität einer rigiden 2%-Forderung zeigt sich gerade jetzt in der Corona-Krise: Durch eine

stagnierende Wirtschaft rückt das Ziel, 2% des BIPs für Rüstungsausgaben auszugeben bei konstantem Wehretat näher denn je. Ohne auch nur einen Cent mehr zu investieren könnte Deutschland das Ziel also plötzlich einhalten. Das zeigt, wie wenig die Forderung an einer faktischen Notwendigkeit ausgerichtet ist.

- Mit dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch des Warschauer Paktes wurden in den 1990er Jahren ehemalige Mitgliedstaaten der UdSSR/ Warschauer Paktes in die EU und auch in die NATO aufgenommen. Damit sollte der Kontinent Europa sicherer gemacht werden. Dies ist auch gelungen. Bis 2014 hatte die NATO auch ein sehr gutes Verhältnis zu Russland (NATO-Russland-Rat), doch mit der Annektion der Krim im Jahr 2014 verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. In diesem Klima wurde das 2%-Ziel der Nato beschlossen. Man begründete diese Entscheidung damit, dass Russland erwägen würde, ehemalige Sowjetrepubliken ebenfalls zu annektieren. Die Aufrüstung innerhalb der NATO führte u.a. dazu, dass sich in Russland zunehmend Nationalismus breit macht und sich die Beziehung zwischen Russland, der USA und Europa insgesamt verschlechtert haben. Nachdem dies erkannt wurde, forderten und fordern inzwischen viele, sowohl Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, dass die Kontakte zu Russland wieder aufgenommen werden und damit die Beziehung bzw. Partnerschaft zu Russland wieder gestärkt wird. Dies ist auch damit zu begründen, dass die Beziehung zu den USA mit der Amtseinführung Donald Trumps schwieriger geworden sind, was man leider auch durch die einseitige Kündigung des INF-Vertrages oder des Open-Skies-Vertrages durch die USA sehen kann. Zur Verbesserung der Beziehung ist keine Aufrüstung nötig, sondern Diplomatie angebracht – denn Waffen bringen bekanntlich keinen Frieden.
- Das Etatrecht ist seit jeher ein essentielles Privileg der Parlamente. Das gilt aus gutem Grund auch in Deutschland, und es gilt insbesondere auch für das Verteidigungsbudget. Keine internationale Organisation und keine Bundesregierung können dem Bundestag vorschreiben, wie hoch das Budget für den Bereich Verteidigung sein soll.

D05NEU2 Programm zur Evakuierung von Geflüchteten auf den griechischen Inseln initiieren

Antragsteller*in: Jusos Leipzig

Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen und den Landesvorstand der SPD Sachsen*
3 *weiterleiten:*

4 Erneut erleben wir an den EU-Außengrenzen, wie die Festung Europa aussieht. In
5 unwürdigen Bedingungen werden Geflüchtete als politischer Spielball genutzt.
6 Dabei erleben die Bundesländer seit 2016 einen massiven Rückgang der Fallzahlen,
7 die somit freigewordenen Kapazitäten könnten zur Aufnahme von Geflüchteten
8 genutzt werden.

9 Derzeit plant die schwarz-grün-rote Landesregierung keine politisch gewollte
10 Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten von den griechischen Inseln. Das
11 empfinden wir Jusos angesichts einer grün-roten Beteiligung als erschütternd.

12 Daher fordern wir die Initiierung eines Landesaufnahmeprogrammes, um Geflüchtete
13 aus den überfüllten griechischen Camps nach Sachsen zu bringen. Die
14 Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Spielräume auszuschöpfen, um
15 ggf. auch ohne Zustimmung des Bundes handeln zu können.

16 Gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG dürfen Bundesländer „Ausländer aus
17 bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmte[n] Ausländergruppen“ aus
18 „völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer
19 Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ aufnehmen.

20 Die oberste Landesbehörde verfügt hierbei über ein weites politisches
21 Entschließungsermessen. Die Landesaufnahme darf ungeachtet eines Asylverfahrens
22 erfolgen.

23 Voraussetzung für die Wirksamkeit der Landesaufnahmeanordnung ist das
24 Einvernehmen des BMI gem. § 23 Abs. 1 S. 3 AufenthG: “Zur Wahrung der
25 Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem

26 Bundesministerium des Innern". Der Ermessensspielraum des BMI zur Ablehnung des
27 Einvernehmens mit einem Landesaufnahmeprogramms ist sowohl inhaltlich, als auch
28 verfahrenstechnisch begrenzt.

29 Das Einvernehmenserfordernis soll den äußersten rechtlichen Rahmen für die
30 ansonsten freie politische Entscheidung der Länder abstecken. Für die
31 konkurrierende Bundeskompetenz nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 4 GG gilt zugunsten der
32 Länder die sog. Erforderlichkeitsklausel nach Art. 72 Abs. 2 GG. Danach hat der
33 Bund nur das Recht zur Gesetzgebung, wenn und soweit die Herstellung
34 gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts-
35 oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche
36 Regelung erforderlich macht.

37 Durch die Aufnahme einer in Quantität und Qualität definierte Gruppe von
38 geflüchteten Menschen, besteht keine Gefahr der Verletzung der
39 Bundeseinheitlichkeit in diesem Sinne.

40 Bei einer rechtswidrigen Ablehnung des Einvernehmens zu einer
41 Landesaufnahmeanordnung durch das BMI, etwa, weil es sich nicht auf die Wahrung
42 der Bundeseinheitlichkeit bezieht, kann das Land Sachsen das
43 Bundesverwaltungsgericht anrufen. Außerdem besteht die Möglichkeit, die
44 Verfassungsmäßigkeit der Einvernehmensvorschrift vom Bundesverfassungsgericht
45 überprüfen zu lassen.

46 **Daher fordern wir:**

- 47 • Das Sächsische Staatsministerium des Innern, als oberste Landesbehörde,
48 wird aufgefordert, die Aufnahme einer zu definierenden Gruppe
49 signifikanter Größe geflüchteter Menschen von den griechischen Inseln
50 anzuordnen und dazu die Zustimmung vom BMI einzuholen.
- 51 • Die zu definierende Gruppe, die aus humanitären Gründen durch das Land
52 Sachsen aufzunehmen ist, soll neben unbegleiteten Minderjährigen andere
53 vulnerable Gruppen umfassen. Darunter sind z.B. neben religiösen
54 Minderheiten und wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminierten
55 Menschen auch Alleinerziehende und ihre Kinder, Familien, sowie Menschen
56 mit Erkrankungen und von Traumatisierung betroffene Menschen zu fassen.
57 Die humanitären Gründe ergeben sich hier insbesondere aus den derzeitigen
58 hygienischen Umstände in den Flüchtlingslagern im Hinblick auf die
59 derzeitige Lage der Coronavirus-Pandemie.
- 60 • Sollte das BMI die Anordnung ablehnen, wird das Land Sachsen die Ziele
61 dieses Landesaufnahmeprogrammes auf dem Rechtsweg weiterverfolgen.

62
63
64

- **Sachsen soll sich dafür einsetzen, dass ein bundesweites Aufnahmeprogramm gestartet wird, mit dem Ziel, alle Menschen aus den Lagern zu evakuieren. Sachsen wird sich an dem Programm in angemessenem Umfang beteiligen.**

D05NEU3 Programm zur Evakuierung von Geflüchteten auf den griechischen Inseln initiieren

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Erneut erleben wir an den EU-Außengrenzen, wie die Festung Europa aussieht. In
2 unwürdigen Bedingungen werden Geflüchtete als politischer Spielball genutzt.
3 Dabei erleben die Bundesländer seit 2016 einen massiven Rückgang der Anzahl
4 Flüchtender. Die freigewordenen Kapazitäten könnten zur Aufnahme von
5 Geflüchteten genutzt werden.

6 Derzeit plant die schwarz-grün-rote Landesregierung die Aufnahme von 150
7 Geflüchteten sowie zusätzlich 50 unbegleiteten Minderjährigen. Jede:r, der durch
8 solch ein Programm aus den Lagern befreit werden kann, ist ein Erfolg. Aber
9 angesichts der Tausenden, die weiter an der europäischen Außengrenze verharren
10 müssen, ist auch jede:r, der oder die zurückgelassen wird, Zeugnis des Versagens
11 Europas. Angesichts einer grün-roten Beteiligung an der Regierung sind wir Jusos
12 erschüttert, dass bisher so wenige Menschen nach Sachsen zur Rettung geholt
13 werden sollen.

14 Daher fordern wir die Initiierung eines Landesaufnahmeprogrammes, um Geflüchtete
15 aus den überfüllten griechischen Camps nach Sachsen zu bringen. Die
16 Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Spielräume auszuschöpfen, um
17 ggf. auch ohne Zustimmung des Bundes handeln zu können.

18 Gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG dürfen Bundesländer „Ausländer aus
19 bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmte[n] Ausländergruppen“ aus
20 „völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer
21 Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ aufnehmen.

22 Die oberste Landesbehörde verfügt hierbei über ein weites politisches
23 Entschließungsermessen. Die Landesaufnahme darf ungeachtet eines Asylverfahrens
24 erfolgen.

25 Voraussetzung für die Wirksamkeit der Landesaufnahmeanordnung ist das

26 Einvernehmen des BMI gem. § 23 Abs. 1 S. 3 AufenthG: "Zur Wahrung der
27 Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem
28 Bundesministerium des Innern". Der Ermessensspielraum des BMI zur Ablehnung des
29 Einvernehmens mit einem Landesaufnahmeprogramms ist sowohl inhaltlich, als auch
30 verfahrenstechnisch begrenzt.

31 Das Einvernehmenserfordernis soll den äußersten rechtlichen Rahmen für die
32 ansonsten freie politische Entscheidung der Länder abstecken. Für die
33 konkurrierende Bundeskompetenz nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 4 GG gilt zugunsten der
34 Länder die sog. Erforderlichkeitsklausel nach Art. 72 Abs. 2 GG. Danach hat der
35 Bund nur das Recht zur Gesetzgebung, wenn und soweit die Herstellung
36 gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts-
37 oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche
38 Regelung erforderlich macht.

39 Durch die Aufnahme einer in Quantität und Qualität definierte Gruppe von
40 geflüchteten Menschen, besteht keine Gefahr der Verletzung der
41 Bundeseinheitlichkeit in diesem Sinne.

42 Bei einer rechtswidrigen Ablehnung des Einvernehmens zu einer
43 Landesaufnahmeanordnung durch das BMI, etwa, weil es sich nicht auf die Wahrung
44 der Bundeseinheitlichkeit bezieht, kann das Land Sachsen das
45 Bundesverwaltungsgericht anrufen. Außerdem besteht die Möglichkeit, die
46 Verfassungsmäßigkeit der Einvernehmensvorschrift vom Bundesverfassungsgericht
47 überprüfen zu lassen.

48 **Daher fordern wir:**

- 49 • Das Sächsische Staatsministerium des Innern, als oberste Landesbehörde,
50 wird aufgefordert, die Aufnahme einer zu definierenden Gruppe
51 signifikanter Größe geflüchteter Menschen von den griechischen Inseln
52 anzuordnen und dazu die Zustimmung vom BMI einzuholen.

- 53 • Die zu definierende Gruppe, die aus humanitären Gründen durch das Land
54 Sachsen aufzunehmen ist, soll neben unbegleiteten Minderjährigen andere
55 vulnerable Gruppen umfassen. Darunter sind z.B. neben religiösen
56 Minderheiten und wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminierten
57 Menschen auch Alleinerziehende und ihre Kinder, Familien, sowie Menschen
58 mit Erkrankungen und von Traumatisierung betroffene Menschen zu fassen.
59 Die humanitären Gründe ergeben sich hier insbesondere aus den derzeitigen
60 hygienischen Umstände in den Flüchtlingslagern im Hinblick auf die
61 derzeitige Lage der Coronavirus-Pandemie.

- 62 • Sollte das BMI die Anordnung ablehnen, wird das Land Sachsen die Ziele
63

dieses Landesaufnahmeprogrammes auf dem Rechtsweg weiterverfolgen.

- 64 • Sachsen soll sich dafür einsetzen, dass ein bundesweites Aufnahmeprogramm
65 gestartet wird, mit dem Ziel, alle Menschen aus den Lagern zu evakuieren.
66 Sachsen wird sich an dem Programm in angemessenem Umfang beteiligen.

D06NEU2 Demokratie lebendig machen - Amtszeitbeschränkung einführen!

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 Mit der Bundestagswahl 2021 wird die vierte volle Amtszeit von Angela Merkel
2 enden. Zum zweiten Mal wird damit ein*e Kanzler*in 16 Jahre lang regiert haben.
3 Ganze Generationen sind jeweils mit einer*m einzigen Kanzler*in aufgewachsen.
4 Problematisch wird dies dadurch, dass auch unabhängig von Kanzler*innenschaften
5 viele politische Gestaltungsprozesse stark auf einzelne Personen fokussiert
6 sind. Wahlkämpfe sind in der Regel auf den*die jeweilige*n Spitzenkandidat*in
7 einer Partei zugeschnitten. Inhaltliche Veränderungen werden fast immer mit
8 personellen Neuaufstellungen verknüpft. Stehen dieselben Personen immer und
9 immer wieder an der Spitze, stehen mit ihnen auch im wesentlichen immer die
10 gleichen Positionen. Demokratie aber lebt von inhaltlichem Wechsel und
11 personeller Diversität. Beides wird umso schwieriger, je weniger Personen in
12 leitenden Funktionen stehen.

13 Als Maßnahme dagegen denkbar ist die Anzahl an Amtszeiten von Amtsträger*innen
14 zu beschränken. Viele politische Systeme folgen diesem Prinzip, die USA
15 beschränken mit dem 22. Zusatz zur Verfassung die Anzahl an Amtszeiten von
16 Präsident*innen. Entsprechende Limits bestanden auch im deutschen System bereits an
17 zwei Stellen: Erstens in die Wiederwahl des*der Bundespräsident*in nach Art. 54
18 II 2 GG nur einmalig möglich. Zweitens ist die Wiederwahl von Richter*innen des
19 BVerfG nach § 4 I, II BVerfGG von vornherein ausgeschlossen. Ausgerechnet das
20 Amt, das am häufigsten in öffentlichen Fokus steht und (wahrscheinlich) die
21 meiste Macht innehat ist dies nicht beschränkt.

22 Wir versprechen uns von einer Begrenzung der Amtszeit mehr Dynamik in
23 politischen Debatten, eine höhere Bereitschaft für politischen Wechsel, eine
24 breitere Beteiligung an politischen Prozessen und eine Verringerung von
25 Machtkonzentration.

26 **Daher fordern wir:**

27 Der Bundestag soll eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes und der

28 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags auf den Weg bringen, die bewirkt, dass
29 die maximale Anzahl an Amtszeiten, die ein*e Bundeskanzler*in im Amt sein darf,
30 auf zwei beschränkt wird. Dies bedeutet, dass niemand, der*die bereits zweimal
31 vom Bundestag in dieses Amt gewählt worden ist, erneut antreten kann. Eine
32 Ausnahme hiervon ist zulässig, sofern die Summe der Länge aller bisherigen
33 Amtszeiten sechs Jahre nicht übersteigt.

D06NEU Demokratie lebendig machen - Amtszeitbeschränkung einführen!

Antragsteller*in: Jusos Leipzig

Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Bundeskongress der Jusos, mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-*
3 *Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion, weiterleiten:*

4 Mit der Bundestagswahl 2021 wird die vierte volle Amtszeit von Angela Merkel
5 enden. Zum zweiten Mal wird damit ein*e Kanzler*in 16 Jahre lang regiert haben.
6 Ganze Generationen sind jeweils mit einer*m einzigen Kanzler*in aufgewachsen.
7 Problematisch wird dies dadurch, dass auch unabhängig von Kanzler*innenschaften
8 viele politische Gestaltungsprozesse stark auf einzelne Personen fokussiert
9 sind. Wahlkämpfe sind in der Regel auf den*die jeweilige*n Spitzenkandidat*in
10 einer Partei zugeschnitten. Inhaltliche Veränderungen werden fast immer mit
11 personellen Neuaufstellungen verknüpft. Stehen dieselben Personen immer und
12 immer wieder an der Spitze, stehen mit ihnen auch im wesentlichen immer die
13 gleichen Positionen. Demokratie aber lebt von inhaltlichem Wechsel und
14 personeller Diversität. Beides wird umso schwieriger, je weniger Personen in
15 leitenden Funktionen stehen.

16 Als Maßnahme dagegen denkbar ist die Anzahl an Amtszeiten von Amtsträger*innen
17 zu beschränken. Viele politische Systeme folgen diesem Prinzip, die USA
18 beschränken mit dem 22. Zusatz zur Verfassung die Anzahl an Amtszeiten von
19 Präsident*innen. Entsprechende Limits bestanden auch im deutschen System bereits an
20 zwei Stellen: Erstens in die Wiederwahl des*der Bundespräsident*in nach Art. 54
21 II 2 GG nur einmalig möglich. Zweitens ist die Wiederwahl von Richter*innen des
22 BVerfG nach § 4 I, II BVerfGG von vornherein ausgeschlossen. Ausgerechnet das
23 Amt, das am häufigsten in öffentlichen Fokus steht und (wahrscheinlich) die
24 meiste Macht innehat ist dies nicht beschränkt.

25 Wir versprechen uns von einer Begrenzung der Amtszeit mehr Dynamik in
26 politischen Debatten, eine höhere Bereitschaft für politischen Wechsel, eine
27 breitere Beteiligung an politischen Prozessen und eine Verringerung von
28 Machtkonzentration.

29 **Daher fordern wir:**

30 Der Bundestag soll eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes und der
31 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags auf den Weg bringen, die bewirkt, dass
32 die maximale Anzahl an Amtszeiten, die ein*e Bundeskanzler*in im Amt sein darf,
33 auf zwei beschränkt wird. Dies bedeutet, dass niemand, der*die bereits zweimal
34 vom Bundestag in dieses Amt gewählt worden ist, erneut antreten kann. **Eine**
35 **Ausnahme hiervon ist zulässig, sofern die Summe der Länge aller bisherigen**
36 **Amtszeiten sechs Jahre nicht übersteigt.**

G01 Intersektional denken, forschen und handeln: Die Datenlücke schließen!

Antragsteller*in: Jusos Dresden
Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen
2 sowie den Bundeskongress der Jusos mit dem Ziel der Weiterleitung an den
3 Bundesparteitag weiterleiten:

4 Wissenschaft und Forschung werden immer noch viel zu oft von weißen Männern und
5 über weiße Männer gemacht. Die damit verbundenen Denkmuster und
6 wissenschaftlichen Prozesse sind allerdings systemimmanent und scheinen stabil
7 in den Köpfen der Wissenschaftstreibenden verankert, andere Perspektiven werden
8 nicht einbezogen. Dieses Ergebnis jahrhundertealter rassistischer, patriarchaler
9 Strukturen ist nicht nur ungerecht und benachteiligt andere Geschlechter, BIPOC
10 (Black, Indigenous and People of Color) und andere marginalisierte Gruppen, es
11 kann sogar lebensgefährlich für sie sein.

12 Es gibt einfach keine Daten zu Frauen, BIPOC und anderen marginalisierten
13 Gruppen und ihren Erfahrungen zu vielen essentiell wichtigen Bereichen – wie
14 z.B. der Wirksamkeit von Medikamenten. Wissenschaftler:innen nennen dieses
15 Problem The Data Gap. Dieses Problem ist dringlich und kann nur grundlegend
16 gelöst werden, indem wir strukturelle Gleichstellung erreichen. Einige Maßnahmen
17 können und sollten jedoch auch kurzfristig und gezielt eingesetzt werden. Im
18 folgenden möchten wir dazu einige Teilbereiche genauer betrachten.

Wissenschaft, Forschung und gravierende medizinische Folgen

21 Medizinische Studien aus verschiedensten Bereichen wurden und werden oft nur an
22 jungen, weißen Männern durchgeführt. Einige Pharmakonzerne begründen den Fokus
23 auf männliche Personen damit, dass der weibliche Zyklus zu variabel sei, um
24 finanziell tragbar eine Studienteilnahme zum richtigen Zykluszeitpunkt
25 sicherzustellen. Allerdings haben die Frauen, die die zugelassenen Medikamente
26 nehmen, auch einen Zyklus. Das Ergebnis sind unerwartete Nebenwirkungen. Durch
27 die Auslegung der Dosierungen auf Männer können Frauen sich nicht sicher sein,

28 ob die Angaben der Verpackungsbeilage so auch für sie zutreffen – und im
29 schlimmsten Fall hat das Medikament gar nicht die Wirkung, die es haben soll.
30 Das Gleiche betrifft auch BIPoC.

31 Ähnliches zeigt sich auch für Forschung aus anderen Bereichen - so wurde
32 psychologische und neurowissenschaftliche Forschung lange sehr männlich- und
33 weiß-zentrisch durchgeführt. Dadurch werden die unterschiedlichen Erfahrungen
34 marginalisierter Gruppen nicht abgebildet und finden wenig bis keine Beachtung.
35 Ein markantes Beispiel ist auch, dass überproportional an Krankheiten geforscht
36 wird, die Männer betreffen. Über den weiblichen Zyklus oder Erkrankungen die
37 Menstruierende betreffen, wie z.B. Endometriose, wissen wir jedoch sehr wenig,
38 weil die Forschung dazu fehlt und es auch schwierig ist, Gelder für diese Themen
39 einzuwerben. Ein Beispiel dafür, dass der Fokus auf männliche
40 Krankheitsperspektiven tödlich sein kann, ist der Herzinfarkt. Während Männer
41 ihre Symptome „klassisch, wie aus dem Lehrbuch“ berichten, schildern Frauen
42 Symptome schon rein sprachlich anders, benutzen andere Vergleiche („Das ist wie
43 Menstruationsschmerzen in der Brust“) und werden dadurch überdurchschnittlich
44 häufig fehldiagnostiziert. Ein verkannter Herzinfarkt kann tödlich sein.

45 Beispiele wie diese gibt es viele.

46 Wir fordern, dass Forschung paritätisch und intersektional stattfindet und dafür
47 explizit gefördert wird. Medikamente müssen ausreichend an allen Geschlechtern
48 getestet werden, bevor sie zugelassen werden dürfen. Erkrankungen, die
49 Menstruierende betreffen, müssen beforscht werden.

50 **Algorithmen und Optimierungsprozesse**

51 Algorithmen vereinfachen bereits jetzt viele Bereiche des Lebens, ihr Einsatz
52 wird sich in Zukunft verstärken. Algorithmen werden unter anderem genutzt, um
53 Entscheidungen und Vorhersagen zu treffen. Gleichzeitig sind diese
54 Entscheidungen und Vorhersagen davon abhängig, welche Datengrundlage der
55 Algorithmus zur Verfügung gestellt bekommt. Die Daten, die zur Verfügung stehen,
56 sind oft weiß und männlich dominiert. Das hat auf der einen Seite triviale
57 Folgen, wie zum Beispiel, dass Spracherkennung oft männliche Stimmen besser
58 erkennt als weibliche. Räume werden so klimatisiert, dass sie angenehmer für
59 Männer sind, als für Frauen. Der automatische Fokus eines iPhones funktioniert
60 nur für weiße, nicht aber für Schwarze Gesichter.

61 Jedoch betrifft das auf der anderen Seite auch alle anderen Bereiche, in denen
62 Algorithmen für Optimierungsprozesse eingesetzt werden, zum Beispiel die
63 Berechnung von privaten Krankenkassenbeiträgen, bei denen BIPoC und Frauen oft
64 benachteiligt werden weil Algorithmen aufgrund ihrer programmierten Classifier
65 einen Gender oder Race bias haben. Oder die Identifizierung von Risikogruppen

66 für Herzinfarkte: Wenn der Algorithmus keine Daten über Frauen und BIPOC hat,
67 und diese andere Risikofaktoren haben als weiße Männer, wird der Algorithmus sie
68 nicht identifizieren.

69 Wir fordern, dass bei öffentlichen Aufträgen Vorgaben zur Vermeidung solcher
70 Verzerrungen und Fehlkalkulationen festgelegt werden. Algorithmen dürfen
71 diskriminierende Strukturen nicht verstärken.

72 **Sicherheit im Verkehr**

73 Ein weiteres lebenswichtiges Thema ist Verkehrssicherheit. Oft werden Crashtests
74 nur mit Dummies durchgeführt, die einem durchschnittlichen Männerkörper
75 nachgebildet sind. Dummies, die einem durchschnittlichen Frauenkörper
76 nachgebildet sind, sind dagegen selten in Benutzung. Wenn sie genutzt werden,
77 dann oft nur auf dem Beifahrer:innensitz. Das hat zur Folge, dass Autos für
78 Männer sicherer und anwendungsfreundlicher sind als für Frauen.

79 Daher fordern wir, dass Autohersteller verpflichtet werden, gleichermaßen
80 Sicherheitsstandard für alle Geschlechter und demnach für alle Körpertypen
81 herzustellen. Diese Sicherheit muss natürlich auch für Busse, Bahnen, Flugzeuge
82 oder sonstige Fortbewegungsmittel gelten.

83 Vieles wissen wir noch nicht – Forschung zum Data Gap fördern!

84 Es existieren viele weitere Beispiele und dieser Antrag erhebt keinen Anspruch
85 auf Vollständigkeit. Um diese Ungerechtigkeiten aufzudecken ist Forschung
86 notwendig.

87 Daher fordern wir, dass der Bund und das Land Forschung auf dem Gebiet des Data
88 Gap gezielt fördern:

- 89 • Wir brauchen Forschungsprogramme zu intersektionalen Perspektiven in allen
90 Bereichen der Wissenschaft und Industrie.

- 91 • Wir fordern im Anschluss daran die gezielte Förderung von Menschen in der
92 Wissenschaft, die diese intersektionalen Perspektiven mitbringen weil sie
93 einer marginalisierten Gruppe angehören.

- 94 • Wir fordern spezifische Förderprogramme für Forschung, die sich das Ziel
95 setzt, den Datenrückstand bei marginalisierten Gruppen zu beseitigen. Das
96 betrifft beispielsweise Forschung zu Menstruation und Erkrankungen die

97 Menstruierende betreffen.

98 • Wir fordern ebenso eine Reform des Arzneimittelgesetzes dahingehend, dass
99 in Zulassungsstudien von Medikamenten die Stichproben repräsentativ für
100 unsere Gesellschaft sein müssen.

101 • Um die Denkmuster zu durchbrechen, müssen intersektionale Themen und
102 Aspekte in Schule, Hochschule und Ausbildung gezielt eingeführt werden.

G01NEU Intersektional denken, forschen und handeln: Die Datenlücke schließen!

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Wissenschaft und Forschung werden immer noch viel zu oft von weißen Männern und
2 über weiße Männer gemacht. Die damit verbundenen Denkmuster und
3 wissenschaftlichen Prozesse sind allerdings systemimmanent und scheinen stabil
4 in den Köpfen der Wissenschaftstreibenden verankert, andere Perspektiven werden
5 nicht einbezogen. Dieses Ergebnis jahrhundertealter rassistischer, patriarchaler
6 Strukturen ist nicht nur ungerecht und benachteiligt Frauen, BIPOC (Black,
7 Indigenous and People of Color) und andere marginalisierte Gruppen, es kann
8 sogar lebensgefährlich für sie sein. Wissenschaft wirkt in die Gesellschaft und
9 andersherum. Insbesondere bei Frauenforschung und der Erforschung von BPoC-
10 Themen soll es nicht nur darum gehen, die Wissenschaft um die jeweiligen
11 Themengebiete zu ergänzen, Forschungslücken aufzudecken und zu schließen,
12 sondern diese auch stets gesellschaftskritisch in die Hochschulen und somit in
13 die Gesellschaft zu tragen.

14 Es gibt einfach keine Daten zu Frauen, BIPOC und anderen marginalisierten
15 Gruppen und ihren Erfahrungen zu vielen essentiell wichtigen Bereichen – wie
16 z.B. der Wirksamkeit von Medikamenten. Wissenschaftler:innen nennen dieses
17 Problem The Data Gap. Dieses Problem ist dringlich und kann nur grundlegend
18 gelöst werden, indem wir strukturelle Gleichstellung erreichen. Einige Maßnahmen
19 können und sollten jedoch auch kurzfristig und gezielt eingesetzt werden. Im
20 folgenden möchten wir dazu einige Teilbereiche genauer betrachten.

Wissenschaft, Forschung und gravierende medizinische Folgen

23 Medizinische Studien aus verschiedensten Bereichen wurden und werden oft nur an
24 jungen, weißen Männern durchgeführt. Einige Pharmakonzerne begründen den Fokus
25 auf männliche Personen damit, dass der weibliche Zyklus zu variabel sei, um
26 finanziell tragbar eine Studienteilnahme zum richtigen Zykluszeitpunkt
27 sicherzustellen. Allerdings haben die Frauen, die die zugelassenen Medikamente

28 nehmen, auch einen Zyklus. Das Ergebnis sind unerwartete Nebenwirkungen. Durch
29 die Auslegung der Dosierungen auf Männer können Frauen sich nicht sicher sein,
30 ob die Angaben der Verpackungsbeilage so auch für sie zutreffen – und im
31 schlimmsten Fall hat das Medikament gar nicht die Wirkung, die es haben soll.
32 Das Gleiche betrifft auch BIPoC.

33 Ähnliches zeigt sich auch für Forschung aus anderen Bereichen - so wurde
34 psychologische und neurowissenschaftliche Forschung lange sehr männlich- und
35 weiß-zentrisch durchgeführt. Dadurch werden die unterschiedlichen Erfahrungen
36 marginalisierter Gruppen nicht abgebildet und finden wenig bis keine Beachtung.
37 Ein markantes Beispiel ist auch, dass überproportional an Krankheiten geforscht
38 wird, die Männer betreffen. Über den weiblichen Zyklus oder Erkrankungen die
39 Menstruierende betreffen, wie z.B. Endometriose, wissen wir jedoch sehr wenig,
40 weil die Forschung dazu fehlt und es auch schwierig ist, Gelder für diese Themen
41 einzuwerben. Ein Beispiel dafür, dass der Fokus auf männliche
42 Krankheitsperspektiven tödlich sein kann, ist der Herzinfarkt. Während Männer
43 ihre Symptome „klassisch, wie aus dem Lehrbuch“ berichten, schildern Frauen
44 Symptome schon rein sprachlich anders, benutzen andere Vergleiche („Das ist wie
45 Menstruationsschmerzen in der Brust“) und werden dadurch überdurchschnittlich
46 häufig fehldiagnostiziert. Ein verkannter Herzinfarkt kann tödlich sein.

47 Beispiele wie diese gibt es viele.

48 Wir fordern, dass Forschung paritätisch und intersektional stattfindet und dafür
49 explizit gefördert wird. Medikamente müssen ausreichend an allen Geschlechtern
50 getestet werden, bevor sie zugelassen werden dürfen. Erkrankungen, die
51 Menstruierende betreffen, müssen beforscht werden.

52 **Algorithmen und Optimierungsprozesse**

53 Algorithmen vereinfachen bereits jetzt viele Bereiche des Lebens, ihr Einsatz
54 wird sich in Zukunft verstärken. Algorithmen werden unter anderem genutzt, um
55 Entscheidungen und Vorhersagen zu treffen. Gleichzeitig sind diese
56 Entscheidungen und Vorhersagen davon abhängig, welche Datengrundlage der
57 Algorithmus zur Verfügung gestellt bekommt. Die Daten, die zur Verfügung stehen,
58 sind oft weiß und männlich dominiert. Das hat auf der einen Seite triviale
59 Folgen, wie zum Beispiel, dass Spracherkennung oft männliche Stimmen besser
60 erkennt als weibliche. Räume werden so klimatisiert, dass sie angenehmer für
61 Männer sind, als für Frauen. Der automatische Fokus eines iPhones funktioniert
62 nur für weiße, nicht aber für Schwarze Gesichter.

63 Jedoch betrifft das auf der anderen Seite auch alle anderen Bereiche, in denen
64 Algorithmen für Optimierungsprozesse eingesetzt werden, zum Beispiel die
65 Berechnung von privaten Krankenkassenbeiträgen, bei denen BIPoC und Frauen oft

66 benachteiligt werden weil Algorithmen aufgrund ihrer programmierten Classifier
67 einen Gender oder Race bias haben. Oder die Identifizierung von Risikogruppen
68 für Herzinfarkte: Wenn der Algorithmus keine Daten über Frauen und BIPOC hat,
69 und diese andere Risikofaktoren haben als weiße Männer, wird der Algorithmus sie
70 nicht identifizieren.

71 Wir fordern, dass bei öffentlichen Aufträgen Vorgaben zur Vermeidung solcher
72 Verzerrungen und Fehlkalkulationen festgelegt werden. Algorithmen dürfen
73 diskriminierende Strukturen nicht verstärken.

74 **Sicherheit im Verkehr**

75 Ein weiteres lebenswichtiges Thema ist Verkehrssicherheit. Oft werden Crashtests
76 nur mit Dummies durchgeführt, die einem durchschnittlichen Männerkörper
77 nachgebildet sind. Dummies, die einem durchschnittlichen Frauenkörper
78 nachgebildet sind, sind dagegen selten in Benutzung. Wenn sie genutzt werden,
79 dann oft nur auf dem Beifahrer:innensitz. Das hat zur Folge, dass Autos für
80 Männer sicherer und anwendungsfreundlicher sind als für Frauen.

81 Daher fordern wir, dass Autohersteller verpflichtet werden, gleichermaßen
82 Sicherheitsstandard für alle Geschlechter und demnach für alle Körpertypen
83 herzustellen. Diese Sicherheit muss natürlich auch für Busse, Bahnen, Flugzeuge
84 oder sonstige Fortbewegungsmittel gelten.

85 Vieles wissen wir noch nicht – Forschung zum Data Gap fördern!

86 Es existieren viele weitere Beispiele und dieser Antrag erhebt keinen Anspruch
87 auf Vollständigkeit. Um diese Ungerechtigkeiten aufzudecken ist Forschung
88 notwendig.

89 Daher fordern wir, dass der Bund und das Land Forschung auf dem Gebiet des Data
90 Gap gezielt fördern:

- 91 • Wir brauchen Forschungsprogramme zu intersektionalen Perspektiven in allen
92 Bereichen der Wissenschaft und Industrie.

- 93 • Wir fordern im Anschluss daran die gezielte Förderung von Menschen in der
94 Wissenschaft, die diese intersektionalen Perspektiven mitbringen weil sie
95 einer marginalisierten Gruppe angehören.

- 96 • Wir fordern spezifische Förderprogramme für Forschung, die sich das Ziel

97 setzt, den Datenrückstand bei marginalisierten Gruppen zu beseitigen. Das
98 betrifft beispielsweise Forschung zu Menstruation und Erkrankungen die
99 Menstruierende betreffen.

100 • Wir fordern ebenso eine Reform des Arzneimittelgesetzes dahingehend, dass
101 in Zulassungsstudien von Medikamenten die Stichproben repräsentativ für
102 unsere Gesellschaft sein müssen.

103 • Um die Denkmuster zu durchbrechen, müssen intersektionale Themen und
104 Aspekte in Schule, Hochschule und Ausbildung gezielt eingeführt werden.

G02 Mehrwertsteuersenkung reicht uns nicht – Hygieneprodukte müssen frei zugänglich sein!

Antragsteller*in: Jusos Dresden
Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Bundeskongress der Jusos sowie
2 den Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den
3 Bundesparteitag weiterleiten:

4 Der Zugang zu Hygieneprodukten in guter Qualität darf nicht vom Kontostand
5 abhängen. Zudem sollten menstruierende Personen nicht allein deswegen monatliche
6 Mehrkosten haben. Durchschnittlich entstehen jährliche Kosten von etwa 80 €
7 allein für Tampons, Binden und co., dazu kommen Kosten für Schmerzmittel und
8 andere notwendige Produkte, sodass die tatsächliche finanzielle Belastung noch
9 höher liegt.

10 Nach schottischem Vorbild sollen deshalb kostenlose Menstruationsprodukte wie
11 Tampons, Binden oder Menstruationstassen an Ausbildungsstätten (Schulen,
12 Universitäten, Hochschulen) sowie an öffentlichen Orten wie Gemeinde- bzw.
13 Stadtteilzentren, Jugendclubs und in Apotheken zur Verfügung gestellt werden,
14 sodass alle Personen ihren Bedarf an diesen notwendigen Produkten stillen
15 können. Dabei ist auf eine ausreichende Auswahl an Produkten zu achten, um den
16 individuellen Anforderungen der Nutzer*innen gerecht zu werden.

17 Für die Finanzierung ist es dabei wichtig, dass die Mittel in Höhe von etwa 1,5
18 Mrd. € pro Jahr bezogen auf ganz Deutschland nicht aus dem ohnehin schon
19 geringen Budget für soziale Projekte genommen werden.

20 Zudem soll von Seiten der Bundes- und Landesregierung mehr Aufklärung über das
21 Thema Menstruation und verschiedene Arten von Menstruationsprodukten geboten
22 werden. Dabei soll beispielsweise auf die Vorteile von wiederverwendbaren,
23 umweltfreundlicheren Alternativen zu Tampon oder Binde aufmerksam gemacht
24 werden, zum Beispiel die Menstruationstasse – insbesondere in Apotheken soll auf
25 diese Alternativen aufmerksam gemacht werden.

26 Andererseits soll es mehr Aufklärung über den Menstruationszyklus geben, da
27

28 dieser natürliche Prozess noch immer ein gesellschaftliches Tabuthema darstellt.
29 Ohne dieses Tabu zu brechen, wird es nicht möglich sein, gesellschaftliche
30 Debatten zu führen, die eine gerechtere Situation für Menstruierende schaffen
können.

31 Somit soll nicht nur eine finanzielle Entlastung stattfinden, sondern das Thema
32 Menstruation für alle Zeit enttabuisiert und normalisiert werden.

G02NEU Mehrwertsteuersenkung reicht uns nicht – Hygieneprodukte müssen frei zugänglich sein!

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Der Zugang zu Hygieneprodukten in guter Qualität darf nicht vom Kontostand
2 abhängen. Zudem sollten menstruierende Personen nicht allein deswegen monatliche
3 Mehrkosten haben. Durchschnittlich entstehen jährliche Kosten von etwa 80 €
4 allein für Tampons, Binden und co., dazu kommen Kosten für Schmerzmittel und
5 andere notwendige Produkte, sodass die tatsächliche finanzielle Belastung noch
6 höher liegt.

7 Nach schottischem Vorbild sollen deshalb kostenlose Menstruationsprodukte wie
8 Tampons, Binden oder Menstruationstassen an Ausbildungsstätten (Schulen,
9 Universitäten, Hochschulen) sowie an öffentlichen Orten wie Gemeinde- bzw.
10 Stadtteilzentren, Jugendclubs und in Apotheken zur Verfügung gestellt werden,
11 sodass alle Personen ihren Bedarf an diesen notwendigen Produkten stillen
12 können. Dabei ist auf eine ausreichende Auswahl an Produkten zu achten, um den
13 individuellen Anforderungen der Nutzer*innen gerecht zu werden.

14 Für die Finanzierung ist es dabei wichtig, dass die Mittel in Höhe von etwa 1,5
15 Mrd. € pro Jahr bezogen auf ganz Deutschland nicht aus dem ohnehin schon
16 geringen Budget für soziale Projekte genommen werden.

17 Zudem soll von Seiten der Bundes- und Landesregierung mehr Aufklärung über das
18 Thema Menstruation und verschiedene Arten von Menstruationsprodukten geboten
19 werden. Dabei soll beispielsweise auf die Vorteile von wiederverwendbaren,
20 umweltfreundlicheren Alternativen zu Tampon oder Binde aufmerksam gemacht
21 werden, zum Beispiel die Menstruationstasse – insbesondere in Apotheken soll auf
22 diese Alternativen aufmerksam gemacht werden.

23 Andererseits soll es mehr Aufklärung über den Menstruationszyklus geben, da
24 dieser natürliche Prozess noch immer ein gesellschaftliches Tabuthema darstellt.
25 Ohne dieses Tabu zu brechen, wird es nicht möglich sein, gesellschaftliche
26 Debatten zu führen, die eine gerechtere Situation für Menstruierende schaffen
27 können.

28 Somit soll nicht nur eine finanzielle Entlastung stattfinden, sondern das Thema
29 Menstruation für alle Zeit enttabuisiert und normalisiert werden.

G03 Auch Väter sind vollwertige Eltern.

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Bundeskongress der Jusos sowie
2 den Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den
3 Bundesparteitag weiterleiten:

4 Wir fordern, dass beim Um- oder Neubau öffentlicher Toiletten darauf geachtet
5 werden muss, dass jedes Elternteil Zugang zu einem Wickeltisch hat. Wenn es also
6 keinen extra geschlechtsneutralen Raum mit Wickeltisch geben kann, muss dafür
7 gesorgt werden, dass nicht nur auf der Frauentoilette, sondern auch
8 Männertoilette ein Wickeltisch zur Verfügung steht.

9 Vätern soll somit die Möglichkeit gegeben werden, sich im öffentlichen Raum auf
10 gleiche Weise um ihre Kinder kümmern zu können.

G03NEU Auch Väter sind vollwertige Eltern.

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Wir fordern, dass beim Um- oder Neubau öffentlicher Toiletten darauf geachtet
2 werden muss, dass jedes Elternteil Zugang zu einem Wickeltisch hat. Wenn es also
3 keinen extra geschlechtsneutralen Raum mit Wickeltisch geben kann, muss dafür
4 gesorgt werden, dass nicht nur auf der Frauentoilette, sondern auch
5 Männertoilette ein Wickeltisch zur Verfügung steht.

6 Vätern soll somit die Möglichkeit gegeben werden, sich im öffentlichen Raum auf
7 gleiche Weise um ihre Kinder kümmern zu können.

G04 Nicht-binäre Toilettenaustattung

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Bundeskongress der Jusos sowie
2 den Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den
3 Bundesparteitag weiterleiten:

4 Menstruierende trans Männer und menstruierende nicht-binäre Personen sind auf
5 öffentlichen Männertoiletten bei der Entsorgung von Hygieneprodukten
6 eingeschränkt, da anders als bei Frauentoiletten keine Entsorgungsmöglichkeit
7 für diese innerhalb der Toilettenkabinen vorhanden ist.

8 Deshalb fordern wir, dass auf allen öffentlichen Männertoiletten die
9 Toilettenkabinen mit Mülleimern für Hygieneprodukte ausgestattet sind.

G04NEU2 Nicht-binäre Toilettenaustattung

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Menstruierende Männer und menstruierende nicht-binäre Personen sind auf
2 öffentlichen Männertoiletten bei der Entsorgung von Hygieneprodukten
3 eingeschränkt, da anders als bei Frauentoiletten keine Entsorgungsmöglichkeit
4 für diese innerhalb der Toilettenkabinen vorhanden ist.

5 Deshalb fordern wir, dass auf allen öffentlichen Toiletten die Toilettenkabinen
6 mit Mülleimern für Hygieneprodukte ausgestattet sind.

G04NEU Nicht-binäre Toilettenaustattung

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: 0.G - Gleichstellung

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Bundeskongress der Jusos sowie
2 den Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den
3 Bundesparteitag weiterleiten:

4 Menstruierende Männer und menstruierende nicht-binäre Personen sind auf
5 öffentlichen Männertoiletten bei der Entsorgung von Hygieneprodukten
6 eingeschränkt, da anders als bei Frauentoiletten keine Entsorgungsmöglichkeit
7 für diese innerhalb der Toilettenkabinen vorhanden ist.

8 Deshalb fordern wir, dass auf allen öffentlichen Toiletten die Toilettenkabinen
9 mit Mülleimern für Hygieneprodukte ausgestattet sind.

O01 Stärkung der ländlichen Unterbezirke - Quote 2.0

Antragsteller*in: Jusos Lausitz

Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 Die LDK möge beschließen, die Richtlinien der Jusos Sachsen zu ändern. Der § 5
2 Abs. 2 soll wie folgt lauten:

3 „Die Landesdelegiertenkonferenz setzt sich aus Delegierten zusammen. Jeder
4 Unterbezirk erhält fünf Grundmandate. Die übrigen Mandate werden entsprechend
5 der Zahl der SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres sowie der
6 Juso-Unterstützer und –Unterstützerinnen durch folgendes Verfahren ermittelt:
7 Für jeden Mitgliederanteil eines Unterbezirks in Höhe von 5 von Hundert der
8 Gesamtmitgliederanzahl des Landesverbandes erhält der jeweilige Unterbezirk ein
9 weiteres Mandat. Die Delegierten sind mindestens alle zwei Jahre auf einer
10 Unterbezirkskonferenz zu wählen. Zusätzlich erhält jede vom Landesvorstand
11 ordentlich anerkannte Projektgruppe ein Grundmandat, die Delegierten sind
12 mindestens alle zwei Jahre auf einer Mitgliederversammlung zu wählen.
13 Delegierte sind dem Landesverband spätestens zur Antragsfrist zu melden.“

Begründung

Die großen Städte Leipzig und Dresden sowie Chemnitz stellen sachsenweit ein großes Übergewicht dar, welches vor allem in Bezug auf Delegierten- und Mitgliederzahlen deutlich wird. So stellen die drei Städte in Bezug auf die EinwohnerInnen der entsprechenden Regionen rund ein Drittel dar, hingegen ihre Mandate für die Landesdelegiertenkonferenzen fast die Hälfte der Delegierten einer Konferenz ausmachen. Und damit auch die Hälfte der Stimmen. Gerade in Bezug auf die ländlichen Unterbezirke, die in ihrem Dasein die restliche Bevölkerung darstellen, halten wir diese "Verzerrung" für ungerecht bzw. nicht gerechtfertigt.

Die Ableitung der Mandate je Unterbezirk hinsichtlich der MitgliederInnen der jeweiligen Unterbezirke halten wir zwar im Grunde für sinnvoll, jedoch muss unserer Meinung nach auch eine adäquate Repräsentation der Bevölkerung erfolgen, denn: Wir denken, die Beschlüsse der LDK sollte im Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Interesses stehen. Dessen sind wir überzeugt. Deshalb darf unserer Perspektive nach eine Verzerrung der Delegiertenzahl zu Ungunsten der ländlichen Bezirke, wie sich bei den letzten LDK's von Bestand war, nicht weiter stattfinden. Das Stimmengewicht folglich von der gesellschaftlichen Mehrheit der ländlichen Gebiete auf die städtischen zu transferieren halten wir für undemokratisch und ungerecht.

Um dies zu beheben, streben wir als Jusos Lausitz eine Quotierung der Delegierten an, in der die Mitgliederzahlen der einzelnen Unterbezirke sowie die gesellschaftlichen Verhältnisse angemessene Beachtung finden.

Diese Quote 2.0 wird analog zur Quotierung der gleichberechtigten Abbildung von Geschlechtern in Verbandsorganen verwendet. Schließlich gibt es mehr männliche als weibliche Mitglieder bei den Jusos Sachsen, dennoch wird zur gerechten Geschlechterabbildung in Organen (z.B. Vorstand oder Delegiertenplätze zum BuKo) die Auswahl der Personen quotiert. Diese Quotierung soll – wenn auch in abgeschwächter Form – nun auch bei der Berücksichtigung der Organmitglieder zumindest bei der Anzahl der Delegierten zur LDK angewandt werden.

Es wird daher empfohlen, die Richtlinien für die Delegiertenbestimmung zur LDK in folgenden Punkten zu ändern:

Erhöhung der Grundmandate auf 5 Mandate für jeden UB,

pro 5 % Mitgliederanteil des UB vom Landesverband je ein weiteres Mandat,

Verfahren der Mandatsermittlung der JHG und Schüler*innen bleibt unberührt.

Beispiel 1: UB SV Leipzig (661 von 1616 Mitgliedern)

à Grundmandate: 5

à $661 \text{ geteilt durch } 1616 = 0,4090$ (entspricht rund 40,9 % der Mitglieder des LV)

à $40,9 \% \text{ geteilt durch } 5 \% = 8,18$ à entspricht 8 weitere Mandate

à UB SV Leipzig entsendet 13 Mandate zur LDK.

Beispiel 2: UB Chemnitz (85 von 1616 Mitgliedern)

à Grundmandate: 5

à $85 \text{ geteilt durch } 1616 = 0,0526$ (entspricht rund 5,26 % der Mitglieder des LV)

à $5,26 \% \text{ geteilt durch } 5 \% = 1,05$ à entspricht 1 weiteres Mandat

à UB Chemnitz entsendet 6 Mandate zur LDK.

Beispiel 3: UB Lausitz (38 von 1616 Mitgliedern)

à Grundmandate: 5

à $38 \text{ geteilt durch } 1616 = 0,0235$ (entspricht rund 2,35 % der Mitglieder des LV)

à $2,35 \% \text{ geteilt durch } 5\% = 0,47$ à entspricht kein weiteres Mandat

à UB Lausitz entsendet 5 Mandate zur LDK.

Nach diesem Verfahren würden die Großstädte Leipzig, Chemnitz und Dresden ca. ein Drittel der Delegierten stellen. Passend zur Bevölkerungszahl in Sachsen. Das Verfahren ist angelehnt an die Ermittlung der Delegiertenmandate der Bundesausschüsse 2018.

O03 Umfassende Awareness-Strukturen im eigenen Verband schaffen

Antragsteller*in: Jusos Dresden

Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen:

2 Als Jusos sind wir ein feministischer, antirassistischer und die Rechte queerer
3 Menschen vertretender Richtungsverband und haben die Aufgabe, dies auch nach
4 innen in unsere eigenen Strukturen zu tragen. Dabei haben wir insbesondere die
5 Aufgabe, Räume herzustellen, die möglichst diskriminierungsarm sind und dabei
6 Menschen, die alltäglich Diskriminierung ausgesetzt sind, strukturell zu
7 unterstützen.

8 Ergänzend zu vorangegangenen Beschlüssen zur Bereitstellung von Awareness Teams
9 bei mehrtägigen Veranstaltungen der Landesdelegiertenkonferenzen sowie
10 mehrtägigen Veranstaltungen der Jusos Sachsen oder der einzelnen Unterbezirke
11 soll:

- 12 • es für jeden Unterbezirk zwei ständig gewählte Awareness-Beauftragte
13 geben, dabei muss sich mindestens eine Person als weiblich identifizieren.
14 Die Awareness- Beauftragten sollen über eine E-Mail-Adresse auch außerhalb
15 von Veranstaltungen erreichbar sein.

- 16 • zu jeder größeren Veranstaltung auch kürzerer Dauer Awareness-Teams zur
17 Verfügung gestellt werden. Dabei muss sich mindestens eine Person als
18 weiblich identifizieren.

- 19 • um die Verfügbarkeit von Personen in der Awareness-Arbeit zu sichern,
20 einmal pro Jahr ein Workshop zur Awareness-Arbeit abgehalten werden.

O03NEU Umfassende Awareness-Strukturen im eigenen Verband schaffen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 Als Jusos sind wir ein feministischer, antirassistischer und die Rechte queerer
2 Menschen vertretender Richtungsverband und haben die Aufgabe, dies auch nach
3 innen in unsere eigenen Strukturen zu tragen. Dabei haben wir insbesondere die
4 Aufgabe, Räume herzustellen, die möglichst diskriminierungsarm sind und dabei
5 Menschen, die alltäglich Diskriminierung ausgesetzt sind, strukturell zu
6 unterstützen.

7 Ergänzend zu vorangegangenen Beschlüssen zur Bereitstellung von Awareness Teams
8 bei mehrtägigen Veranstaltungen der Landesdelegiertenkonferenzen sowie
9 mehrtägigen Veranstaltungen der Jusos Sachsen oder der einzelnen Unterbezirke
10 soll:

- 11 • es für jeden Unterbezirk zwei ständig gewählte Awareness-Beauftragte
12 geben, dabei muss sich mindestens eine Person als weiblich identifizieren.
13 Die Awareness- Beauftragten sollen über eine E-Mail-Adresse auch außerhalb
14 von Veranstaltungen erreichbar sein.

- 15 • zu jeder größeren Veranstaltung auch kürzerer Dauer Awareness-Teams zur
16 Verfügung gestellt werden. Dabei muss sich mindestens eine Person als
17 weiblich identifizieren. Die Personen im Awareness-Team dürfen auf der
18 Organisationsebene der Veranstaltung oder höheren Ebenen kein gewähltes
19 Amt tragen. Bei Veranstaltungen auf Landesebene soll sichergestellt
20 werden, dass die Mitglieder des Awareness-Teams aus unterschiedlichen
21 Unterbezirken stammen.

- 22 • um die Verfügbarkeit von Personen in der Awareness-Arbeit zu sichern,
23 einmal pro Jahr ein Workshop zur Awareness-Arbeit abgehalten werden.

Awareness-Konzept

25 Awareness bedeutet: Sich bewusst sein, sich informieren, für bestimmte
26 Problematiken sensibilisiert sein. Awareness ist ein Konzept, das sich gegen
27 Grenzverletzung, Gewalt und Diskriminierung stellt und versucht,
28 Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Da Machtverhältnisse auf institutioneller,
29 zwischenmenschlicher und ideologischer Ebene ständig und überall existieren,
30 gibt es keine Räume, die als diskriminierungsfrei gelten können. Um diesen
31 ungleichen Machtverhältnissen etwas entgegenzusetzen, ist es umso wichtiger,
32 Grenzverletzungen und Diskriminierungen zu thematisieren, anstatt sie zu
33 tolerieren, aber auch Handlungsalternativen aufzuzeigen. Das Awareness-Konzept
34 soll zu einer Bewusstmachung der eigenen Person, der eigenen (meist *weißen*)
35 Privilegien und der bestehenden Machtstrukturen sowie zu einer Offenheit für
36 Positionen Anderer anregen. Damit soll eine Sensibilisierung für Formen der
37 Diskriminierung, Grenzüberschreitung und Gewalt erreicht werden. Zentral ist
38 dabei, anzuerkennen, dass **keinMensch** vorurteilsfrei und diskriminierungsfrei im
39 Umgang mit Anderen ist. Deshalb muss eine bewusste Reflexion darüber bei jeder
40 einzelnen Person stattfinden. Awareness geht uns alle an - denn nur in der
41 aktiven Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen können wir diesen etwas
42 entgegensetzen, sie verändern und nach und nach abbauen.

43 Sexistische, rassistische, homo-, transphobe, ableistische oder vergleichbare
44 Übergriffe werden dabei immer nur auf Grundlage der Einschätzung und Empfindung
45 betroffener Person selbst als grenzüberschreitend definiert (kurze Erläuterungen
46 zu den Begriffen finden sich im Abschnitt „Einige (natürlich nicht alle!)
47 Diskriminierungsformen“). Situationen können von Mensch zu Mensch
48 unterschiedlich wahrgenommen werden, deshalb gibt es keine allgemeine Definition
49 von Übergriffen. Verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten wird also
50 immer dem Effekt und nicht der Absicht nach beurteilt. Gefühle wie
51 Ausgeliefertsein und Ohnmacht können dadurch verringert und ein Verständnis
52 darüber geschaffen werden, dass persönlich erlebte Grenzen - egal in welcher
53 Form sie auftreten - richtig sind und akzeptiert werden müssen. Um Menschen, die
54 von diskriminierendem Verhalten betroffen sind zu unterstützen, ist es wichtig,
55 dass von der Seite der betroffenen Person aus gearbeitet wird: es wird eine
56 solidarische Haltung eingenommen und die Vorfälle werden nicht in Frage
57 gestellt. Eine "neutrale" Haltung ist in einer solchen Situation nicht sinnvoll.
58 Sie schadet am Ende nur der betroffenen Person, während sie die beschuldigte
59 Person schützt.

60 Awareness-relevante Themen sind immer im Kontext aktueller Themen zu sehen;
61 jeder Tag kann neue Geschehnisse hervorrufen. Wir Menschen im Awareness-Team
62 sind keine Profis und können/wollen keine sein. Wir sind offen für Neues und
63 Kritik, darum kontaktiert uns gerne und jederzeit.

65 **Wer sind wir und wann?**

66 Wir sind Ansprechpartner*innen und Vermittler*innen bei grenzüberschreitendem,
67 übergriffigem und diskriminierendem Verhalten. Oder wenn du einfach "nur" reden
68 magst. Wir sind jedoch keine ausgebildeten Notfall-Seelsorger*innen.
69 Jede einzelne Veranstaltung kann für sich allein schon eine große
70 Herausforderung darstellen, und für viele Personen eine Erfahrung sein, die
71 bewegend und anstrengend, herausfordernd und auch verstörend sein kann. Wir alle

72 erleben uns in Ausnahmesituationen anders und wie wir darauf reagieren, hängt
73 von vielen verschiedenen Faktoren ab. Wir möchten auch festhalten, dass nichts
74 „Handfestes“ oder „Ernstes“ passieren muss, um Awareness-Strukturen in Anspruch
75 zu nehmen. Gefühle und Gedanken sind real und können Aufmerksamkeit und
76 Zuwendung erfordern.

77 Es gibt einige Themengebiete, die nicht in unseren Aufgabenbereich fallen. Dazu
78 gehören psychosoziale Notfallsituationen.

79 Innerhalb von Dresden könnt ihr euch auch an den Psychosozialen Krisendienst des
80 Gesundheitsamts Dresden (0351 4 88 53 41), das Dresdner Krisentelefon „Telefon
81 des Vertrauens“ (0351 8 04 16 16), die Opferhilfe Dresden e. V (0351 8 01 01 39)
82 und vor allem auch die Opferberatung (Beratungsstelle für Betroffene rechter und
83 fremdenfeindlicher Gewalt) der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung,
84 Integration und Demokratie e. V. (RAA) (0351 8 89 41 74 oder 0172 9 74 12 68)
85 wenden.

87 **Was bedeutet Diskriminierung?**

88 „Unter „Diskriminierung“ verstehe ich [...] „die Verwendung von kategorialen,
89 das heißt vermeintlich eindeutigen und trenn- scharfen Unterscheidungen zur
90 Herstellung, Begründung und Rechtfertigung von Ungleichbehandlung mit der Folge
91 gesellschaftlicher Benachteiligungen [...]. Den Diskriminierten wird der Status
92 des gleichwertigen und gleichberechtigten Gesellschaftsmitglieds bestritten;
93 ihre faktische Benachteiligung wird entsprechend nicht als ungerecht bewertet,
94 sondern als unvermeidbares Ergebnis ihrer Andersartigkeit betrachtet.“ (Scherr
95 2016: 3) [...] Damit [produziert] Diskriminierung gleichzeitig strukturelle
96 Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse.“

97 Bönkost, Jule (2016): De_Stabilisationsdreieck: Ein Werkzeug für
98 diskriminierungskritische Lehre. Veröffentlicht beim Antirassistisch-
99 Interkulturellen Informationszentrum ARiC Berlin e. V.

100 Scherr, Albert (2016): „Diskriminierung/Antidiskriminierung – Begriffe und
101 Grundlagen“. Aus Politik und Zeitgeschichte 9, 3-10.

102 Beim Thema Diskriminierung ist die Solidarität mit BIPOCs (Schwarz, Indigen und
103 Personen of Color) besonders wichtig. Dazu gehört auch, auf weiße Privilegien
104 hinzuweisen. Diese werden z.B. sichtbar, wenn weiße Menschen rassistische
105 Situationen nicht erkennen, nicht mitbekommen und sich nicht solidarisieren.
106 BIPOC haben aufgrund von rassistischen Zuschreibungen eine viel höhere
107 Wahrscheinlichkeit von Repression und rassistischer Polizeigewalt betroffen zu
108 sein. Bei Demonstrationen fühlen sich viele weiße Menschen von der (größtenteils
109 weißen) Masse vor Repression geschützt. Gemeinsam müssen wir Wege finden, sodass
110 auch BIPOC sich in der Masse geschützter fühlen können.

112 Auch sexistisches Verhalten und sexualisierte Gewalt wollen wir auf unseren
113 Veranstaltungen nicht tolerieren.

115 **Einige (natürlich nicht alle!) Diskriminierungsformen**

116 **Rassismus**

117 beschreibt die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer zugeschriebenen
118 ethnischen Zugehörigkeit und kulturellen Merkmalen oder Herkunft.

119 **Sexismus**

120 meint die Diskriminierung aufgrund des zugeschriebenen Geschlechts (gender),
121 ebenso wie erwartete Verhaltensweisen und Stereotypen, wobei männlich gelesenen
122 Menschen strukturell institutionalisierte Privilegien zukommen.

123 **Klassismus**

124 meint die Diskriminierung von Menschen in Bezug auf ihren gesellschaftlichen
125 Status.

126 **Homofeindlichkeit**

127 bezeichnet die Diskriminierung gegen lesbische, schwule und queere Menschen.

128 **Bifeindlichkeit**

129 beschreibt die Diskriminierung gegenüber bisexuellen Menschen.

130 **Cis-Sexismus**

131 bezeichnet die Diskriminierung von Trans*-Menschen und nicht-binären Menschen,
132 also Personen, welche sich nicht dem binären Geschlechtersystem zuordnen. Mit
133 cis-Personen sind solche Personen gemeint, deren Gender-Identität mit dem ihnen
134 bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht übereinstimmt.

135 **Ableismus**

136 bezeichnet die Diskriminierung gegenüber Menschen, denen eine geistige und/oder
137 körperliche „Beeinträchtigung“ zugeschrieben wird.

138 **Antisemitismus**

139 meint die Feindlichkeit gegenüber Jüdinnen und Juden.

140 **GADJE Rassismus**

141 bezieht sich auf die Diskriminierung, Ausgrenzung und Ablehnung gegenüber Sinti
142 und Sintize sowie Roma und Romnija.

143 **Lookismus**

144 bezeichnet die strukturelle Diskriminierung in Form von Abwertung gegenüber
145 bestimmter Körper (-formen) und Aussehen; oft einhergehend mit einer
146 Zuschreibung von negativen Charaktereigenschaften und Vorurteilen.

147 **Altersdiskriminierung/Ageism**

148 bezeichnet die soziale, politische und ökonomische Benachteiligung von Menschen
149 aufgrund ihres Alters.

150 **Intersektionalität**

151 Die Diskussion einzelner Diskriminierungsgründe nur getrennt zu behandeln
152 entspricht häufig nicht der Realität betroffener Menschen. Oft kommt es zu einer
153 Überschneidung von Diskriminierungsmerkmalen, wobei verschiedene Formen der
154 Diskriminierung interagieren und sich gegenseitig verstärken.

156

157

158 **Was könnt ihr tun?**

159 Auf Veranstaltungen kommen viele Menschen mit unterschiedlichen Vorgeschichten,
160 Fragen und Bedürfnissen zusammen. Wir möchten euch dazu einladen, ein Klima zu
161 schaffen, in dem sich alle Menschen wohl fühlen können und wir...

- 162
- diskriminierendes Verhalten thematisieren können

- 163 • uns trauen nachzufragen, wenn wir etwas nicht verstanden haben
- 164 • Fachwörter und Szene-Codes erklärt werden, um alle in Gespräche
165 einzubeziehen
- 166 • darauf achten, wer wie viel spricht, wer nicht und warum nicht
- 167 • ob alle in ihren Bedürfnissen gesehen werden
- 168 • uns trauen können zu „sein“
- 169 • selbstverantwortlich mit unseren Grenzen und den Grenzen anderer umgehen
- 170 • beginnen unsere Privilegien zu reflektieren und einen sensibilisierten
171 Umgang zu üben

172 **Was tun...**

173 **...wenn ich grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten erlebe?**

174 **...wenn ich mich grenzüberschreitend oder diskriminierend verhalte?**

175 Die Herausforderung einer*s jeden von uns ist es, dass wir in Gesellschaften
176 aufgewachsen sind, in denen Ausgrenzungen und Unterdrückungen alltäglich sind.
177 Privilegien, diskriminierendes Verhalten und Grenzüberschreitungen betreffen
178 Veranstaltungen genauso wie unseren Alltag. Für Betroffene sind die Erfahrungen
179 schmerzhaft und erzeugen häufig ein Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit,
180 unabhängig davon, ob auslösendes Verhalten bewusst oder unbewusst stattfindet.
181 Auf Seiten der privilegierten Person können Verhaltensweisen und Aussagen so
182 normalisiert sein, dass sie nicht als Diskriminierung und Grenzüberschreitung
183 wahrgenommen werden. Das eigene Erkennen von Privilegien ist essentiell, um
184 gemeinsam auf dem Weg in eine solidarische, emanzipatorische Welt weiterzugehen
185 – frei von Herrschaft und Diskriminierung.

186 Wenn du dich deiner Grenzen überschritten oder diskriminiert fühlst, kannst du
187 dich mitteilen. Einer Person deines Vertrauens oder einem Menschen aus dem
188 Awareness Team (das Team trägt bunten Warnweste). Das kann Dir womöglich helfen
189 das Geschehene zu reflektieren, einzuordnen und den Gefühlen Raum zu geben, die
190 damit verbunden sind. Jede*r kann nur für sich selbst entscheiden, wann sie*_er*
191 eine Grenzüberschreitung erlebt hat, wie sich diese anfühlt und wie sie*_er*
192 dabei unterstützt werden möchte, um sich wieder selbst zu ermächtigen. Wenn du
193 willst, suche das Gespräch mit den Personen aus der Situation, die du als
194 grenzüberschreitend/diskriminierend erlebt hast, vielleicht möchtest du eine
195 dritte Person hinzuziehen z.B. eine Person aus dem Awareness-Team. Dazu bist du
196 jedoch nicht verpflichtet! Sei dir bewusst, dass du keinerlei Erklärung schuldig
197 bist - du alleine ziehst deine Grenzen und es kann sehr anstrengend sein,
198 anderen immer wieder erklären zu müssen, wo diese liegen. Deshalb liegt die
199 Verantwortung für ein achtsames Miteinander bei den Personen, die Privilegien
200

201 besitzen, welche anderen verwehrt bleiben. Lest, hört zu, tauscht euch aus - und
202 vermeidet ein Ausfragen von betroffenen Personen, um euren Un_Wissenstand
203 auszubessern. Es ist nicht die Aufgabe der Betroffenen, andere zu "belehren" und
204 dabei immer wieder von schmerzhaften Erfahrungen erzählen und diese dadurch
205 wiederholt durchleben zu müssen.

206 Wenn du auf deine Privilegien aufmerksam gemacht wirst, möchten wir dich
207 einladen, diesem Hinweis offen zu begegnen und der Person, die dein Verhalten
208 möglicherweise als grenzüberschreitend oder diskriminierend erlebt hat, Raum,
209 Verständnis und Wertschätzung entgegen zu bringen. Sei dir bewusst, dass nicht
210 du, sondern dein situationsabhängiges Verhalten Ursache für die Reaktion sind.
211 Diese Fragen im Hinterkopf helfen dir vielleicht weiter über das Thema
212 nachzudenken: Welche gesellschaftlichen Strukturen begünstigen Hierarchien und
213 Diskriminierungen? Wo stehe ich selbst in diesem Geflecht aus Hierarchien,
214 Diskriminierungen und Privilegien? Welche (gesellschaftlichen) Veränderungen
215 können diese verändern bzw. beenden? Und was gibt Betroffenen Kraft und
216 Selbstbestimmung (zurück)?

217 Jede*r von uns hat einen ganz persönlichen Un_Wissensstand. Dieser ist stark
218 durch gesellschaftliche Strukturen geprägt. Daher kann es dein Privileg sein,
219 wenn du bisher nicht mit einem bestimmten Thema konfrontiert wurdest oder Zeit
220 hattest dich in ein anderes in Tiefe einzuarbeiten. Wir möchten dich einladen,
221 dein Un_wissen und das der anderen respektvoll zu behandeln und in einen
222 produktiven Austausch zu treten. Versuch, beim Teilen deines Un_Wissens,
223 Fachbegriffe oder Szene-Begriffe zu erklären oder zu erfragen, um
224 Sprachbarrieren abzubauen. Holt Dritte dazu, wenn ihr alleine nicht weiterkommt!
225 Vielleicht kannst du dich an deine Erfahrungen und Gedanken erinnern, als ein
226 Thema frisch in deinem Leben aufgetaucht ist. Sei in Gesprächsgruppen behutsam
227 mit der Annahme von Selbstverständlichkeiten! Beteiligte, die bestimmte Namen,
228 Begriffe oder Witze nicht kennen, können sich schnell als ausgeschlossen
229 erleben.

230

231

232 **...wenn du glaubst Zeug*in einer diskriminierenden und/oder**
233 **grenzüberschreitenden Situation zu werden?**

234 Sei dir zuerst bewusst, dass du nicht die betroffene Person bist, und dass ein
235 Eingreifen in die Situation von jedem Menschen anders aufgefasst werden kann.
236 Überlege dir gegebenenfalls dann, ob du dich dazu in der Lage fühlst, in die
237 Situation hineinzugehen. Wenn nicht wende dich an andere Menschen oder das
238 Awareness-Team. Falls du dich dazu entscheidest, dich einzubringen, frage die
239 'betroffene' Person, ob du sie kurz zur Seite nehmen kannst. Frage sie, ob es
240 ihr in der Situation, die du beobachtet hast gut geht. Stelle dich kurz als
241 Awareness-Person vor. Falls die Person in dem Moment deine Hilfe nicht annehmen
242 möchte oder kann, weiß sie, wie du aussiehst und kann evtl. später auf dich
243 zurückkommen. Allein ein "Hey, ich bin hier!" zeigt sowohl der betroffenen
244 Person, als auch ihrem Gegenüber, dass mindestens ein weiterer Mensch ein Auge
245 auf die Situation hat und sich mit der betroffenen Person solidarisiert. Dränge
246 deine Beobachtung der betroffenen Person nicht auf! Sie allein hat die
247 Definitionsmacht; es zählt was sie wahrnimmt. Beachte die Wünsche und

248 Bedürfnisse der betroffenen Person.
249 Achte auf deine eigenen Grenzen! Wenn du mit einer Situation nicht klar
250 kommst/dich überfordert fühlst, überlege, wie du andere Personen oder das
251 AwarenessTeam zur Unterstützung dazu holen kannst (wenn dies von der betroffenen
252 Person erwünscht ist).
253 Möchte die Person keine Unterstützung, dann respektiere das und mach die Person
254 darauf aufmerksam, dass sie sich jederzeit an das AwarenessTeam wenden kann.
255
256

257 **How to do Awareness-Schicht**

Allgemeines:

- 258 • Du bist erkennbar, und wenn möglich die ganze Zeit ansprechbar.
- 259 • Optimalerweise seid ihr während eurer Schicht mindestens zu zweit. So kann
260 eine Person vor Ort bleiben, falls Hilfe geholt werden muss.
- 261 • Es sollte mindestens eine Frau* pro Schicht im Team sein.
- 262 • Während der Schicht ist das Awareness-Team nüchtern.

263 **Während der Veranstaltung:**

- 264 • Wichtig: Wir können keine psychosoziale Notfallhilfe leisten! Wenn eine
265 Person starke Repressionen und/oder Polizeigewalt erfahren hat und darüber
266 sprechen möchte, erklärt ihr, an welche Anlaufstellen Sie sich im
267 Anschluss an die Veranstaltung wenden kann.
- 268 • Achtet auf euch selbst, wenn ihr euch der Situation nicht gewachsen fühlt,
269 gebt die Verantwortung lieber an eine andere Person ab oder sucht euch
270 Unterstützung.

271 **Self-care:**

- 272 • Achtet auch aufeinander - wie geht es den anderen Menschen in eurem Team?
273 Sprecht über eure physischen und emotionalen Kapazitäten und darüber, wie
274 ihr euch gegenseitig unterstützen könnt.
- 275 • Pass auch auf dich auf und kenne deine Grenzen! Alles andere wäre unfair
276 gegenüber den Betroffenen und dir selbst!

O04 Namensrechte der Partei gegenüber neoliberalen Lobby-Vereinen durchsetzen

Antragsteller*in: Jusos Leipzig

Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Bundeskongress der Jusos, mit Ziel zur Behandlung auf dem SPD-Bundesparteitag,*
3 *weiterleiten:*

4 Dem „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ wird untersagt, den Namen „SPD“ oder eine
5 sonstige Bezeichnung, die eine Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei
6 Deutschlands unterstellt, zu verwenden. Das Justizariat der Partei wird
7 aufgefordert dahingehend alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

8 Das „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ bezeichnet sich selbst als „unabhängiger
9 unternehmerischer Berufsverband“ und habe „als eigenständig eingetragener Verein
10 keine finanziellen, personellen oder strukturellen Verbindungen zu einer
11 politischen Partei“. (vgl. Website^[1])

12 Des Weiteren weigert sich das Forum den verschärften Transparenzregeln der SPD
13 zu folgen und Sponsoring-Beiträge offenzulegen.

14 Es ist nicht hinnehmbar, dass ein eigenständiger (Lobby-)Verein ohne Verbindung
15 zur SPD diesen Namen missbraucht. Es sollte im natürlichen Interesse der Partei
16 liegen, ihren Namen und die Bezeichnung „Sozialdemokratie“ vor Missbrauch zu
17 schützen, wie dies auch in der Vergangenheit bei ähnlichen Akteuren geschehen
18 ist.

Begründung

^[1] <https://www.spd-wirtschaftsforum.de/das-wirtschaftsforum/ueber-uns/>

O04NEU Namensrechte der Partei gegenüber neoliberalen Lobby-Vereinen durchsetzen

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 Dem „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ wird untersagt, den Namen „SPD“ oder eine
2 sonstige Bezeichnung, die eine Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei
3 Deutschlands unterstellt, zu verwenden. Das Justizariat der Partei wird
4 aufgefordert dahingehend alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

5 Das „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ bezeichnet sich selbst als „unabhängiger
6 unternehmerischer Berufsverband“ und habe „als eigenständig eingetragener Verein
7 keine finanziellen, personellen oder strukturellen Verbindungen zu einer
8 politischen Partei“. (vgl. Website^[1])

9 Des Weiteren weigert sich das Forum den verschärften Transparenzregeln der SPD
10 zu folgen und Sponsoring-Beiträge offenzulegen.

11 Es ist nicht hinnehmbar, dass ein eigenständiger (Lobby-)Verein ohne Verbindung
12 zur SPD diesen Namen missbraucht. Es sollte im natürlichen Interesse der Partei
13 liegen, ihren Namen und die Bezeichnung „Sozialdemokratie“ vor Missbrauch zu
14 schützen, wie dies auch in der Vergangenheit bei ähnlichen Akteuren geschehen
15 ist.

Begründung

^[1] <https://www.spd-wirtschaftsforum.de/das-wirtschaftsforum/ueber-uns/>

**O05 01000001 01101110 01110100 01110010 11000011 1010010001100111
01100101 00100000 01100100 01101001 0110011101101001 01110100
01100001 01101100 01101001 0111001101101001 01100101 01110010
01100101 01101110 (Anträge digitalisieren)**

Antragsteller*in: Jusos Dresden
Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 *Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag sowie die SPD-*
2 *Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:*

3 Um die Nachhaltigkeit der Antragsberatungen zu gewährleisten und um es allen
4 Interessierten zu ermöglichen, sich einen Überblick über die Beschlusslage der
5 Gliederungen der SPD Sachsen zu verschaffen, soll eine zentrale Antragsdatenbank
6 eingerichtet werden, in der alle ab dem 1.1.2010 beschlossenen Anträge der
7 Gliederungen der SPD Sachsen nach Schlagworten durchsucht und nach Kriterien
8 gefiltert werden können.

Begründung

Aktuell haben nur sehr wenige Parteimitglieder, die schon seit langer Zeit sehr engagiert sind, einen Überblick über die Gesamtbeschlusslage der Partei. Das schafft Machthierarchien, die wir, um die Partei inklusiver zu machen und für Nicht-Mitglieder zu öffnen, abschaffen möchten. Daher sollte es ohne Probleme möglich sein, nachzusehen, welche Gliederung der Partei zu welchem Thema welche Positionen beschlossen haben.

**O05NEU2 01000001 01101110 01110100 01110010 11000011
1010010001100111 01100101 00100000 01100100 01101001
0110011101101001 01110100 01100001 01101100 01101001
0111001101101001 01100101 01110010 01100101 01101110 (Anträge
digitalisieren)**

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 Um die Nachhaltigkeit der Antragsberatungen zu gewährleisten und um es allen
2 Interessierten zu ermöglichen, sich einen Überblick über die Beschlusslage der
3 Gliederungen der SPD Sachsen zu verschaffen, soll eine zentrale Antragsdatenbank
4 eingerichtet werden, in der alle ab dem 1.1.2010 beschlossenen Anträge der
5 Gliederungen der SPD Sachsen nach Schlagworten durchsucht und nach Kriterien
6 gefiltert werden können.

Begründung

Aktuell haben nur sehr wenige Parteimitglieder, die schon seit langer Zeit sehr engagiert sind, einen Überblick über die Gesamtbeschlusslage der Partei. Das schafft Machthierarchien, die wir, um die Partei inklusiver zu machen und für Nicht-Mitglieder zu öffnen, abschaffen möchten. Daher sollte es ohne Probleme möglich sein, nachzusehen, welche Gliederung der Partei zu welchem Thema welche Positionen beschlossen haben.

**O05NEU 01000001 01101110 01110100 01110010 11000011
1010010001100111 01100101 00100000 01100100 01101001
0110011101101001 01110100 01100001 01101100 01101001
0111001101101001 01100101 01110010 01100101 01101110 (Anträge
digitalisieren)**

Gremium: Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum: 09/28/2020
Tagesordnungspunkt: 0.O - Organisation/Verbandsleben

Antragstext

1 Um die Nachhaltigkeit der Antragsberatungen zu gewährleisten und um es allen
2 Interessierten zu ermöglichen, sich einen Überblick über die Beschlusslage der
3 Gliederungen der SPD Sachsen zu verschaffen, soll eine zentrale Antragsdatenbank
4 eingerichtet werden, in der alle ab dem 1.1.2010 beschlossenen Anträge der
5 Gliederungen der SPD Sachsen nach Schlagworten durchsucht und nach Kriterien
6 gefiltert werden können.

Begründung

Aktuell haben nur sehr wenige Parteimitglieder, die schon seit langer Zeit sehr engagiert sind, einen Überblick über die Gesamtbeschlusslage der Partei. Das schafft Machthierarchien, die wir, um die Partei inklusiver zu machen und für Nicht-Mitglieder zu öffnen, abschaffen möchten. Daher sollte es ohne Probleme möglich sein, nachzusehen, welche Gliederung der Partei zu welchem Thema welche Positionen beschlossen haben.